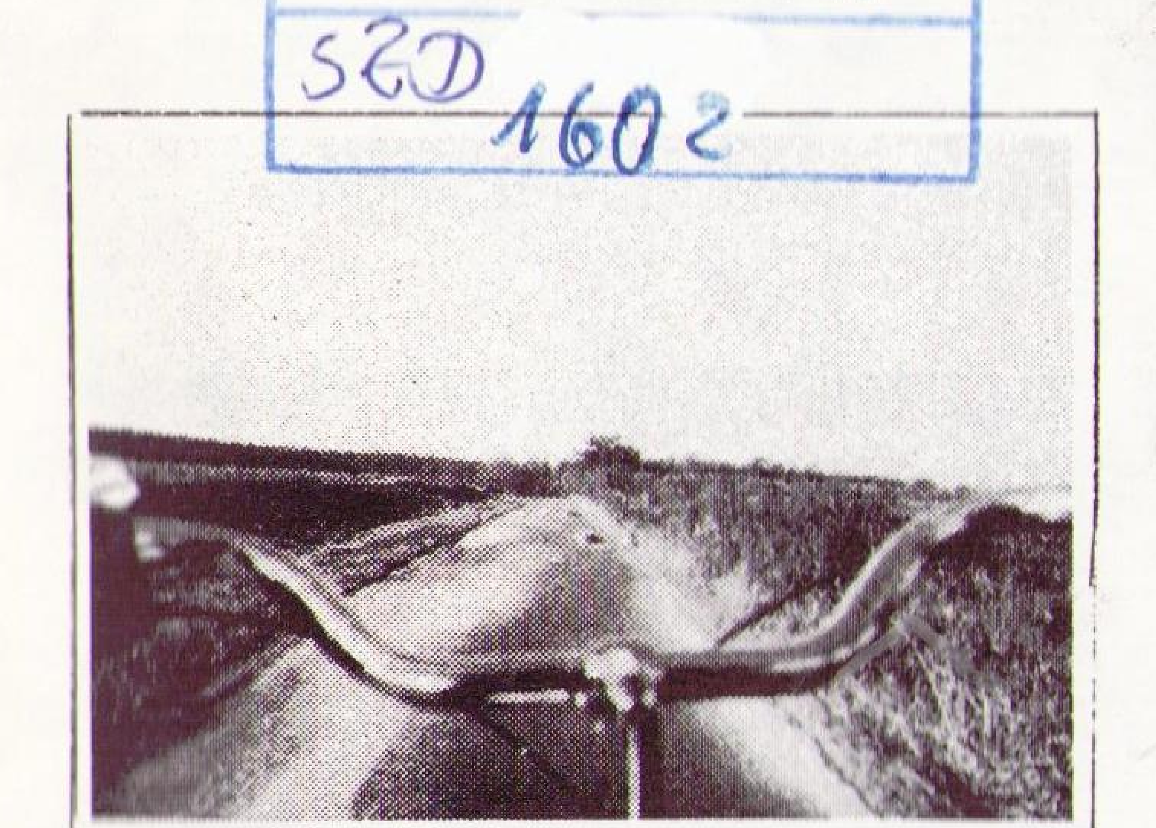
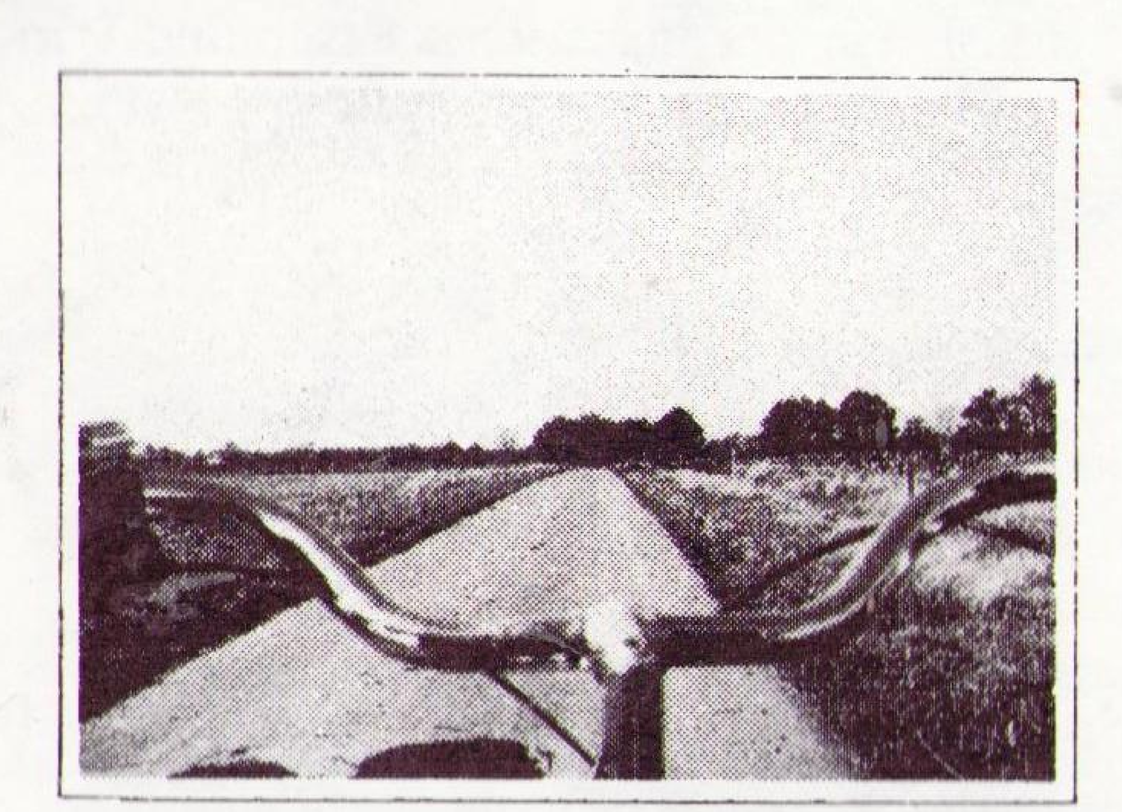
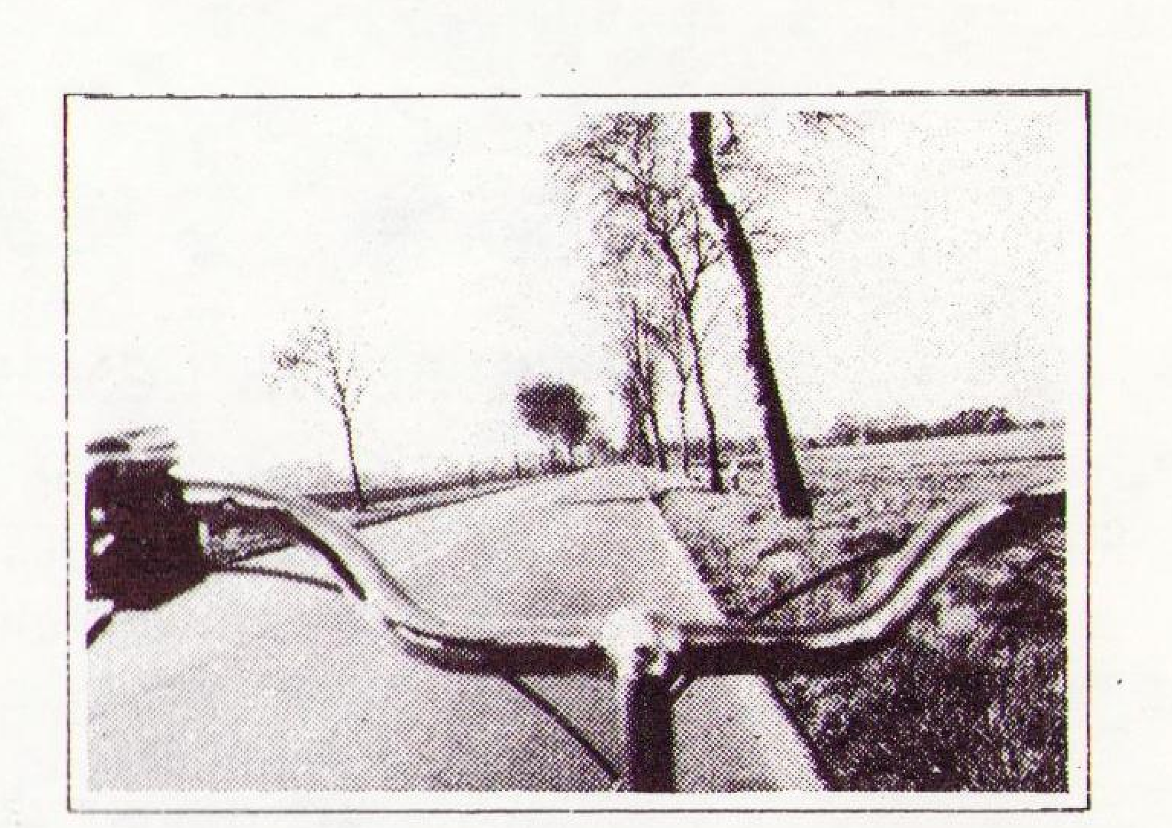
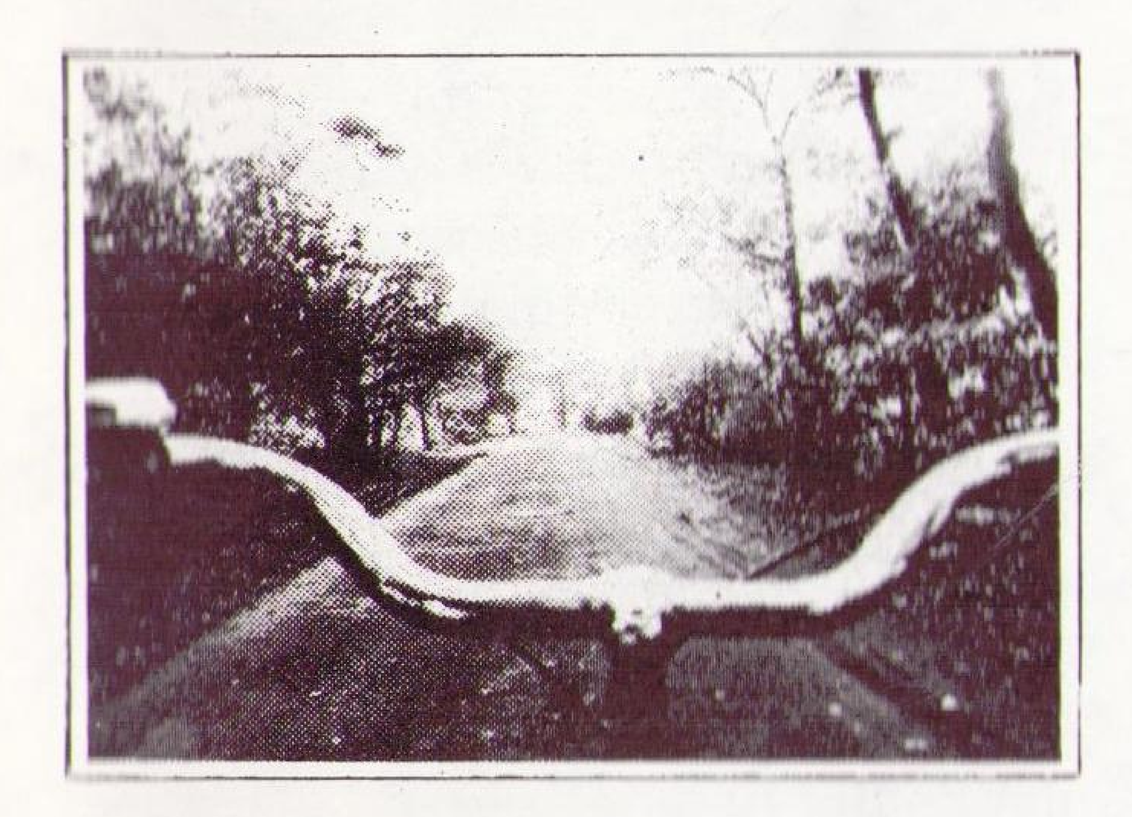
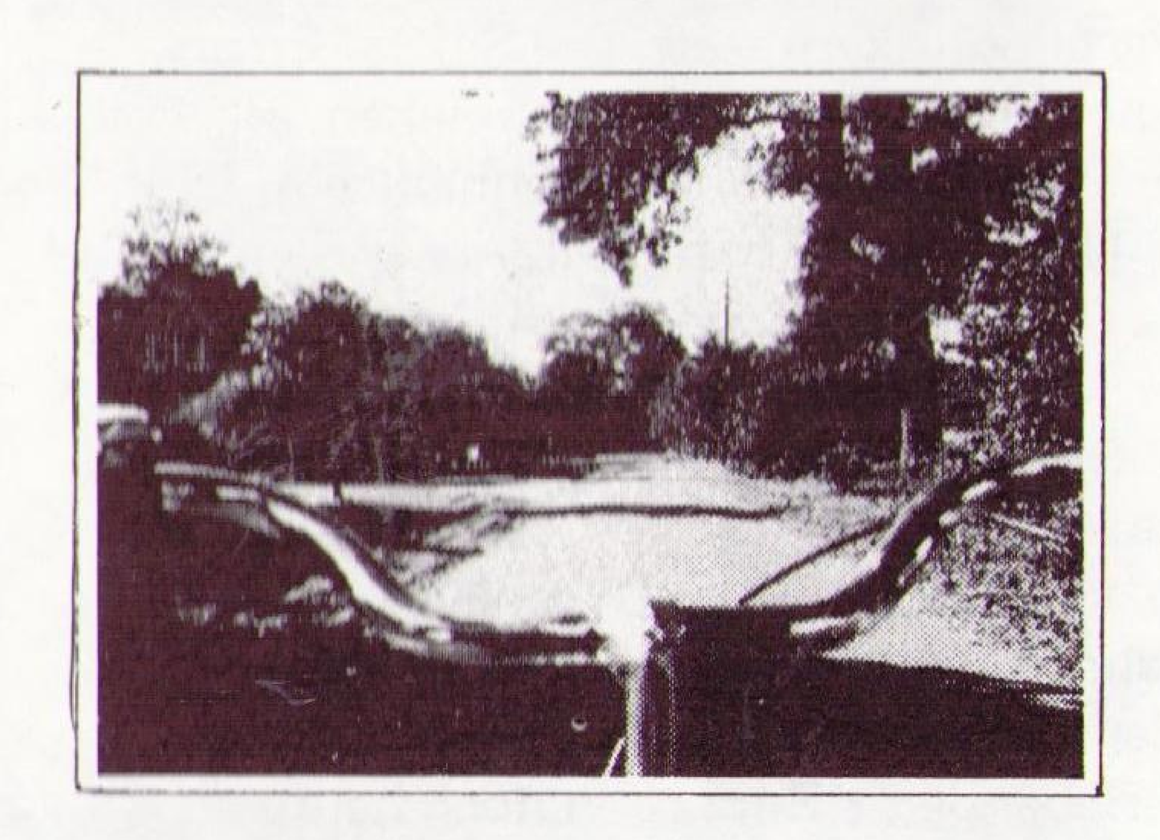
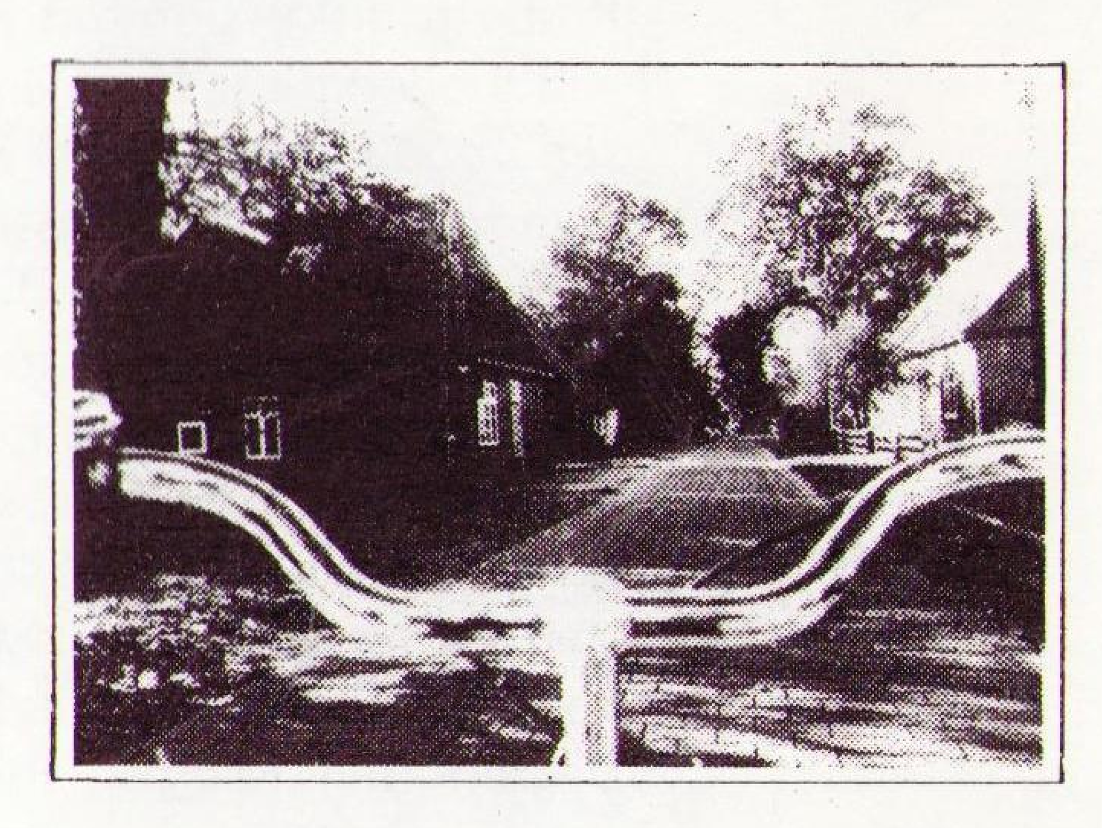
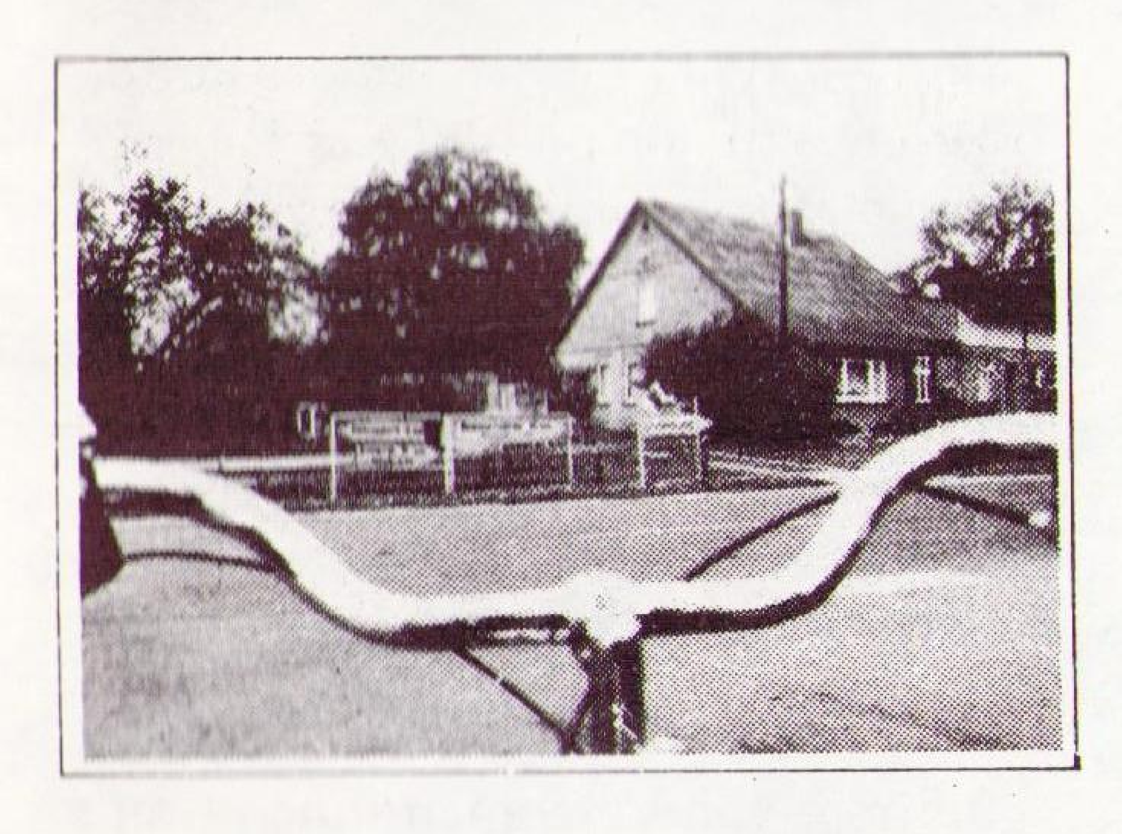
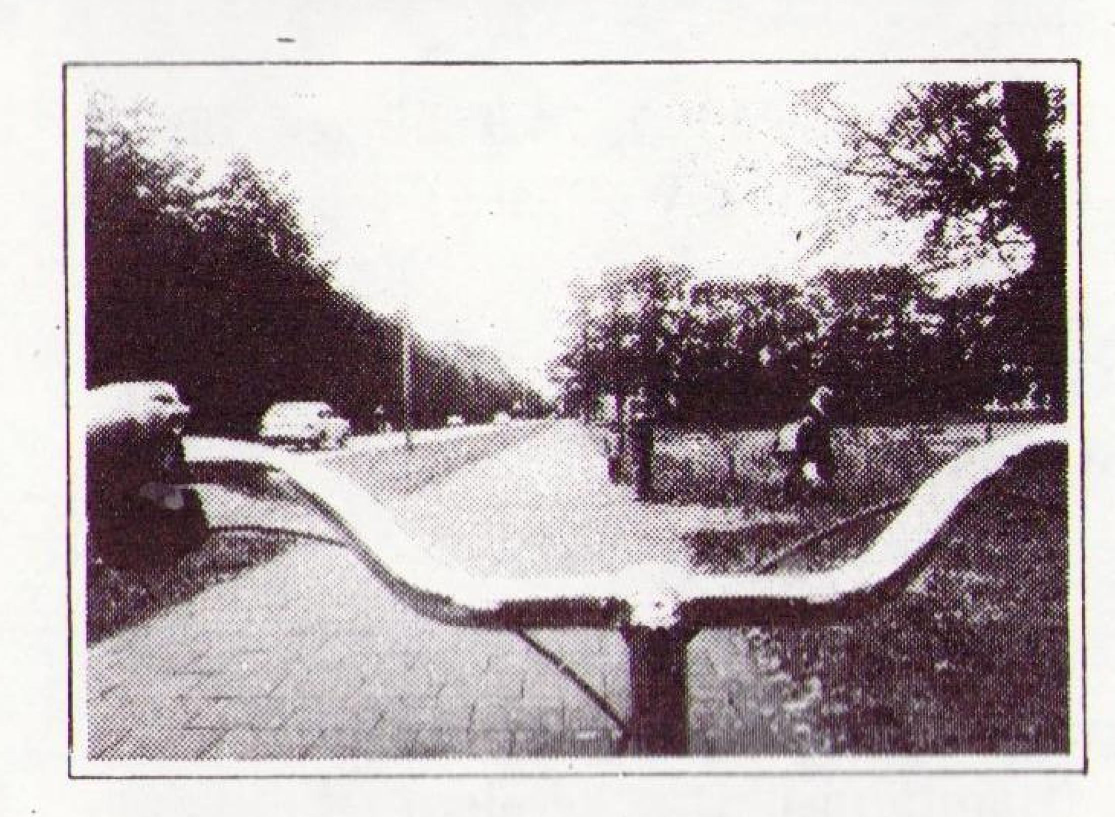
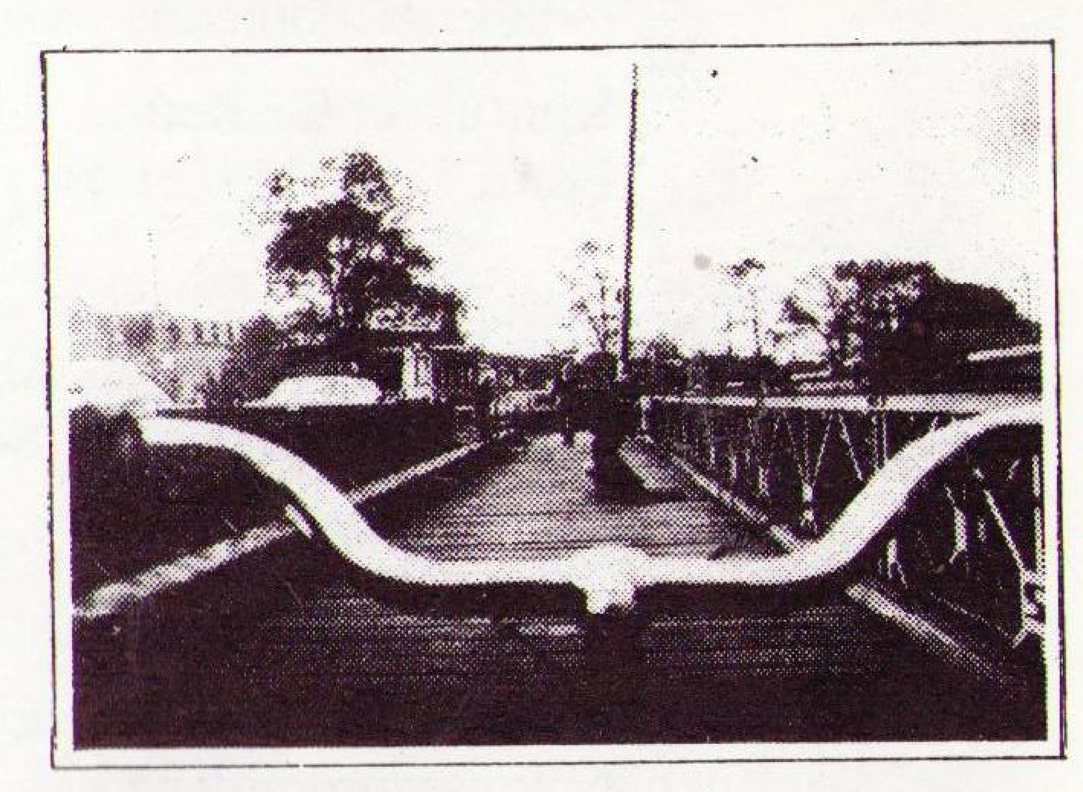
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 341 4. Juli 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt D 1870 C

lenker - perspektive

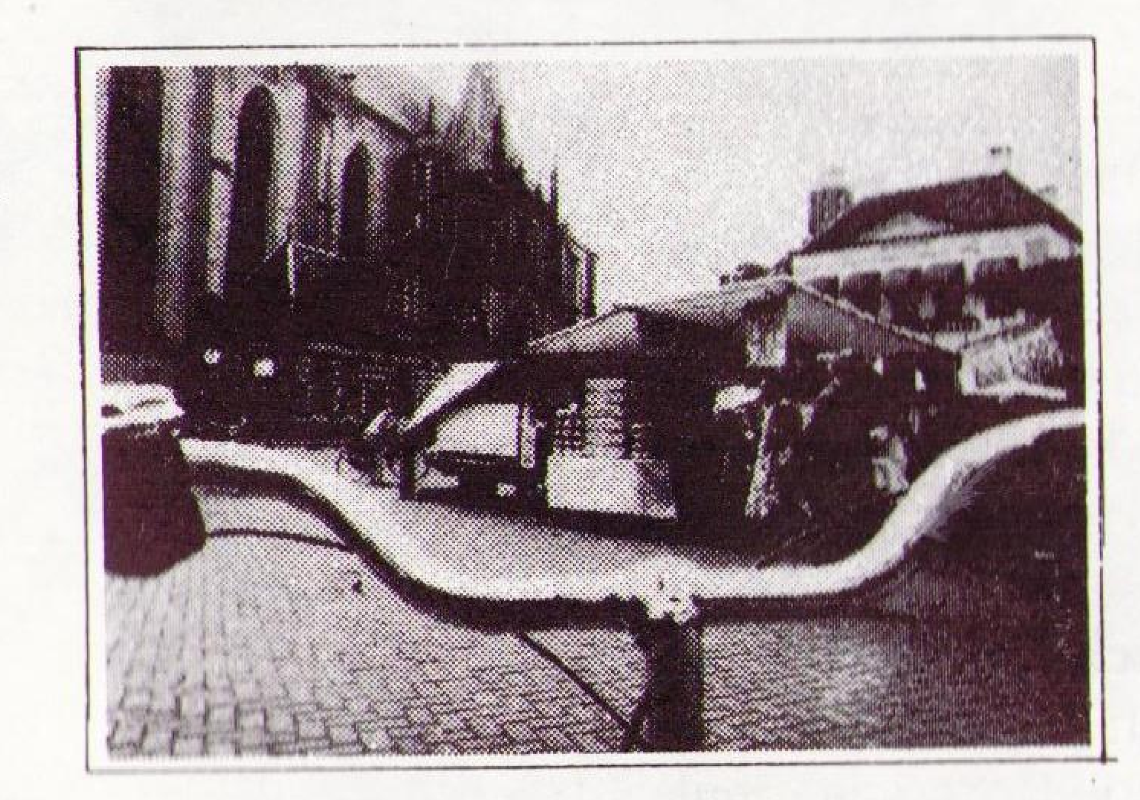
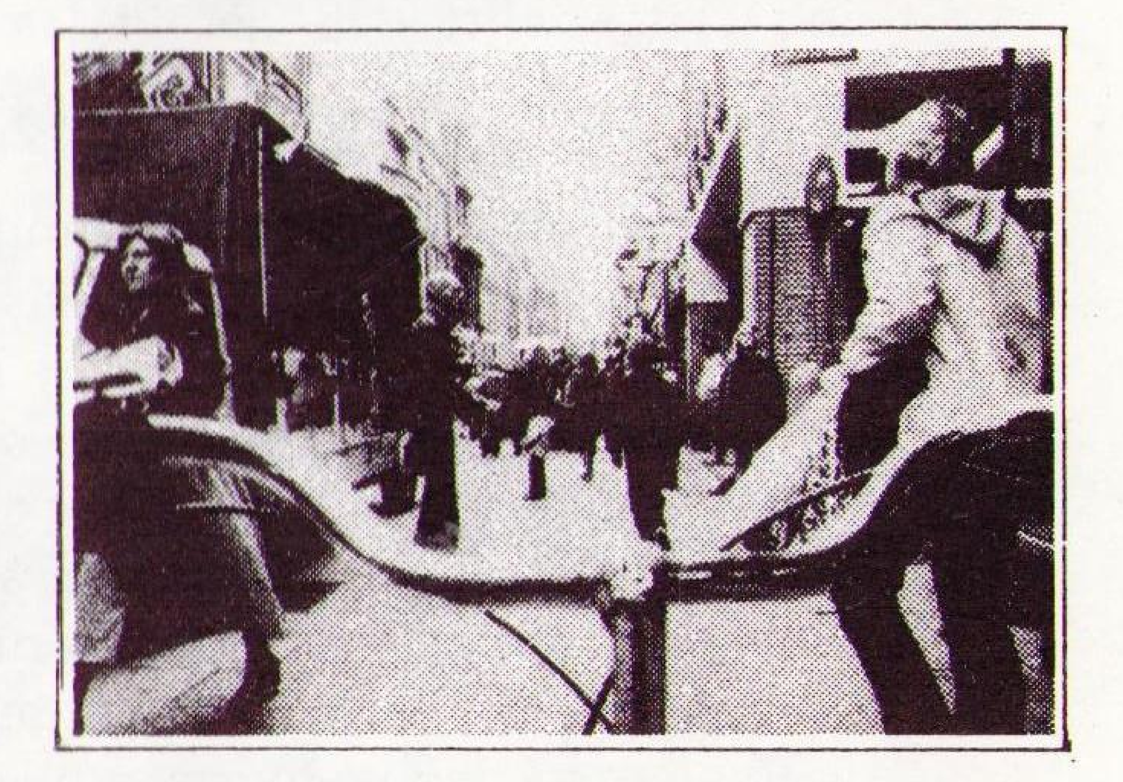



Foto: Wolfram Runkel

kurze

Kinder-Hungerstreik

Vom 1. bis 12. Juli veranstalten Kinder und Jugendliche in mehreren Städten (Bremen, Osnabrück, Bonn und Leverkusen) einen Hungerstreik. Es geht u.a. um die Abschaffung des § 174 – 176, für das Rechts auf Ausziehen von Zuhause und viele Dinge mehr. Wer die Kinder und Jugendliche unterstützen will, wende sich an:

Oranien-Straßenkommune, Oranienstr. 188 1 Berlin 36, TEl.: 030/ 61 49 056

O Meu Portugal

Am 8. Juli findet im Club Voltaire/ Frankfurt eine Portugal-Veranstaltung statt. Programm: Mixed-media-show mit anschließender Diskussion (u.a. mit Theo Mesquita vom CTLA, Dt-port. Arbeitskreis). Für portugiesisches Essen und Trinken ist gesorgt.

2. Juni-Straße in Teheran:

Vor einiger Zeit haben Günter Wagner und Peter Schnitzler aus Gießen bei der iranischen Botschaft in Bonn angeregt, eine Straße in Teheran nach dem 2. Juni 1967 zu benennen, an dem der Berliner Student Benno Ohnesorge bei einer Anti-Schah-Demonstration von einem Polizisten erschossen wurde.

Es hat geklappt: im Norden der Stadt zweigt jetzt die "2. Juni-Straße" von der "Straße des unbekannten Märtyrers" ab. Wer genau wissen will, wo sie liegt, melde sich bei:

Günter Wagner, Bleichstr. 25, 63 Gießen

ZWEI SCHWULENDEMOS

Die "Schwule Aktion Südwest" fordert alle Männerfreunde – also auch Heteros – auf, am 28. Juli in der finsteren Schwulenprovinz Reutlingen mitzudemonstrieren. Um 12.30 Uhr soll es auf dem Bahnhofsvorplatz losgehen. Um 16 Uhr ist auf der Tübinger Neckarinsel ein Picknick und abends ein Fest geplant.

Schon am 12, Juli findet in der Bonner Beethovenhalle eine Podiumsdiskussion mit Parteipolitikern statt. Die Sexual-Emanzen wollen diese Gelegenheit nicht ungeküßt verstreichen lassen und laden zu einem bunten Zug zur Beethovenhalle ein, beginnend gegen 13 oder 14 Uhr am Münsterplatz.

Ein kurzer Blick in die Geschichte: Schon zu Anfang dieses Jahrhunderts gab es unter Magnus Hirschfeld eine erste deutsche Schwulenbewegung. Die Nazis setzten ihr ein jähes Ende, verschärften den anti-rosa Paragraphen 175 und steckten die Schwulen ins KZ. Verschiedene Gerichte der Adenauer-Ära stellten fest, daß die erwähnte Verschärfung des Paragraphen kein speziell nationalsozialistischer Akt gewesen sei. Mit dieser Begründung wird den überlebenden KZ-Insassen noch heute eine Entschädigung verweigert.

Kontakte: für Reutlingen iht, Postfach 1772, 74 Tübingen; für Bonn Tel. 0228/21 49 16 (Werner, Ernst, Wolfgang)

„WER SEINE STIMME ABGIBT, HAT NICHTS MEHR ZU SAGEN!"

Hamburg, 30.6.80

Aus Hamburg bekamen wir folgende Erklärung zugesandt:
Wir haben uns zusammengesetzt (Hamburger Druckereien) und festgestellt, daß der Parlamentarismus auch nach dem Erscheinen Grüner (Grün-brauner) und bunter Gruppierungen nichts an seiner Schädlichkeit verloren hat.

Weil wir immer noch nicht mit der Schizophrenie zurechtkommen, daß Leute punktuell sinnvolle Forderungen vertreten und auf der anderen Seite das Größte, was dieser Staat an Verarschung zu bieten hat, durch Wahlbeteiligung unterstützen, werden wir nichts mehr drucken, was zu diesem Spektakel aufruft und es unterstützt.

Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen!
Wir fordern alle Kollegen der schwarzen Kunst auf:
Verweigert den Wahlmachern jede Unterstützung!

Konfront-Druck, Druckstock, Druckerei St. Pauli, Hinterhof-Druckerei, Druckerei Zollenspieker, Frauen-Druckerei

BUCHPROJEKT : WAS HABEN WIR NOCH MIT POLITIK ZU TUN

Frankfurt 23. 06. 80

Von der AZ (die andere zeitung) aus Frankfurt erreichte uns folgender Brief:

Liebe Freunde (was ist mit den Freundinnen ? - ID) vom ID, wir wären Euch dankbar, wenn Ihr die beiliegende Einladung zur Mitarbeit in einem der nächsten Hefte abdrucken könnnt, vielen Dank.

Brothers and sisters (meint: Brüder und Schwestern - ID) , zu den Schreibtischen! Für ein neues Buchprojekt werden 'massenhaft' Beiträge gebraucht. Arbeitstitel: "Was haben wir (noch) mit Politik zu tun? "

Sind wir (Wir?) gegen leblose Politik oder etwa für ein politikloses Leben? Hat die Revolution - was diese für jede(n) bedeuten mag - Mundgeruch oder Fußpilz bekommen? Stinken uns (Uns?) die Mühen des politischen Alltags oder jucken uns nur noch die narzißtischen Freuden von dessen 'künstlerischer' Verarbeitung? Was bedeutet in diesm Zusammenhang Wir und Uns?

Beiträge von Veteranen/innen (war's das schon gestern?) sind erwünscht von Leuten, die sich heute - täglich oder gelegentlich oder nicht mehr oder überhaupt nicht - an der Realität reiben (wie wird's weitergehn?) dringend erforderlich.

Also: Tradition und Tendenzen, hard +soft version (? ? ? ID) und dazwischen Lyrik, Prosa möglichst kurzes, Collagen, Bilder, ...? an

'die andere zeitung' (az), Schleusenstr. 17, 6000 Frankfurt am Main schicken! Redaktionsschluß 31. 08. 80

kurze

GROSSES UMWELTTREFFEN IN USA

Das Umwelttreffen der BLACK HILL - ALLIANCE findet vom 18. - 27. Juli 80 in Rapid City statt.
Die Black Hills Alliance ist eine indianische Organisation, der sich weiße Umwelt -, Anti-AKW und Farmleute angeschlossen haben. Das Meeting ist auf indianischem Gebiet, bei den Sioux bzw. Lakota. Wichtig ist, daß die Black Hills Alliance auf demonstrative Teilnahme aus Europa hofft, um den ganzen Ideen, Projekten usw. durch internationales Echo mehr Durchschlagskraft zu geben —und weil Indianer immer eine Resonanz in Europa brauchen, um nicht totgeschwiegen zu werden. Zu diesem zweiten Treffen werden 100 000 Teilnehmer erwartet. Geboten wird ein vielfältiges Programm mit alternativen Energieprojekten, Musik und viel Prominenz. Wie kommt mensch dahin?
Banai (? ?) hat mit einem belgischen Reisebüro 120 Flugzeugplätze zu vergeben. Der Preis beträgt 650 Dollar, hin und zurück, es fliegen jeweils drei Maschinen am 14./15./16. Juli nach New York und von da nach Rapid City. Rückflug am 14./15./16. August. Die Anmeldung sollte bis 15. Juni erfolgen, aber obwohl das nun vorbei ist, probierts trotzdem mal bei:

JETO, Henegouweenstr. 8 / Gent/
Tel.: 091 / 230069 oder bei
P.v. Hobokenstr. 42 / Antwerpen/
Tel.: 031 / 34 12 08

und wenn das scheitert, bei der Gruppe, die uns die Information zugeschickt hat:

AIM SUPPORT GROUP HAMBURG,
Renate Domnick, Hansapl. 5,
Tel.: 040/24 34 80 (priv.) od. 34 72 515 (9 – 17 Uhr)

Schreibt mal was über das Treffen an den ID!

ZWEI NEUE UMWELTSCHUTZ—BROSCHÜREN

Kelkheim, 26. 06. 80

Wegen der unerwartet großen Nachfrage war das " *Aktualitätslexikon Umweltschutz - Eine Zeitschriftenbibliographie"* schnell vergriffen. Inzwischen hat der Verfasser sein mit viel Mühe zusammengestelltes Werk in einer verbesserten Fassung nachdrucken zu lassen (5 DM). Elf wichtige Zeitungen, die sich mit Umweltproblemen befassen, werden in dem Lexikon berücksichtigt. Jeder, der sich für Umweltschutz interessiert und sich auf aktuellem Stand halten will, sollte dieses Lexikon sein Eigen nennen.

Ebenso die fast 90-seitige Broschüre *"UMWELTSCHUTZ - Anspruch und Wirklichkeit: eine Einführung in die Umweltproblematik"* (5DM). Dies Buch hat ein achtköpfiges Verfasserteam zusammengestellt und bringt eine gut lesbare Einführung in sämtliche wichtigen Probleme des Umweltschutzes. Wer die beiden Broschüren erweben will, der lege einen 10 DM -Schein seiner Bestellung bei; der Versand erfolgt dann sofort (nebst einer kostenlosen Ausgabe des 'Lutz'schen Kurz Infos").

Hans - Jürgen Lutz /
Weberstr. 7 /
6233 Kelkheim 1

"Krieg und Frieden"

Die ESG (Evangelische Studentengemeinde) Stuttgart beabsichtigt eine umfangreiche Dokumentation zur Friedensarbeit zusammenzustellen. Wer Materialien und Hinweise für dieses Vorhaben auf Lager hat wende sich an:

ESG, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 29, Tel: 0711/ 28 10 34/35

KEIN AKW IN CATTENOM

Das Nationale Aktionskomitee Anti-Cattenom , unterstützt von 50 vereinigten

Cattenom, unterstützt von 50 Vereinigungen, lädt ein zum Festival gegen die Atomzentrale in Cattenom,
am Sonntag, dem 13. Juli 1980 auf der "Schengerwiss" in Remerschen Luxemburg. Beginn um 14 Uhr.

Vom Komitee wird dazu aufgefordert, folgende Petition zu unterschreiben:

An die luxemburgische und französische Regierung,
An die Europäischen Institutionen

Wir wehren uns gegen die Atomzentrale Cattenom

weil:
Im Falle eines Unfalls
—2/3 der Luxemburger evakuiert werden müßten, weil sie in einem Radius von 30 Kilometer wohnen
—in unseren Regionen mehrere hunderttausend Franzosen, Deutsche, Belgier, Luxemburger und andere Einwohner Luxemburgs durch eine Atomzentrale in Lebensgefahr geraten würden
— 4/5 der luxemburgischen Wirtschaft und große Teile des Weinbaus und der Landwirtschaft ruiniert wären

nach Harrisburg es jedem bewußt sein müsste, daß die Gefahr eines wirklichen schweren Unfalles besteht

in Cattenom möglicherweise ein Schneller Brüter installiert werden kann.

Wir fordern deshalb

einen unverzüglichen Baustopp des Akw Cattenom
die Kündigung der französisch-luxemburgischen Konvention und deren Nichtigkeitserklärung
den Einsatz sämtlicher diplomatischer, rechtlicher und politischer Mittel, um den Bau von Cattenom zu stoppen
Priorität für die Energieproduktion auf Kohlenbasis im SAAR-LUX Raum
gesteigerter Einsatz und Förderung von Alternativenergien, sowie Maßnahmen zum Energiesparen

Senden an: Comite National Anti Cattenom
B.P. 676 Luxemburg / CCP 65 65 3 - 81

kurze

MUSIKFEST IN BAD VILBEL

Bad Vilbel, 29. 06. 80
Am Samstag, den 12. Juli findet in der Bad Vilbeler Wasserburg von 15-23 Uhr ein Folklore Festival statt.

Es kommen: Traumtänzer, Alta Danza Rodgau Monotones u.a.
Eintritt 7,- DM. Beschluß: Es regnet nicht!!!

Kontakt: Eckhard, Tel.: 06187 / 79 24

Frankfurt, 27.06.80

RADIO FREIES WENDLAND AUF KASSETTE

Der Sender Freies Wendland, vor und nach der Räumung des besetzten Platzes in Gorleben, das gibt es jetzt auf Tonkassette mit Begleitbuch, von der Network Medien - Cooperative.

Ausserdem sind Kassetten erhältlich zu Themen wie: Kindertheater, Frauenhäuser, Musikgruppen, alternative Medienarbeit, Bürgerinitiativen etc.

Wer näheres erfahren möchte, wende sich bitte an:

Network Medien-Cooperative
Hallgartenstraße 69, 6000 Frankfurt 60
Tel.: 0611 / 45 17 37

BOTHO STRAUSS NACH SENEGAL: Einige Überlegungen zur Erschließung neuer Absatzmärkte für die Sinnfrage

(Zur Wiederentdeckung von Karl Korsch in Frankfurt)

Frankfurt, im Juni

Am 20. und 21. Juni fand in Frankfurt, im Hörsaal I der Uni (das ist ein kleinerer für die feineren Veranstaltungen) ein Karl Korsch Symposium statt. Anlaß war nicht etwa eine Korsch Renaissance an den Hochschulen und in intellektuellen Zirkeln, sondern das Erscheinen der Korsch-Gesamtausgabe bei der wieder nach Frankfurt umgezogenen (nach dem Verkauf an Syndikat) Europäischen Verlagsanstalt. Anwesend waren circa 150 vorwiegend ältere Semester und Professoren aus den Tagen der Studentenbewegung.

Im Endstadium der Beschwörung von Karl Korsch zur Rettung des Marxismus aus der Krise, rätselte die illustre Gesellschaft auf dem Podium über den Stand der 'Bewegung'. Diese Bewegung, so erklärte zunächst Oskar Negt (Hannover), möchte gerne wissen, warum sie sich nicht bewegt. Aber es ist wohl tröstend gemeint, wenn er im nächsten Atemzug versichert, daß das Nicht-Sein des Endlichen, das Sein des Absoluten enthält. – So ist das Endliche im Vergehen nicht vergangen – Alle Anwesenden, ob nun als Lobredner oder Beerdiger Korschs, glauben sich in bester Korsch'scher Tradition, wenn sie über die Immobilität der Bewegung unserer Zeit räsonnieren. Negt, die Gefahr des Abgleitens in abstrakte Kategorien witternd, spricht nicht länger vom Proletariat, sondern vom Proletarier. Denn in der gegenwärtigen Theorie der Bewegung muß dem 'subjektiven Faktor' – ähnlich wie der soft-ware in der Computertechnologie – sein gerechter Platz eingeräumt werden. Dem von den Verheißungen der Warenwelt narkotisierten Proletarier wird also von den Theoretikern endlich ein individuelles Bewußtsein zugestanden – ein bemerkenswerter Fortschritt seit jenen grauen Tagen des Klassenbewußtseins. Der italienische Kollege, ein Verfechter des historischen Kompromisses, wiederholte eindringlich seine Warnung vor den reelleren Gefahren für die Bewegung: – ihr Feind stehe links. Befürchtet er vielleicht, daß ein Ausbreiten des Individualbewußtseins die Mitgliederzahl der Roten Brigade vermehren könnte? – Mit Sicherheit würde es die der KPI vermindern. Seiner Meinung nach sollte sich die Bewegung nicht **von** den Institutionen befreien, sondern **durch** sie. Gegen diesen klappernden leninistischen Revisionismus erhoben sich die deutschen Stimmen der Radikalität. Hat Korsch nicht schon immer gerade davor gewarnt? Die Korsch-Puristen beharrten darauf, daß die Bewegung immer noch etwas mit der abstrakten Autonomie des Proletariats zu tun habe, neuerdings: mit der abstrakten Autonomie des individualisierten Proletariers. Man gestattet nun dem Proletarier des Spätkapitalismus den Luxus einer bürgerlichen Subjektivität. Sie bleibt natürlich abstrakt.

Jürgen Seifert (Hannover), den die italienische Vorstellung von einer Bewegung, die sich durch die Aufzugsschächte der Institutionen drängt, verärgerte, hielt ihm ein Proletariat entgegen, das sich selbst von den Institutionen befreien soll. So springt also der Aufzug-Maulwurf nach gelungener Infiltration vom Dach und landet mitten in seinem emanzipatorischen Alltagsleben. Die neue 'Bewegung' hält sich die Erkenntnis zugute, daß die eigentliche Revolution vor der Revolution stattfindet, nämlich im emanzipatorischen, revolutionären, bewegten Alltag. Negt möchte lieber glauben, daß Sozialismus – "also das, was ich für Sozialismus halte" – der emanzipatorische Alltag **ist**. Er ist der Sinn der menschlichen, lies: abstrakt, proletarischen, individuellen Existenz.

Hier nun übersehen die Herren die Bewegung konkreter proletarischer Existenzen draußen vor ihren Fenstern auf dem Campus, die gegen die Zerstörung ihres revolutionären Alltags durch die Frankfurter Polizei protestieren. Ist ihr Blick vielleicht durch die in letzter Zeit unvermeidliche Sinnfrage verstellt? Nun wurde sie jedenfalls von dem Germanisten Herrn Brüggemann aufs Podium geholt, der damit gewissen wundblutenden Existenzialisten und potentiellen Nihilisten seine Stimme lieh. Läßt sich nicht vielleicht auch ein Zusammenhang zwischen der Krise des Marxismus und der mid-life crisis herstellen?

Brüggemann rechtfertigte mit Brecht'scher Scheinnaivität seine Rede über derart profane Angelegenheiten wie Glück, wo doch das Interesse der anderen Teilnehmer sich offenkundig nur auf die Klärung der Probleme der Bewegung und Unbewegtheit richtete. Aber er wollte diese kleine Blasphemie doch nicht zurückhalten – eine Blasphemie, die schließlich nicht unerhebliche Hochschätzung von seiten des marxistischen Krisenmanagements erfuhr. Ich glaube nicht, sagte er, daß jetzt in dieser Zeit der Niederlage, ich meine die Zeit, in der wir leben, in der wir Intellektuelle diese Niederlage der Bewegung verarbeiten müssen, daß jetzt neue Theorien der Unbewegtheit angebracht sind. Er dokumentierte diese Niederlage mit dem Hinweis auf die lakonisch unsensible Sprache des abstrakt autonomen Materialismus in der Zeitschrift Politikon (1971) und der Zeitschrift Prokla, in der sich 1979 die Sinnfrage ein neues Territorium erobert hat. Zu einer Zeit wie der unsrigen brauchen wir also keine neuen Theorien über die Unbewegtheit, sondern (und daß fügt er hinzu, nachdem Negt entsetzt seinen Anti-Intellektualismus zurückweist) wir brauchen Theorien über die Bedeutung unserer eigenen Existenz – und ich denke, daß Botho Strauss ('Rumor') mehr darüber erzählen kann als Korsch. Eine einsame Stimme auf dem Podium, die mehr Aufmerksamkeit für den Proletarier **als das nicht revolutionäre**

Subjekt forderte, der die Revolution nicht macht, ging im Tumult der Kontroversen unter, eine Kontroverse, die an einen zweiten Aufguß der Sartre-Lukacs Streits erinnerte. Gleiches widerfuhr dem italienischen Kollegen mit seinem Argument, daß nicht alle revolutionäre Praxis Klassenkampf sein muß. Eine nicht-revolutionäre Revolution ist also durchaus denkbar?

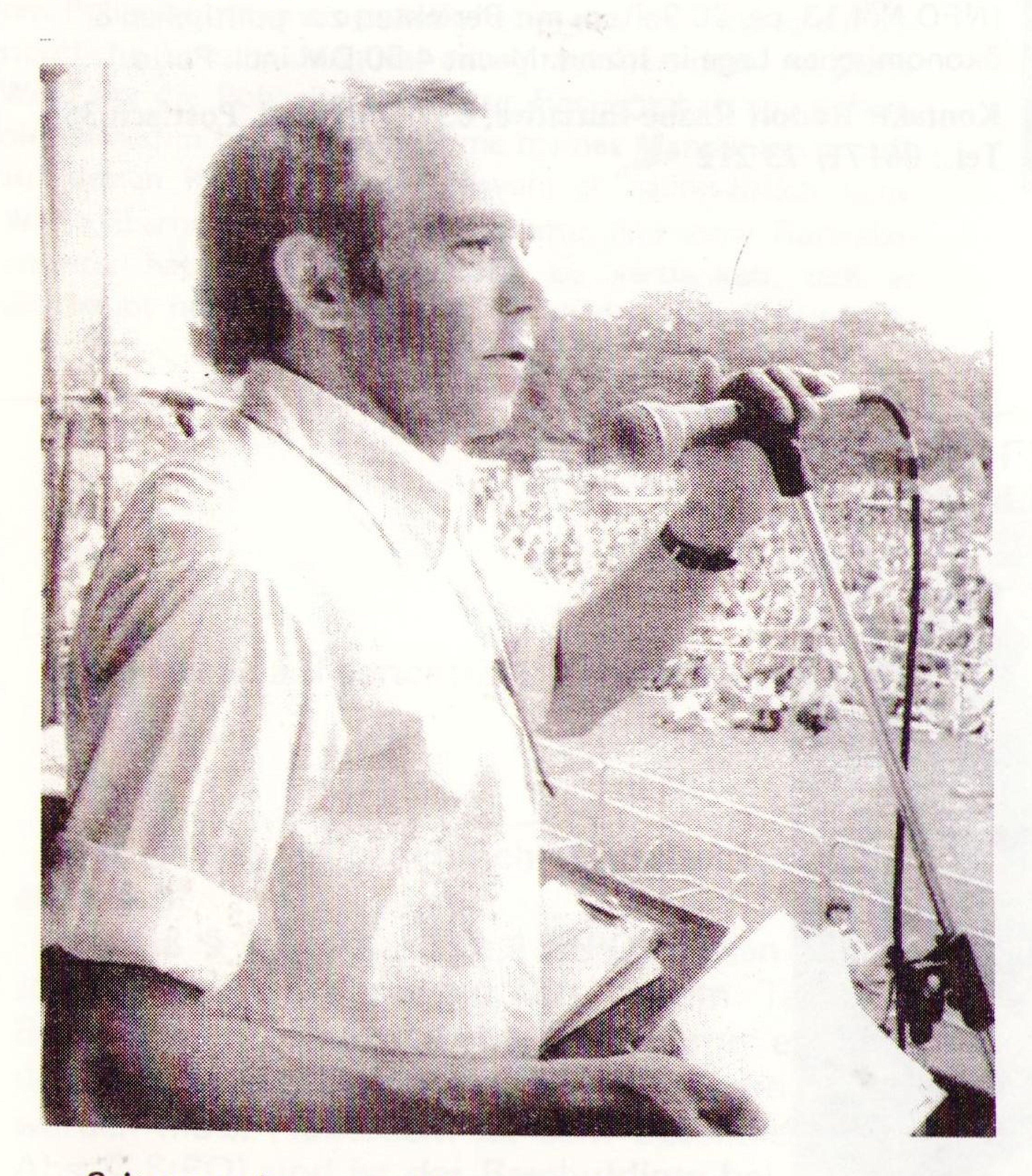
Ein abschließender Beitrag aus dem Publikum sorgte für eine gewisse Versöhnung der Geister. Er rief den Zuhörern die Existenz eines "dritten Faktors" in Erinnerung, nämlich die dritte Welt. Die dritte Welt wird von den Metropolen ausgebeutet und getreu Lenins Darstellung teilt sich die Welt in Rohstoff und Industrieprodukt exportierende Länder. Das Problem der Bewegung oder Unbeweglichkeit des Proletariats in den Metropolen ist für die dritte Welt nicht von Interesse, denn das Proletariat, von dem hier die Rede ist, gehört den ausbeutenden Ländern an. Die internationale Revolution muß sich in nationale Revolutionen in den Entwicklungsländern wandeln. Dieser Zwischenruf widersprach allen Litaneien über die internationale Revolution der Podiumsteilnehmer. Jürgen Seifert: "Wenn wir das nicht von Portugal gelernt haben, dann haben wir nichts gelernt". Der alerte junge Mann aus dem Publikum aber insistierte auf seinem unruhestiftenden dritten Faktor und fand schließlich doch Zustimmung. Sein Beitrag veranlasste den Diskussionsleiter zu einer kühnen Konstruktion, in der die Sinnkrise in den Metropolen durchaus was mit der Unbewegtheit der internationalen Bewegung zu tun hat und auch mit dem Güterstrom zwischen den ausgebeuteten "bewegten" Nationen und den durch die Sinnkrise gesättigten "unbewegten" Nationen. So drängte sich mir der unschuldige Gedanke auf, ob das Problem der Unbeweglichkeit der Bewegung nicht dann gelöst wäre, wenn man unsere sinnentleerte Bewegungslosigkeit auf die sinnträchtige Bewegtheit der dritten Welt übertragen würde, um ihr damit einen Sinn zu geben. Und wäre es dann nicht eine gute Idee, Botho Strauss nach Senegal zu exportieren?

Eleanor Marx

Botho Strauss'neuerschienener Roman 'Rumor' übrigens handelt von Befreiung, die erst nach dem Ende des Gesanges / Geschwätzes / Gerüchtes (Rumor) möglich sei: eine defätistische These. Und Sartre hielt die Selbstproduktion des Bewußtseins gegen Lukacs, für den das Bewußtsein jeweils den polit-ökonomischen Phasen zurechenbar war (Selbstaufklärung der Lay-outer)

RUDOLF RAABE: "ICH BIN NICHT IN DEN BAUMSCHEN TUNNEL GEKROCHEN .... "

Frankfurt, 2.7.80



Seit nunmehr ca. drei Wochen ist Rudolf Raabe wieder in der BRD. Beim Rock gegen Rechts – Festival begründete er seine Rückkehr aus Irland u.a. mit: "Ich bin gekommen um mich gegen die Vorwürfe zu wehren". Am letzten Wochenende äußerte sich Rudolf Raabe auf einer Kulturveranstaltung des SB-Kongresses "Großer Ratschlag" zu seiner jetzigen Situation und über seine persönliche und politische Zukunft in der Bundesrepublik. Im nachfolgenden drucken wir seine Rede ab:

"Ich will hier nicht weiter auf die Entwicklungen nach meinem Auftauchen bei Rock gegen Rechts eingehen. Das verstörte Verhalten der BaW (Bundesanwaltschaft) und des BKA (Bundeskriminalamt) während der Untersuchung in Karlsruhe und bei der Vorführung im BGH (Bundesgerichtshof), ihre plötzliche Panik und ihr Rückzug in meinem konkreten Fall kann hier in der Kürze nicht annähernd geschildert werden. Außerdem ist die Zeit bisher zu kurz gewesen, daß man die spezielle Situation hätte analysieren können, um daraus schon jetzt allgemeine Schlüsse zu ziehen.

Ich will hier kurz schildern, wie meine Situation im Moment aussieht und dann versuchen meine Vorstellungen darzulegen, wohin diese Kampagne gehen soll.

Zu meiner Situation:

Nach wie vor besteht ein Haftbefehl gegen mich, der zwar verändert aber zur Zeit nur außer Vollzug gesetzt ist. Das heißt, er kann je nach Belieben der BAW zu jeder Zeit aus der Tasche gezogen werden, was nach Ansicht der Bundesanwälte und des Richters nicht zuletzt von meinem Verhalten abhängig ist. Im Moment ist der Haftbefehl nichts anderes, als ein Maulkorb, der nach dem ganzen Terror der lancierten Stories in den Medien verhindern soll, daß die Arbeitsweise und das Denken der BAW völlig entlarvt werden.

Zum Inhalt des Haftbefehls:

Die in dem alten Haftbefehl gemachten Vorwürfe der Rädelsführerschaft in der RZ und der Beteiligung an dem Anschlag auf das Haus des Mainzer Bürgermeisters Delorme mußten genauso zurückgezogen werden, wie schon die vorher aufgestellten Behauptungen an Anschlägen in den verschiedensten Ecken Europas beteiligt gewesen zu sein. Um nicht völlig nackt dazustehen, zog die BAW den Vorwurf zweier angeblicher Urkundenfälschungen hervor, um dann mit Hilfe einer

"Gesamtschau meines Charakters" die einfache Mitgliedschaft in der RZ zu begründen. Zu diesem Haftbefehl kommen dann noch die üblichen Auflagen, da — man höre und staune — die Fluchtgefahr noch immer nicht aufgehoben ist.

Noch etwas zu meiner Krankheit:

Die Strategie der BAW, heute nun doch etwas von einer Krankheit zu wissen, dient lediglich dem Zweck ihre Schlappe zu verschleiern. In Wirklichkeit spielte die Frage der Haftfähigkeit oder -unfähigkeit bei dem Vorführungstermin keine Rolle, da das Gutachten des von ihr beauftragten Arztes für die BAW ein Schuß nach hinten war. Ihr Gutachter stellte nämlich für den Augenblick Haftfähigkeit fest, zog dieses indirekt im nächsten Satz wieder zurück, in dem er eine dringende Operation für erforderlich hielt, d.h. er stellte in einem Gutachten gleichzeitig kurzfristige Haftfähigkeit und sodann Haftunfähigkeit fest.
In den nächsten Tagen werde ich nun in ein Krankenhaus gehen um diese Operation durchführen zu lassen.

In meiner kurzen Rede hier auf dem Rebstock vor 14 Tagen habe ich betont, daß ich von einer Baum'schen Liberalisierung nichts zu erkennen vermag, daß die Gebärden des Ministers nichts mit meinem Entschluß aus Irland hierher zurückzukehren zu tun haben. Ich bin nicht — wie etliche Genossen vermuten möchten — in den Baumschen Tunnel gekrochen um mir durch irgendwelche Angebote das Rückgrat strecken zu lassen.

Es wird kein Buch 'Der Minister und der Terrorist — Rudolf Raabe im Gespräch mit Minister Baum' geben.

Ich hatte Glück, gab es doch in meinem Fall Freunde und Genossen, die es nicht tatenlos hinzunehmen gedachten, wie ich zum Carlos II aufgebaut und verfolgt wurde, die es vermochten, eine Öffentlichkeit zu schaffen, deren Existenz mir den Entschluß nach Westdeutschland zurückzukehren, erleichterte und das wesentliche Motiv für meine Rückkehr war. Hunderte weniger 'Prominente' hingegen, die verfolgt und gesucht werden, verschwinden — vergessen und namenlos — in deutschen Knästen und Hochsicherheitstrakten. Andere, deren Namen bekannt sind und und die Politik, für die sie stehen, erfahren nur die Aufmerksamkeit und Unterstützung weniger.

Ich erinnere an Günter Sonnenberg, der, obwohl er eine schwere Kopfverletzung hat, abgeurteilt wurde und seit mehr als drei Jahren isoliert und abgeschottet einsitzt, an Irmgard Möller, die seit mehr als 7 Jahren in Isolation sitzt und auch nach dem 18.10.77 nicht freigelassen wurde.

Ich weise hin auf die Geschichte des Herman Feiling, dem in Kürze — blind und beinamputiert — hier in Frankfurt der Prozess gemacht werden soll, eine Barbarei, die in Worte zu fassen schwerfällt.

Ich erinnere an Gerd Albartus, gegen die die angeblichen Aussagen des H. Feiling prozessual voll verwertet wurden. Gerd sitzt deshalb heute in Ossendorf mit einer schweren Nierenkrankheit und darf keinen Arzt des Vertrauens hinzuziehen.

Die Namen, Beispiele, Schicksale stehen für viele andere, die aufzugreifen es gilt, damit keiner vergessen wird, sich jeder einer breiten, solidarischen Unterstützung sicher sein kann. Es ist mehr als an der Zeit die Aus- und Abgrenzungen, Ängste, Projektionen und Verdrängungen zu hinterfragen und abzulegen, uns nicht diktieren zu lassen, mit wem wir solidarisch sein sollen und mit wem nicht, damit eine Bewegung, ein Kampf entsteht gegen den Moloch deutsche Justiz, gegen die alten und neuen Gefängnisse, jenseits von Hahnenkämpfen, Zersplitterung und Verdrängungsleistungen. Dies mein kleiner Ratschlag an uns alle".

Ein wesentlicher Teil der Kampagne für RUDOLF RAABE wird (muß) aus dem Erlös bestritten werden, den der Verkauf eines ganz neuen IRLANDREISEBUCHES ergibt. Das ist ein alternativer "Führer" durch Irland, der zwar auch Adressen von Herbergen und Pubs und Folklorefestivals enthält, aber auch die von Knästen und ökologischen Initiativen. Macht alles zusammen 160 Seiten und viele Bilder und kostet 10 DM plus 2 DM Porto. Dazu gibt es einen neuen aktuellen IRLAND-INFO No. 13, ca. 50 Seiten, mit Berichten zur politischen & ökonomischen Lage in Irland. Macht 4.50 DM incl. Porto.

Kontakt: Rudolf Raabe-Initiative, 637 Oberursel, Postfach 35, Tel.: 06171/ 73 212



Bangor bei Belfast nach einem Bombenanschlag, 1974

ANKLAGE WEGEN VERSUCHTEN TOT-SCHLAGS EINGESTELLT

Frankfurt 1. Juli 1980

Rolf Heißler wurde bei seiner Festnahme am 9.Juni 79 durch einen Kopfschuß niedergestreckt und schwer verletzt (s. ID 287). Eine erfolgte Anzeige wegen versuchten Totschlags gegen die beteiligten Polizeibeamten wurde von der Staatsanwaltschaft Frankfurt eingestellt (s. ID 307). Die daraufhin eingelegte Beschwerde gegen diesen Einstellungsbeschluß und der Antrag auf eine gerichtliche Entscheidung darüber wurden nun vom Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt wegen formeller Fehler als unzulässig verworfen.

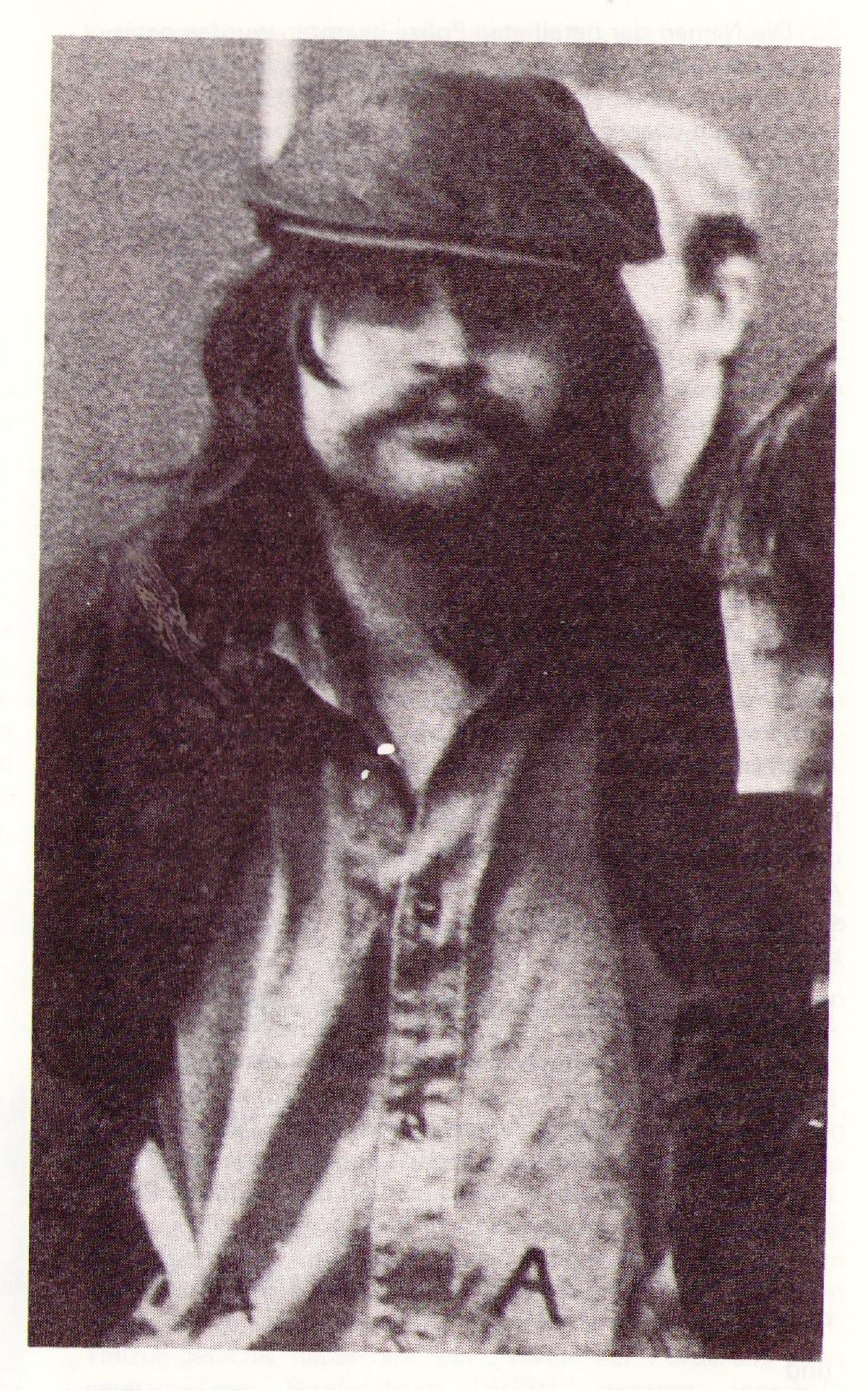
Die formellen Fehler waren, daß Rolf Heißler nicht in der Lage war, nach seinem Kopfschuß die Beamten nach ihren Namen zu fragen. So mußte sein Antrag gegen Unbekannt lauten. Dies jedoch entsprach nach dem Beschluß des OLG nicht der „gesetzlich vorgeschriebenen Form". Rolf Heißler ist auf einem Auge blind.

Sein Anwalt schreibt:

Als Verteidiger von Herrn Rolf Heißler, z.Z. JVA Straubing, teile ich folgendes mit:

Mit Beschluß vom 19.Mai 1980 – hier eingegangen erst am 27.Juni 1980 – hat das Oberlandesgericht Frankfurt den Antrag auf gerichtliche Entscheidung hinsichtlich eines Klageerzwingungsverfahrens wegen der bei der Festnahme meines Mandanten am 9.Juni 1979 auf diesen angegebenen Polizeischüsse als unzulässig verworfen.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Frankfurt durch Bescheide vom 26.10.79 und 27.2.1980 die Ermittlungsverfahren gegen die bei der Festnahme beteiligten Polizeibeamten eingestellt hatte, war der Antrag auf gerichtliche Entscheidung der einzig rechtlich noch mögliche Weg, um die Polizeibeamten zur Rechenschaft zu ziehen, die immerhin bei der Festnahme meines Mandanten **gezielt** auf dessen Kopf schossen, obwohl er nachweislich seine Waffe überhaupt nicht gezogen hatte. Nur einer Reflexbewegung hat es mein Mandant zu verdanken, daß er überhaupt noch am Leben ist. Durch den Schuß wurde jedoch sein rechtes Auge dermaßen verletzt, daß er nur noch 1/100 der Sehkraft auf diesem Auge besitzt, also so gut wie halbseitig blind ist.



OBERLANDESGERICHT FRANKFURT AM MAIN BESCHLUSS

(. . .)

Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung wird als unzulässig verworfen.

GRÜNDE:

Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung ist unzulässig, da er der gesetzlich vorgeschriebenen Form nicht entspricht.

Gemäß § 172 Abs. 3 S. 1 StPO müssen im Antrag die Tatsachen, welche die Anklageerhebung begründen sollen, angegeben werden. Zu diesem Tatsachenvortrag gehört auch die Bezeichnung eines bestimmten Beschuldigten. Dieses Antragserfordernis ergibt sich bereits daraus, daß die Anklage, deren Erhebung nach dem Antrag angeordnet werden soll, gegen eine bestimmte Person und nicht etwa gegen Unbekannt gerichtet werden muß. Außerdem ist dem Beschuldigten der Antrag gegebenenfalls zur Erklärung mitzuteilen (§ 173 Abs. 2 StPO) und ist der Beschuldigte bei Verwerfung des Antrag hiervon in Kenntnis zu setzen, § 174 Abs.1 StPO (vgl. auch Löwe-Rosenberg, StPO, 23. Aufl., Rdnr. 89 mit weiteren Nachweisen–.

Dem Erfordernis der Bezeichnis eines bestimmten Beschuldigten entspricht der vorliegende Antrag nicht. Ihm kann kein bestimmter Beschuldigter entnommen werden. Der Antragsteller spricht nur von „den beteiligten Polizeibeamten". Diese hat er nicht namentlich genannt.

Die Namen der beteiligten Polizeibeamten wurden natürlich nicht bekanntgegeben, ihre Vernehmungen liefen unter Code-Nummern (Beamter Nr. 1245, Nr. 5050 usw.).

Dadurch war es natürlich nicht möglich gewesen, die Namen der beteiligten Polizeibeamten in der Strafanzeige zu nennen.

Genau diesen Umstand nimmt jedoch nun das Oberlandesgericht zum Anlaß, die Klage als unzulässig abzuweisen, weil „der Antragsteller die Polizeibeamten nicht namentlich genannt hat"!

Perfider geht es wirklich nicht.

Da der Beschluß des Oberlandesgerichts unanfechtbar ist, wird der gezielte Kopfschuß auf meinen Mandanten ungesühnt bleiben.

Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 49 03 92.

Besetzung in einer US-Handelvertretung:

"OKAY, DANN BLEIBT DRIN UND MACHT DIE TÜR ZU ......"

Düsseldorf, 30. 06. 80

Am Montag betraten um 11.30 Uhr einige Damen und Herren die Handelsvertretung des US-Bundestaates North Carolina in Düsseldorf, Berliner Allee.

Diesmal ging es jedoch nicht um Handelsverträge oder den Verkauf von Butter oder Kleinkameras.

Nach der Besetzung der Amerikahäuser in Berlin, Hamburg und Frankfurt, war dies der vierte Versuch, mit solch einer Aktionsform einen Protest gegen die Politik der USA und die Situation der politischen Gefangenen in der BRD aufmerksam zu machen.

Die Forderungen der Düsseldorfer Besetzer waren:

"Die sofortige Freilassung der 13 Westberliner Amerikahausbesetzer !

Keine Internierung von Jürgen Heise, der im Düsseldorfer Parolenprozeß verurteilt wurde" (Jürgen wurde zu 10 Monaten Knast verurteilt. Siehe auch ID 339 / Anm. d. Red.)

Ausserdem forderten sie:

"Eine unverfälschte Darstellung unsrer Aktion im "Mittagsmagazin" des WDR II"

und

"Freier Abzug für uns selbst"

In einem Flugblatt schreiben die Besetzer, warum sie sich gerade die US-Handelsvertretung ausgesucht haben:

"Wir haben diese US-Handelsvertretung besetzt, weil sie eine der vielen Schaltstellen ist, die durch ökonomische Verflechtung und weiteren Export von US-Kapital die BRD als Sprungbrett für Europa und andere Kontinente benutzt. Es ist kein Zufall, daß der US-Staat North Carolina gerade Düsseldorf als Standort für seine einzige Vertretung in der Welt ausgesucht hat. Düsseldorf ist das *Aussenhandelszentrum Westeuropas. Hier gibt es die meisten Niederlassungen neugegründeter amerikanischer Unternehmen. 1979 waren hier insgesamt 382 US-Firmen registriert; viele davon als solche von Außen nicht erkennbar, wie z.B. die 'Gerresheimer Glashütte', die seit Jahren durch Entlassungen 'gesundgeschrumpft' wird. Wie in der Stahlindustrie Lothringens und des Ruhrgebietes sind die entlassenen Arbeiter/innen Opfer einer Umstrukturierungspolitik, die im Interesse der multinationalen Konzerne ganze Industrien vernichtete.*

Eine Reihe von Tochtergesellschaften US - amerikanischer Konzerne steuert von Düsseldorf aus große Marktgebiete, insbesondere das westliche Europa, die europäischen Ostblockstaaten, teilweise aber auch Afrika und den Mittleren Osten.

In ihrem Vorhaben BRD - Kapital auch nach North Carolina zu holen, preist die von uns besetzte US-Handelsvertretung ihren Bundesstaat in Propagandaschriften als ruhiges Investitionsgebiet mit wenig Streiks, niedrigen Löhnen, zurückgehender gewerkschaftlicher Organisierung und einer der höchsten Produktivitätsraten der USA als Ausbeuterparadies an. Daß die Basis dieses 'Paradieses' die Ausplünderung der schwarzen Bevölkerung ist und Rassismus zum Alltag gehört, erfährt niemand aus diesen Schriften. In umgekehrter Weise hat der ehemalige Oberbürgermeister Bungert auf einer Propagandareise durch die USA Düsseldorf als entwicklungsfähiges Zentrum zur weiteren Ansiedlung europäischer Agenturen von US-Konzernen und Banken angeboten, es ist ihm scheißegal, daß für den Expansionsdrang der Multis Wohngebiete wie Düsseldorf–Bilk gefressen und die Menschen in die Wohnsilos von Garath oder Ratingen-West vertrieben werden.

Genauso wie sich in North Carolina der Widerstand gegen den faschistischen Ku-Klux-Klan organisiert, organisiert er sich hier gegen die geplante "zweite Zerstörung Deutschlands" im Interesse des US- und BRD - Kapitals."

Gegenüber dem ID erklärte ein Besetzer am Vormittag:

"Wir sind im dritten Stock von einem Bürogebäude und haben Transparente rausgehängt, auf denen steht: 'US - Vertretung besetzt – Yankees raus' und auf dem Anderen steht: 'Freilassung der dreizehn Amerikahaus-Besetzer – Kampf der Internierungshaft'."

ID: Was meinen also die Büroangestellten dazu?

Besetzer: Die Büroangestellten haben, nachdem wir Ihnen gesagt haben, daß dies hier eine friedliche Besetzung ist, und das hier weder Sachen noch Leuten etwas von unserer Seite passieren wird, gesagt: "Okay, dann bleibt drin und macht die Tür zu". Sie selber sind nach draußen gegangen.

Gegen Mittag tat sich etwas

Das "Mittagsmagazin" des WDR brachte noch am gleichen Tag die Meldung über die Besetzung. Neben den Forderungen wurde noch ein Zitat aus der Erklärung verlesen: "Wir haben diese US-Handelsvertretung besetzt, weil sie eine der vielen unbekannten Schaltstellen ist ..."

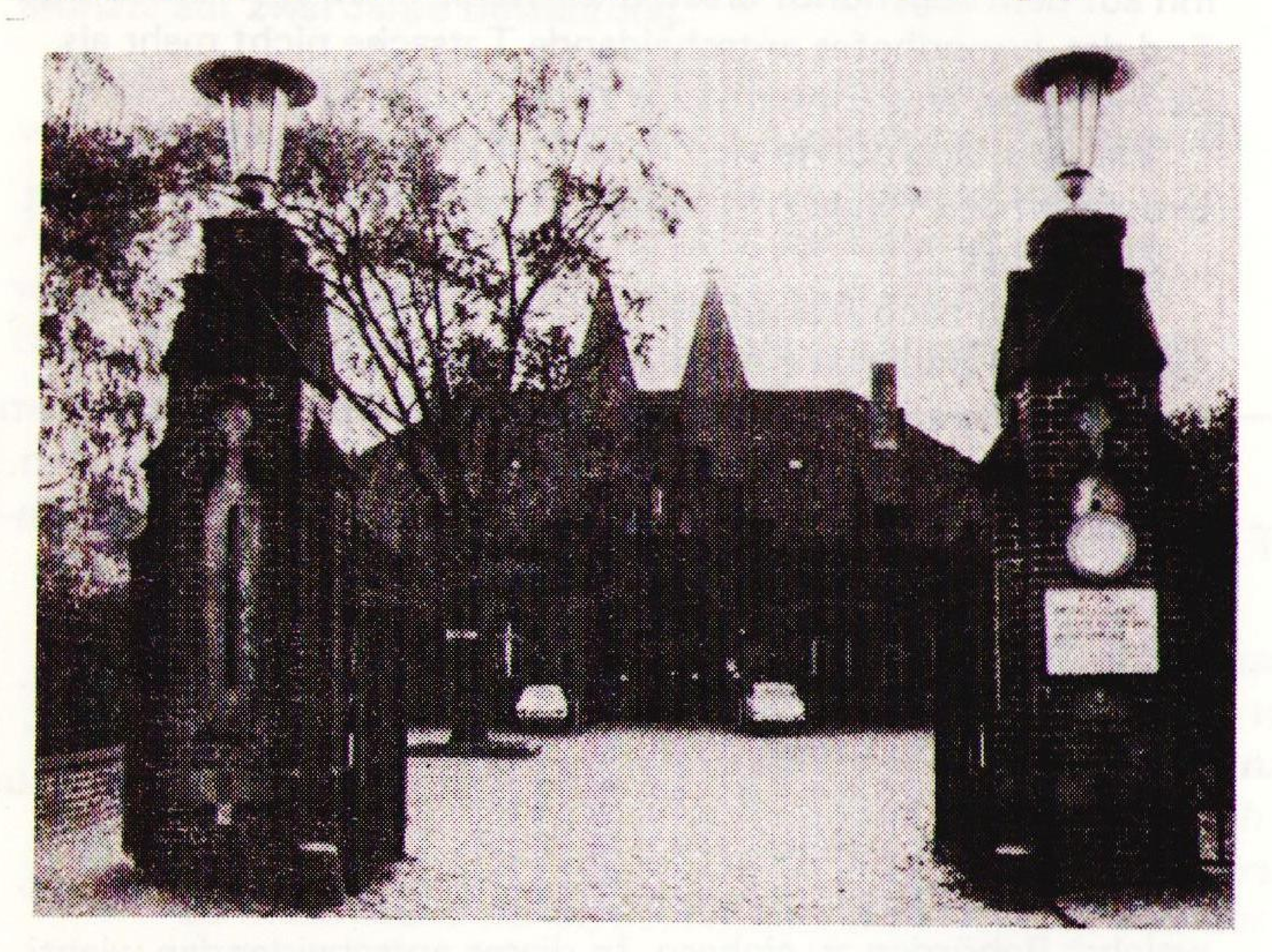
Im Düsseldorfer Polizeipräsidium hatte man sich wohl nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft und den Besitzern des Hauses auf eine "geräuschlose" Lösung geeinigt. Die Besetzer konnten um 15.30 Uhr das Gebäude ohne Feststellung der Personalien verlassen. Abschließend meinte ein Besetzer: *"Es gibt hier in Düsseldorf nicht eine wahnsinnig große Szene. Aber die Leute hier haben das ganz gut aufgenommen. Die Besetzung war für uns schon ein Erfolg. Wenn man das von der anderen Seite betrachtet, muß man sagen, daß die schon wissen, warum sie uns freien Abzug gegeben haben. Die wollten eben nicht, daß sich die Besetzung dadurch größer aufbauscht, daß sie Leute vorübergehend verhaftet hätten."*

LEBT IHR MORGEN SO WIE WIR HEUTE ?

Berlin-Tegel, 2.7.80

Liebe Freunde,
aus der Anti-AKW-Bewegung, den Bürgerinitiativen, der Frauenbewegung usw., überhaupt alle kämpfenden Menschen für ein menschlicheres Dasein!

Eure Auseinandersetzung für eine lebenswertere Umwelt, für eine Welt, in der der Mensch und nicht Technik und Fortschritt das Maß aller Dinge darstellt, findet auch bei uns hier im Knast starke Anteilnahme. So verschieden auch die Konfliktfelder in Euren und unseren Köpfen sind, haben wir dennoch die gleichen Gegner. Zwischen Euch und den Interessen der Konzernherren stehen lediglich Straßenbauamt und Elektrizitätswerk, die für uns „zuständigen" Vermittler heißen Polizei und Justiz. Die Vielzahl von Prozessen gegen z.B. AKW-Gegner zeigt, wie kurz der Abstand zwischen EUch und uns sein kann. Und dann sind Eure Lebensbedingungen von morgen genau die gleichen wie unsere von heute. Darum wäre es vielleicht nicht verkehrt, Ihr beschäftigt Euch mit dem Kanst, damit er seine abschreckende Wirkung für Euch verliert.



Knast Berlin-Tegel (1967)

Im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in den späten 60er Jahren fand der bis dahin völlig individuelle Widerstand von betroffenen Gefangenen gegen die Unterdrückung im Knast erstmals eine organisatorische Unterstützung von „draußen". Hatte es bislang die Institution Knast mit isolierten Einzelkämpfern zu tun, die relativ leicht mit physischer und psychischer Gewalt niedergehalten und zerstört werden konnten, entstanden unter dem Einfluß der Knastgruppen erstmals gemeinschaftliche Widerstandsformen, die über einen bloßen Revoltencharakter hinausgingen. Zwar gab es auch vorher schon echte Kameradschaft unter den Gefangenen, die sich dann aber zur gezielten Solidarität weiterentwickelte. Natürlich ließ sich das der Apparat nicht so einfach bieten und setzte dieser Bewegung verfeinerte Herrschaftsinstrumente zur Zersplitterung der entstehenden aktiven Solidarität entgegen: Die Gewährung oder Verweigerung von Vollzugslockerungen wie Urlaub usw. und die Einsortierung von Gefangenen in ein fein strukturiertes Gefängnissystem traten an die Stelle der unmittelbaren Gewalt. Diese Abwehr der Knastgruppen auf der anderen Seite (Konkurrenzdenken, politisches Kadertum usw.) schafften es, im Laufe der 70er Jahre die gerade erst entstandene Gefagenenbewegung aufzuspalten.

Mitentscheidend für diese Entwicklung war aus heutiger Sicht mit Sicherheit auch, daß wir Gefangenen aufgrund mangelnder Erfahrung die Initiative des Knastkampfes den Gruppen draußen überließen und nicht gezielt nach geeigneten Organisationsformen „drinnen" suchten.

Zwangsläufig entstand aus dieser unserer Schwäche und der unserer Verbündeten in den letzten Jahren eine Gegenreform im Strafvollzug. Als ein dagegen gerichteter Hungerstreik im Oktober letzten Jahres kläglich scheiterte, fanden sich hier in Tegel erstmals Gefangene in einer Art Selbstorganisation, der „Gruppe Strafvollzug", zusammen, um in ihrem Rahmen untereinander über die in Zukunft möglichen Auseinandersetzungsformen zu diskutieren. Ein weiterer Schritt wurde getan, als uns der Tegeler Anstalsleiter im Frühjahr dieses Jahres zwangsweise mit Lichtbildausweisen „zur Grobidentifizierung aus größerer Entfernung ohne Kontaktaufnahme zum Gefangenen" wie Herdenvieh etikettieren wollte. In dieser Situation wurden alle bis dahin bestehenden Grenzen zwischen einzelnen Gruppen von Gefangenen gegenstandslos, und ein gemeinsamer, breit getragener Abwehrkampf führte uns aufeinander zu. Diese spontan entstandenen Zusammenhänge haben wir nach dem ersten aktuellen Anlaß nicht wieder fallen lassen, sondern in der „Gruppe Strafvollzug" in verschiedenen Häusern weiterentwickelt. Um uns für unsere Arbeit eine festere rechtliche Absicherung und effektivere Arbeitstechniken zu sichern, haben wir einen Verein des bürgerlichen Rechts gegründet. Bei allen Bedenken gegen den emanzipatorischen Wert des z.Z. geltenden Strafvollzugsgesetzes haben wir ihn „Verein zur Förderung eines gesetzmäßigen Strafvollzugs (VGSt)" genannt. Innerhalb des Vereins bemühen wir uns um basisdemokratische Strukturen und um Kampfformen, die nicht nur das Überleben im Knast, sondern auch unsere persönliche Weiterentwicklung möglich machen. Wir verstehen uns zwar als Selbstorganisation von Gefangenen, wissen aber zugleich auch von der Notwendigkeit einer starken Unterstützung von „draußen". Deshalb würden wir uns über alle Menschen freuen, die im Rahmen einer gleichberechtigten Partnerschaft Mitglieder in unserem Verein werden wollen. Werdet Mitglied! Schreibt uns!

Außerdem rufen wir alle Gefangenen in den deutschen Knästen dazu auf, mit uns in Kontakt zu treten und sich in Gruppen zusammenzuschließen. Ziel sollte die Bildung autonomer Vereinsgruppen sein, die sich als selbstbestimmte Teile der Gesamtorganisation verstehen. Die einzelnen Gruppen werden sich gegenseitig stärken und Rückhalt in der Gesamtheit finden. Leute, schreibt uns!

Kontaktadresse: N.-L. Hermsdorf, Seidelstraße 39, 1000 Berlin 27.

WIE EINE "FREIE EINRICHTUNG" KAPUTTGE-MACHT WIRD



Odenthal/Schallemich — 1.7.80

Seit sechs Jahren ist der "Jugendhof" in Odenthal eine Alternative für Heimzöglinge. Des öfteren gab es Krach mit den staatlichen "Beschützern" dieser Jugendlichen (S. ID 311). Durch die Einberufung von Peter Halberkann zum Zivildienst versucht man nun von staatlicher Seite dem Jugendhof das Wasser abzugraben.
Die Leute vom Jugendhof schreiben.:

"Nach einem Krach mit der Chefredaktion seiner Zeitung, der 'Kölnischen Rundschau', wegen eines versuchten Eingriffes der 'Politischen Polizei' (K 14 in Köln) in die freie Berichterstattung stieg Peter Halberkann im Januar 1976 in die Arbeit der Odenthaler Selbsthilfegruppe ein. Gemeinsam mit Heinz Faßbender behauptete er die Existenz des Jugendhofes gegen alle Angriffe von seiten 'christlicher' Politiker oder bornierter Bürokraten.

In über vier Jahren harten Kampfes bis an die Grenze des Zusammenbruches gelang es dem Duo in gegenseitiger Ergänzung, ein solides Haus für Gruppen zu schaffen. Daß der Jugendhof alle Zerstörungsversuche von außen erfolgreich abwehren konnte, lag im Wesentlichen an der Stärke der Personalunion Halberkann und Faßbender.

Das ist wohl auch den rechten 'Kanalarbeitern' vom K 14, über den Landschaftsverband bis hin zur Kölner Staatsanwaltschaft klar: Der Jugendhof ist nur zu knacken und endgültig von der Bildfläche zu wischen, wenn dieses Gespann gespalten wird.

Um das zu erreichen, griff die staatliche Macht zu einer 'sauberen' Lösung: Über das Bundesamt für Zivildienst wurde der Kriegsdienstverweigerer Halberkann zum Zivildienst einberufen.

Erstmalig meldete sich die Behörde Ende 1978. Halberkann klagte gegen die Einberufung erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht in Köln. Die Verwaltungsrichter konnten die Argumentation des Kriegsdienstverweigerers, daß er auf dem Jugendhof "unabkömmlich", wie das im Verwaltungsdeutsch heißt, ist, nicht übergehen. Um ihre überparteiliche Haltung zu dokumentieren, legten die Richter einen Vergleichsvorschlag auf den Tisch:

1. Das Bundesamt für Zivildienst stellt die Einberufung für ein Jahr (bis Anfang 1980) zurück;
2. Halberkann bemüht sich in der Zeit um einen Nachfolger;
3. Halberkann darf im Fall der erneuten Einberufung nicht mehr mit seiner 'Unabkömmlichkeit' argumentieren.

Dieser Vergleich, das war klar, bedeutete nicht mehr als eine Galgenfrist und enthielt eine 'tödliche' Fußangel: Falls Halberkann, was wahrscheinlich war, niemanden finden würde, der ihn auf dem Jugendhof ersetzt, durfte er diese über Leben und Tod des Jugendhofes entscheidende Tatsache nicht mehr als Grund gegen eine Einberufung zum Zivildienst gebrauchen.

Ein Jahr lang durfte sich Peter Halberkann der Odenthaler Gruppe an den Fingern abzählen: Knast ... Zivildienst .. Knast ... Zivildienst ...

Pünktlich nach Ablauf der gerichtlich festgesetzten Frist schickte die Behörde einen neuen Einberufungsbescheid. Halberkann solle am 7. Januar 1980 seinen Zivildienst bei der Sammelstelle für Zivildienst am Lachemer Weg in Nippes antreten. Obwohl der Mißerfolg vorprogrammiert war, da hinter der Einberufung Absicht und System steckte, legte er Widerspruch ein. Der wurde natürlich abgelehnt. Folgerichtig steuerte die Auseinandersetzung mit der Behörde auf eine Strafanzeige zu.

Die Odenthaler Jugendwohngemeinschaft stand vor der Situation nach dem Verlust des alten Jugendhofes, das neue Haus schuldenfrei zu machen, den Umbau zu organisieren und die Existenz unabhängig von einer finanziellen Beteiligung irgendwelcher Behörden zu sichern. In dieser entscheidenden wichtigen Phase des Kampfes des Jugendhofes wurde jeder gebraucht. Die komplizierten vielfältigen Auseinandersetzungen mit den Behörden mußten Heinz Faßbender und Peter Halberkann leisten. Der Ausfall einer der beiden 'Macher' würde das Gesamte gefährden.

Die Jugendlichen fahren Umzüge, Transporte, übernehmen Arbeiten und beteiligen sich an allen Geschicken des Hofes. Die Auseinandersetzung mit Behörden ist jedoch deshalb so schwierig und nervenaufreibend, daß sie nicht an die Jugendlichen delegiert werden kann. Sie werden beteiligt, aber letztendlich agieren müssen die beiden Vorkämpfer. Peter Halberkann konnte also den Jugendhof nicht verlassen. Er mußte die Einberufung zum Zivildienst konsequent ablehnen.

Das Bundesamt für Zivildienst scherte sich einen Dreck darum, daß es mit dem sturen Beharren auf sein 'Recht' an der Person Halberkann die Existenz von 15 jungen Menschen schwer gefährdet. Ob da Jugendliche auf der Straße verrekken, kümmert die Bürokraten einen Scheißdreck. Im Gegenteil: es ist ihnen nur recht, wenn Jugendliche auf der Straße hängen. Die sind als abschreckendes Beispiel herzlich willkommen. Der große schweigende Rest funktioniert dadurch um so besser. Das geht nach dem System: stecken wir einen der aufmuckt, in den Knast, halten 20 andere die Klappe und funktionieren.

Nun: der Jugendhof muckt auf. Seit sechs Jahren. Ist für manchen, der im Heim oder Knast sitzt, Hoffnung und Signal, zum Aufbegehren. Was liegt also näher als diesen 'Unruheherd' vernichtend zu treffen. Diesen 'tödlichen Pfeil' holte das Amt für Zivildienst aus dem Köcher, schoß ihn ab und traf —gesetzlich korrekt - und rundum abgesichert — Peter Halberkann.

Wegen Dienstflucht zeigte die Behörde ihn an. Die Staatsanwalschaft erhob Anklage. Am 6. Juni war der Termin im Kölner Amtsgericht. Auf das Delikt 'Dienstflucht' stehen fünf Jahre Knast. Im Verlauf des Prozesses deutete der vorsitzende Richter an, daß er kürzlich jemanden mit einer ähnlich ehrenwerten Motivation wie Halberkann für zehn Monate in den Knast schicken mußte, obwohl er persönlich das ungeheuer bedauert habe.

Die Rechnung war also einfach: Besteht Halberkann darauf, den Zivildienst nicht anzutreten, drohen ihm zehn Monate bis fünf Jahre, und die direkte Verhaftung im Gerichtssaal.

Da Peter Halberkann der Meinung war, daß er im Knast nicht viel nützt und daß er keine Ambitionen zum Märtyrer der Linken hat, erklärte er zu Protokoll, daß er den Zivildienst ab 9. Juni ableisten würde. Die 'Belohnung': Drei Monate auf zwei Jahre Bewährung.

Wem es noch nicht klargeworden ist, der soll sich die Perversität dieses Urteils noch einmal vor Augen führen: Da leistet jemand gut viereinhalb Jahre wertvolle und unersetzliche Arbeit, und weil eine Behörde nicht in der Lage ist oder wahrscheinlicher nicht in der Lage sein will, die Wichtigkeit dieser Arbeit anzuerkennen. Würden sie das anerkennen und auf ihr 'Anrecht' verzichten, würde eine Einrichtung für Jugendliche nicht so schwer getroffen.

Die Strafe wird gering gehalten und zur Bewährung ausgesetzt weil der Betroffene erklärt,daß er die 18 Monate ableisten werde. Was ist damit erreicht worden? Eine Behörde hat ihren 'Anspruch' an einem Menschen dieses Landes durchgesetzt und 15 Jugendliche verlieren wahrscheinlich ihr zuhause, ihre einzige Hoffnung.

Das Kalkül der Drahtziehen dieser sauberen Vernichtung wird wohl aufgehen, Peter Halberkann wird die Doppelbelastung nicht durchstehen. Und er wird auf längere Sicht entweder den Zivildienst schmeißen, was ihm eine (längere) Gefängnisstrafe einbringen wird, oder er gibt die Arbeit auf dem Jugendhof auf.
Heinz Faßbender, nun tagsüber allein auf dem Hof, wird dem Übermaß an Verantwortung, pädagogischer, organisatorischer und schriftlicher Arbeit, der permanenten Auseinandersetzung mit Behörden nicht mehr gewachsen sein. Denn trotz aller Demokratie handelt es sich um Jugendliche, die ganz langsam in die Verantwortung hineinwachsen.

Sie, die 'rechten' Herren haben es wohl geschafft. Es herrscht bald wieder Ruhe im Land - ein wenig mehr -.
Oder.....
LASST SIE KEINEN GENUSS AN DIESER RUHE HABEN!!

Kontakt: **Jugendhof Verein Kollektiv e.V.**
Walter Dörken Hof /5068 Odenthal - Schallemich
Telefon: 02202 / 7 96 63

LINKE PREISE oder: ohne Transparenz keine Toleranz ...

Jeder, jede kennt die Situation: du bringst Pflaumenmus aus dem Naturkostladen in die Wohnung mit. Es wird entdeckt, daß das Glas fünf Mark gekostet hat, und nie war sich die Wohngemeinschaft so einig: auch das alternativste Pflaumenmus —"sowas dürfte normalerweise neunzig Pfennig kosten !"— wird zu diesem Preis nicht gekauft. Beim alternativen Fahrradladen wunderst du dich, daß die Preise um mehrere Längen über denen vom Kaufhof-Sonderangebot liegen. Lohnt das der Qualitätsunterschied ? Doch wozu in die Ferne schweifen: der ID, den du in der Hand hältst, kostet zwei Mark fünfzig. Daß der STERN drei Mark kostet und soviel dicker und bunter (aber das ist eine Suchtzeitung! sagt Enikö, und spannender?) ist, begründest du mit den Werbeeinnahmen, und wenn das nicht reicht, siehst du's überhaupt eben 'politisch" . „Politisch" ist auch der Preis, den die alternativen Möbelaufpolierer für ihre Schränke nehmen: Amerikaner, die beim Schild ‚antik' den Fuß auf die Bremse klotzen, sollen kräftig löhnen. Aber für die Genossen/Genossinnen einen anderen Preis zu machen, das geht „ natürlich" nicht. Könnte ja jeder kommen, wo kämen wir da hin.

Die ökonomischen Vorgänge hinter jedem Betrieb, der etwas zu verkaufen hat, vollständig deutlich zu machen, war ein Anspruch jener Zeit, als es noch sehr wenig „ alternative" Betriebe gab, meist Buchhandlungen und Verlage. Transparenz wurde durch öffentliche Rechnungslegung - zur Information der Linken, nicht zur Verschleierung für die Steuer - angestrebt; Toleranz gegenüber der Aufforderung, soundsoviel zu zahlen, sollte die Folge sein. Je mehr alternative Betriebe es gibt, desto weniger ist diese Transparenz heute zu finden. Warum eigentlich ?

Wir wollen ein Schwerpunktheft machen über "alternative Ökonomie" (kann es die geben ?), in dem wir ganz schlicht bei unserer oft verleugneten Existenz als Konsumenten ansetzen. Unsere Bitte an alle Alternativbetriebe, die irgendetwas verkaufen: Beteiligt euch an dieser Nummer — laßt die wundersamen Beziehungen zwischen eurem Ziegenkäse, eurem Schrank, eurer Zeitung und den Gesetzen des Geldes transparent werden !

Als Minimum schlagen wir vor: ihr nehmt ein typisches Produkt von euch und stellt dar — auf zwei bis drei Schreibmaschinenseiten und für jeden verständlich—, was damit bezahlt wird: gutes Material, niedrige Löhne, paradiesische Arbeitsbedingungen, schlichte Mißwirtschaf tetc. etc.

Wenn ihr Lust habt, oder es für notwendig haltet, mehr Zusammenhänge darzustellen: schreibt eure Geschichte und eure Probleme, legt Bilder dazu. Vielleicht schickt ihr uns auch ein Probeglas von eurem Pflaumenmus, und wir verlosen es unter den Betrieben, die ja nicht alle glückliche Gewinner unseres phantasievollen Hauptpreises — ein ID-Jahresabonnement— sein können. Diesen Hauptgewinn trägt selbstverständlich der transparenteste Laden.

Das Schwerpunktheft "Linke Preise !? !" soll im September erscheinen. Redaktionsschluß für die Beiträge ist Montag, 1. September, 18 Uhr.



DER BALL IST RUND

Ein Interview mit Jürgen Sundermann

Fußball, was fällt Dir dazu ein?
Allenfalls ein Bestechungsskandal, oder Franz Beckenbauer werbelächelnd für Maggisuppen.

Die alte Geschichte: Fußballer sind aus dem Leder, aus dem Fußbälle gemacht werden, und was sie im Kopf haben entspricht dem was in einem Fußball drin ist: --Luft.

Dazu sind entsprechende Bemerkungen, z.B. zum Boykott der Fußball Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien passend: dümmlich bis arrogant, manchmal beides.

Schublade zu – Ende der Stange.

Und dann sind alle furchtbar erstaunt, wenn ein Profifußballer Unterschriften gegen Berufsverbote sammelt, in seiner Freizeit mit Behinderten Kindern arbeitet (Ewald Lienen) oder mal sagt aus was die Funktionärsspitze des Deutschen Fußballbundes besteht: aus Apparatschiks, Radfahrern und Schleimern (Paul Breitner, der Hackethal des deutschen Fußballs).

Wir drucken hier ein gekürztes Interview mit Jürgen Sundermann, das er der Schweizer Zeitschrift 'tell' gab, ab. Sundermann war und ist jetzt wieder Trainer beim VfB Stuttgart.

Sicherlich lassen sich die Allgemeinplätze und Plattheiten, die S. von sich gab nicht überlesen, aber es ist schon erstaunlich festzustellen, daß Leute, die in diesem Zweig des Showbusiness arbeiten, nicht nur denken, daß der nächste Gegner immer der schwerste wäre oder daß ein Spiel 90 Minuten dauert. Womit allerdings keine Übereinstimmung zwischen Sundermann einerseits und Breitner oder Lienen andererseits konstruiert werden soll.

Für Sundermann hört das Denken offensichtlich da auf, wo der 'Startrainer' in Gefahr gerät.
–dausi - / Bewegung 'der Ball ist rund' /ID

tell: Mich haben seinerzeit Ihre Begründungen, als bekannt wurde, daß sie von Stuttgart weg zum Grashoppers - Club Zürich wechseln würden, interessant gedünkt. Der klassische Konflikt zwischen Beruf und Karriere einerseits, und dem Beziehungsleben, dem Privatleben andererseits, scheint sie stark beschäftigt zu haben. Und für einmal hatte in diesem Konflikt nicht die Karriere die Oberhand behalten. Nun nach einem Jahr scheinen Sie nicht mehr so überzeugt zu sein, ob Ihr Entschluß damals richtig war.

Sundermann: Ich war der Meinung, daß man den Stellenwert des Fußballs in der Schweiz heben könnte, durch grössere Werbung vielleicht, oder bessere Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Nach relativ kurzer Zeit, mußte ich einsehen, daß es kaum möglich war. Bald auch habe ich gesehen daß aus einem Schweizer Spieler nicht in kürzerer Zeit ein Berufsfußballer wird. Das ist keine Kritik, das ist eine ganz normale Entwicklung. Denn in jedem Beruf muß man eine Lehre machen, auf jeden Beruf muß man vorbereitet werden. Im Grunde genommen, müsste man bei der Grössenordnung des Verdienstes den Spieler als Profi bezeichnen. Aber er ist von seiner Mentalität und seiner Ausbildung her nicht dazu in der Lage. Da ist die Diskrepanz zu groß. Ich wäre auch nach Amerika gegangen, oder nach Spanien, eben da, wo absoluter Berufsfußball existiert.

Ich bin nun 4o Jahre alt, und ich bin von ganzem Herzen und mit größter Leidenschaft Fußballtrainer. Da möchte ich auch mit Leuten und in Vereinen arbeiten, die ganz auf Erfolg eingerichtet sind. Das ist in der Schweiz schwer zu finden. Sie können sich hier auf ein Leben einrichten, wo Sie in großer Ruhe und Sicherheit mit Ihrer Familie leben können. Aber so können Sie als Trainer kaum noch eine internationale Karriere machen. Oder man hat eben Ambitionen. Diese Ambitionen habe ich und deshalb mußte ich die Entscheidung so treffen.

tell: Seit einigen Jahren sind Tendenzen im Gange, wonach Männer und Frauen sich ihre Rollen anders überlegen. Frauen suchen auch in der Arbeit Erfüllung. An uns Männer sind ja von klein auf Karriereforderungen gestellt worden. Wir sind fast insinktiv darauf aus zu reüssieren, Prestigegewinn einzuheimsen.
Um dem zu genügen, kommt man in unheimliche Konflikte mit an sich elementaren Bedürfnissen des Gefühlslebens. Im Grunde genommen ist's ja absurd, daß man Karrieren machen will, wenn diese sich derart schlecht vertragen mit den Bedürfnissen des Gefühlslebens. Um eine Karriere zu machen, ist man an sich am Besten dran, wenn man sein Gefühlsleben ganz verdrängt. Aber das geht ja auch wieder nicht, weil draus eine Riesen-Einsamkeit resultiert.

Sundermann: Das schlechte Gewissen ist einfach da. Ich hab das mit vielen anderen Kollegen besprochen. Sie sind gezwungen, als Trainer in diesem harten Geschäft ihre Gefühle auszuschalten. Sie werden quasi gefühlslos mit der Zeit, zumindest was den Kontakt anbetrifft mit dem Verein, mit allen, auch mit den Spielern. Es ist alles auf Erfolg ausgerichtet. Das muß hart durchgezogen werden. Jeder Mensch braucht aber Raum für seine Gefühle. Und dazu dient wieder die Familie. Ich kann mir nicht vorstellen, Trainer zu sein ohne die Familie.

tell: In der Schweiz können sie sich als Trainer wirtschaftlich ganz hübsch etablieren.

Sundermann: Das ist richtig. Nun ist meine Frau eine unheimliche Bezugsperson für meine Kinder. Sie macht einmal im Monat während zwei, drei Tagen in München eine Fernsehsendung. Aber sonst ist sie 24 Stunden am Tag für die Kinder da, immer da gewesen, hat nie gearbeitet, so daß meine Frau vieles macht, was normalerweise ich machen müßte. Etwa Schularbeiten, oder alle diese Sachen, die auch normalerweise zum Aufgabenbereich von Eltern, oder vom Vater, gehören.

tell: Es läuft bei Ihnen letztlich daraufhinaus, daß sich alle nach Ihnen richten müssen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie sich in der Schweiz als Fußballtrainer hätten etablieren können. Sie hätten dabei alle Gedanken an eine ganz große Karriere natürlich ausschalten müssen.

Sundermann: Ich war drei Jahre in Deutschland. Wenn ich diese drei Jahre nicht gehabt hätte, hätte ich es fertiggekriegt. Ich bin sehr ungern von Genf weggegangen. Ich wollte mal sehen, ob da was zu schaffen ist. Aber das war nicht so ein starkes Bedürfnis. Ich war sehr glücklich in der Schweiz, unheimlich glücklich. Es waren die zehn glücklichsten Jahre meines Lebens. Aber dann diese drei Jahre. Da ist man aufgestiegen in die 1. Bundesliga. Riesen-Zuschauermengen. Da ist es schwer umzuschalten.

Das haben Sie richtig erkannt, es ist von mir im Verhältnis zur Familie doch etwas egoistisch in der ganzen Situation. Es geht dabei doch immer wieder um mich. Das war im Grunde auch der Grund, wieder nach Stuttgart zu gehen, damit die Kinder doch nicht zu sehr darunter leiden. Sie können wieder in die gleiche Schule gehen. Wir ziehen in denselben Ort, wo wir vorher gewohnt haben, wo unser Freundes- und Bekanntenkreis erhalten geblieben ist. Ich hätte es sehr wahrscheinlich nicht übers Herz gebracht, nach Schalke zu gehen, oder nach Bremen oder nach Berlin. Das wäre für die Kinder zuviel gewesen. Das war ein Zugeständnis von mir zur Familie. Wenn schon ne Rückkehr nach Deutschland, dann in den Raum, wo wir schon mal gewesen sind, wo also nix total Fremdes auf uns zukommt.

tell: Wobei Sie da beruflich keine Abstriche machen müssen. Sie haben da eine gute Startposition. Freilich ist's auch schwierig, den Erfolg zu wiederholen.

Sundermann: Den Erfolg zu wiederholen und den Erwartungen zu entsprechen, ist unglaublich schwer. Es wäre viel einfacher gewesen, nach Schalke zu gehen – die sind am Boden zerstört – und dann die nach oben zu bringen. Die Wahrscheinlichkeit, daß das gelingt, wäre viel, viel größer.

tell: Sie haben mal gesagt, in der BRD sei der Fußball so etwas wie eine Religion. Sie haben ein andermal gesagt, Sie würden in der Schweiz Zustände, wie sie in der BRD herrschen, nicht wünschen, wo der Fußball eine so wichtige Rolle spielt, wo er zum Lebensinhalt für enorm viele Leute wird, wo Vandalismus die Folgeerscheinungen sind.

Sundermann: Man muß sich ganz genau überlegen, wo überhaupt der Sinn einer Gesellschaft ist oder sein darf, wenn Fußball so wichtig ist, daß die Menschen, die Jugendlichen und auch andere Leute in ihrem normalen Leben so wenig Erfolgsmöglichkeiten haben, Erfolgserlebnisse haben, daß sie sich mit einer Mannschaft identifizieren müssen, um mit dieser oder durch diese zu Erfolgserlebnissen zu kommen. Im Grunde ist das eine Schwäche der Gesellschaft. Das ist an und für sich gar nicht wünschenswert.

tell: Umgekehrt reizt Sie gerade das, wenn Sie jetzt nach Deutschland zurückkehren.

Sundermann: Ich bin ja nicht für die Gesellschaft verantwortlich. Ich bin für meinen Beruf verantwortlich und für meinen Beruf ist das ein großer Vorteil, auch für die Spieler, wenn eine so große Begeisterung da ist für den Fußball. Das bedeutet, daß es sehr viele Zuschauer gibt, und daß auch die finanzielle Seite – das ist ja auch eine berufliche Seite – in einer andern Größenordnung zu sehen ist in solchen Ländern. Also von unserer Berufsausübung her gesehen, ist es schon gut.

Problematisch wird's erst, wenn man es loslöst von unserem Beruf und sich überlegt, was das für Gesellschaften sind, wo die Jugendlichen, die vielleicht keine Arbeitsstelle, keine Lehrstelle, kein Familienleben haben, sich mit einem Spieler, einer Mannschaft identifizieren, alles machen dafür, auch Schlägereien, um dann sagen zu können: wir haben gewonnen letzten Samstag. Die leben von Samstag zu Samstag und sind traurig die ganze Woche, wenn sie verloren haben. Das ist schön, wenn Sie eine Mannschaft trainieren oder Spieler einer Mannschaft sind und 100 000 drum rum sind. Aber wenn Sie mal vom Gesellschaftspolitischen her, vom Sozialen die Sache sehen, fragt sich natürlich, ob das ein Riesenkompliment für diese Gesellschaft ist.

tell: Haben Sie keine Probleme, diese Droge gewissermaßen herzustellen, ständig zu bieten?

Sundermann: Der Fußball ist ja für viele auch ein Abreagieren ihrer Aggressionen. Viele sind der Meinung, es sei besser, wenn das auf dem Fußballplatz passiert, als wenn das dauernd in der Innenstadt passiert oder in den Kneipen. Die Jungen haben ja diese unheimlichen Aggressionen — die müssen sie loswerden. Ich mein, es ist an sich schon schlecht, aber vielleicht ist es noch besser, wenn das auf dem Fußballplatz passiert, als wenn es dauernd in den Straßen passieren würde.

tell: Es verleitet freilich dazu, sein Los passiver hinzunehmen. Wir können grad einen Vergleich zu dem ziehen, was hier in Zürich in den letzten Wochen sich ereignet hat. Da haben auch Jugendliche eine Wut empfunden, Aggressionen gehabt und zum Ausdruck gebracht. Aber hier wollen sie etwas für sich erlangen. Ich denk schon, daß es besser ist für die Leute, wenn sie was selber in der Hand haben, selber ihre Interessen vertreten.

Sundermann: Eine Demonstration für das, was da beschlossen wurde, für die Ziele dieser Jugendlichen, halte ich für 100%-ig gerechtfertigt. Nur die Art und Weise, wie's gemacht wurde, gegen die gesellschaftliche Masse vielleicht oder gegen die, die bestimmen, das halte ich für hervorragend.

war. . . Aber Demonstrationen sind immer etwas positives. Hinter seiner Meinung stehen, seine eigene Meinung vertreten

tell: Das waren wahrscheinlich nicht Jugendliche die hierher ins Stadion kommen, nehm ich an. Und jene, die ins Stadion kommen, in der BRD sagen wir mal, und randalieren oder wie immer man dem sagen will, das sind nicht die Leute, die selber was anpacken wollen. . .

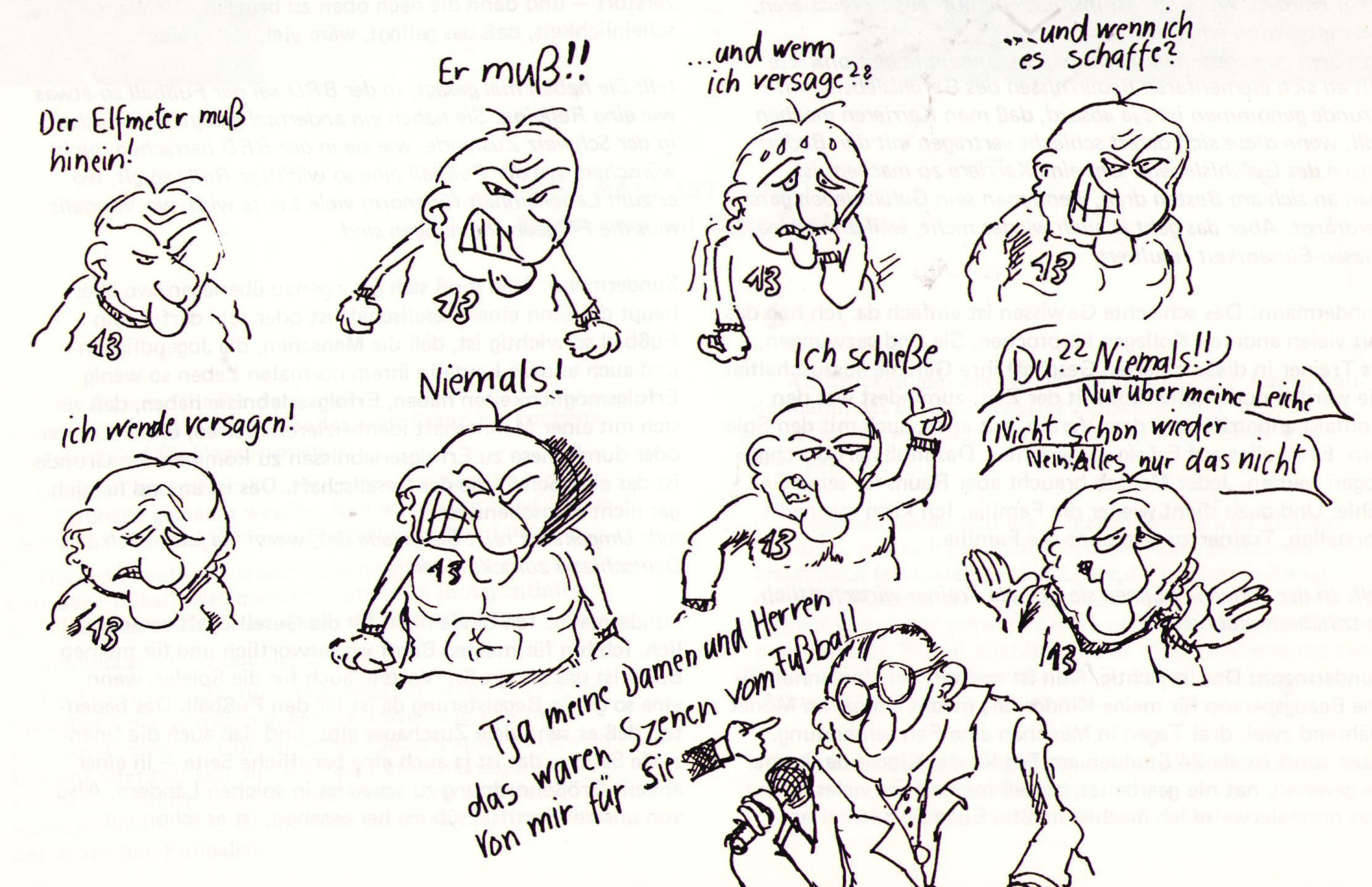
Sundermann: . . . was positives machen wollen. Nein, nein, da bin ich genau Ihrer Meinung.

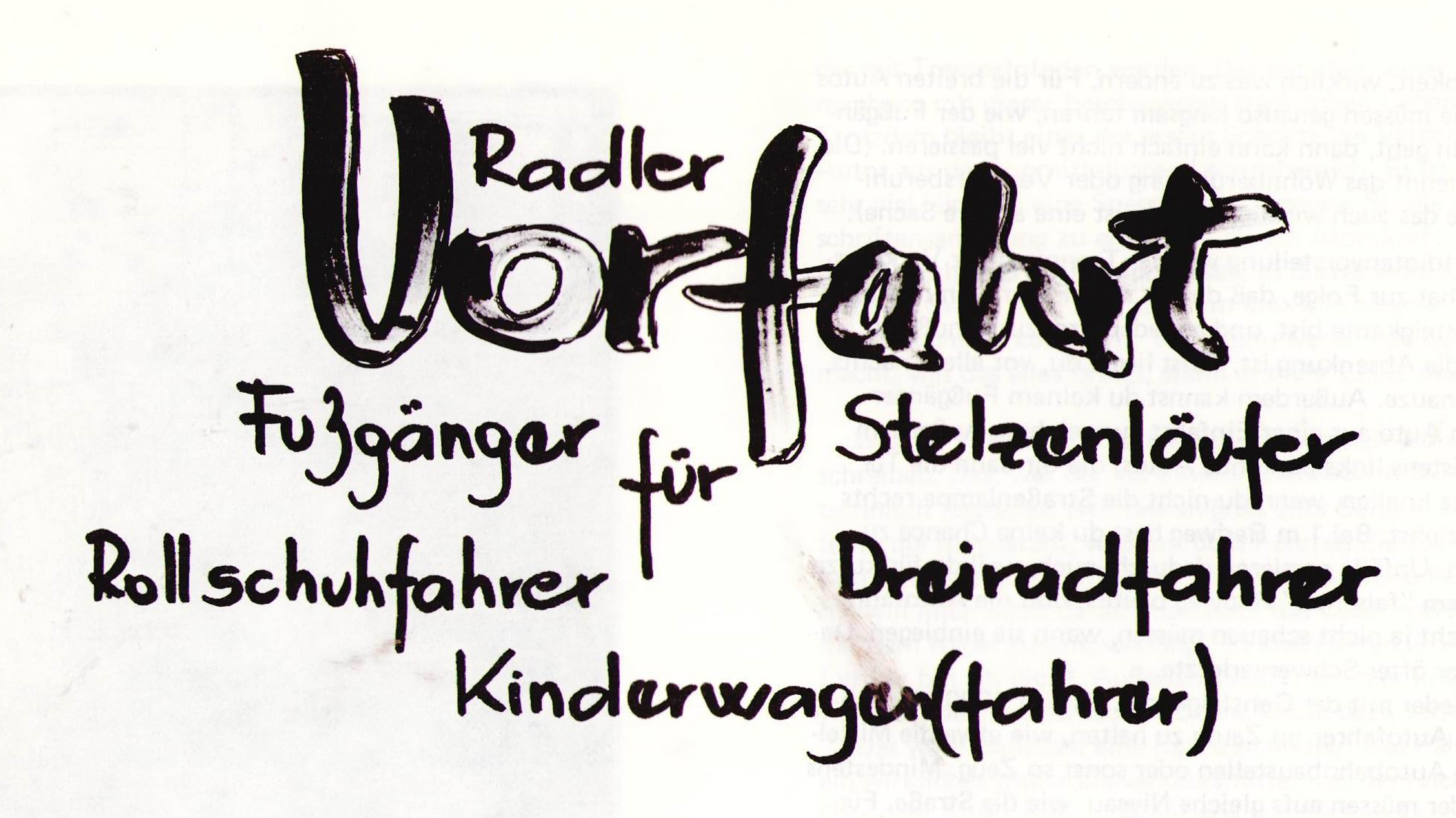
Ich habe kein schlechtes Gewissen dabei. Denn eins müssen wir ganz klar sehen: Entweder wir erkennen diese Gesellschaft an oder wir erkennen sie nicht an. Sicherlich, wenn man sich Gedanken darüber macht, ist so vieles ungesund, so vieles schwer zu akzeptieren, was in unseren Industriegesellschaften läuft. Die ganze Werbung, dieser Konsum, dieses absolute Gemessen-werden nur nach dem Geld, nach Statussymbolen, das ist fürchterlich. Aber man muß sich entscheiden, denn man lebt ja dadrin. Und wenn ich diese Gesellschaft akzeptiere und in ihr lebe, dann muß ich auch die Auswirkungen dieser Gesellschaft auch im Fußball akzeptieren

tell: Als Trainer einer Spitzenmannschaft steht man an einem Ort, wo man diese Zustände zementiert.

Sundermann: Ein schlechtes Gewissen würde ich also vollkommen ausschließen. Es ging mir immer so, wenn wir mit dem Bus in die Stadien rein und nach den Spielen weggefahren sind. Was sich da alles abgespielt hat: entwürdigend, unvorstellbar. Da hat man sich gesagt, ist ja nicht mehr anzugucken. Aber Sie können das ja nicht ändern. Sie haben nicht die geringste Chance. Oder Sie hören auf und gehen woanders hin. Wir haben dauernd mit Fan-Clubs diskutiert. Es gibt Hunderte von Fan-Clubs bei jedem Verein. Sie kriegen das nie hin. Sie können diese Ausschreitungen nicht verhindern.

Ich bin einer, der überhaupt nicht mit unserer Gesellschaft zufrieden ist, mit dem, wie wir alle leben. Aber es ist nicht zu ändern.





"Fahrrad über alles, Fußgänger, Busbenutzer - natürliche Bündnispartner jedes Radlers - werden nicht erwähnt. Sollen sie jetzt auch noch Verbände gründen? Geht es um eine menschenfreundliche Verkehrszukunft oder wieder nur um die dogmatische Durchsetzung eines einzigen Verkehrsmittels als non-plus-ultra, nur weil wir es zufällig benutzen? "

das rief die Erlanger Radlerinitiative aus, und nahm die Borniertheit des "Allgemeinen Deutschen Fahrrad Clubs" (ADFC) in einem Brief (ID Nr. 332 / 2. Mai) gründlich auseinander.

Da sie die negativen Eigenschaften dieses Clubs so genau beschrieben haben, kam in uns die Neugier hoch, nun auch mehr über ihre Vorstellungen von Verkehr, Fahrradwegen etc. zu erfahren.

Wir haben richtig vermutet. Ihre Vorschläge machen unsere Wünsche nach "städtischem Landleben" oder nach ländlichem Stadtleben (?) einen Stück konkreter.

Lieber ID!

Bevor ich zu eurer Frage eine Antwort schreibe, muß ich erst einmal was vorausschicken.

Wir haben noch nie Radwege gefordert: erstens gibts hier ja ziemlich viele, zweitens war uns Sicherheitsfanatismus immerschon ziemlich verdächtig, drittens wollten wir die ganze Strasse. Persönlich wars für uns dasselbe: diese beschissenen Radwege bremsen einen so, daß man lieber auf der Straße fährt, ausserdem macht das Autofahrerärgern Spaß. (Vielleicht habt ihr irgendwo noch das Sonderheft der Was Lefft: Grüne Liste vom Dezember 77, da war das etwa formuliert. Wir haben damals vorgeschlagen, möglichst viele Sackgassen zu machen, in denen Radler und Fußgänger natürlich durchkönnen.)

Weil einer von uns das Buch: "Kinder müssen verunglücken, Inge Peter-Habermann, rororo aktuell 4267" zufällig in die Hände bekommen hat, und weil wir häufig mit dem Sicherheitsgewäsch von Ordnungsamt, Polizei und manchen ADFClern konfrontiert waren, haben wir uns dann ein bißchen mit Unfällen beschäftigt. Dazu kam dann noch ein kurzfristiger Job über Verkehrserziehung für Kinder (ein widerwärtiges Thema), wo zwei von uns auch auf diesem schwachsinnigen Gebiet was formulieren mußten.

Ergebnis: Aus Sicherheitsgründen muß das Verkehrsrecht abgeschafft werden. Dazu jedoch später.

Zunächst muß noch gesagt werden, daß wir nur zum Teil eine richtige "Radlerinitiative" sind. Wir betreiben zwar hauptsächlich die "Offene Fahrradwerkstatt" (Reparaturhilfe für alle, umsonst), aber es geht mehr gegen die Autos, so daß wir genauso gern eine Fußgänger oder Rollschuhinitiative wären. Der Name Radlerinitiative hat was mit der Erlanger Gruppenerfindungspraxis zu tun. (Für jeden Zweck einen geeigneten Namen) Zum Thema zu Fuß Gehen gibts einen sauguten Text in Technologie und Politik 14: "Verkehr in der Sackgasse", rororo aktuell 4531.

Weil wir also gleichzeitig was über menschliche Kreativität bei der Fortbewegung gelesen haben, ist uns der Sicherheitsquark besonders aufgestoßen. Wir haben dann folgende (selbstverständlich nicht statistisch bewiesene) Thesen aufgestellt:

1. Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um. Kinder gelten ja immer als spontan, unberechenbar, kurz: "wildgewordene Verkehrsteilnehmer". Sie sollen deshalb oft unters Auto kommen. Das ist falsch. Kinder sind einen Scheiß spontan. Umgekehrt, sie sind so schüchtern, daß sie im Straßenverkehr erst auffallen, wenns zu spät ist. Unsere These: Weil diese Kinder sich an die Regeln und an den Verkehrsunterricht halten und dran glauben, gehen sie immer schön brav an der Hauswand entlang und warten dort, bevor sie über die Straße gehen, statt z.B. armefuchtelnd auf der Gehsteigkante zu balancieren. Dann würden sie nämlich gesehen. Ein Beispiel aus dem Leben: Ich fahre mit Vorliebe auf der Straße neben dem Radweg. Wenn ich dann auch noch Zickzack fahre, ist der Sicherheitsabstand der Autofahrer am größten.

2. Das sogenannte Radwegenetz ist ja eigentlich keines. Bei jeder Kreuzung mußt du über die Straße. Und schon immer haben die Statistiken die meisten Fahrradunfälle an den Kreuzungen gezählt, mit oder ohne Radwege. Der Clou am Radweg ist, — hier in Erlangen sieht man das deutlich — daß der Autofahrer auf der Straße nicht einmal bemerkt, daß es einen Radweg gibt, weil parkende Autos das verstecken, und an der Kreuzung muß er plötzlich 10 Radler vorlassen, bevor er rechts abbiegt, oder auf linksabbiegende Radler aufpassen. D.h. die Unfallstatistik im Kreuzungsbereich muß eigentlich mit der Zahl der Radwege steigen. Abgesehen davon ist es ein Quatsch, im dichtbesiedelten Gebiet den Autos auch noch die Straße freizumachen, indem man Radwege baut. Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer — vor allem im Wohngebiet, ist die ein-

zige Möglichkeit, wirklich was zu ändern. Für die breiten Autos heißt das, sie müssen genauso langsam fahren, wie der Fußgänger vor ihnen geht, dann kann einfach nicht viel passieren. (Die Regierung nennt das Wohnberuhigung oder Verkehrsberuhigung. Ob sie das auch wirklich macht, ist eine andere Sache).

3. Diese Idiotenvorstellung von der Trennung der Verkehrsteilnehmer hat zur Folge, daß du mit dem Fahrrad immer hinter der Gehsteigkante bist, und an jeder Kreuzung mußt du ahnen, wo die Absenkung ist, sonst liegst du, vor allem nachts, auf der Schnauze. Außerdem kannst du keinem Fußgänger und keinem Auto aus einer Einfahrt ausweichen. Außerdem hast du meistens links parkende Autos, die dir dann die Tür vor den Latz knallen, wenn du nicht die Straßenlampe rechts von dir vorziehst. Bei 1 m Radweg hast du keine Chance zu entkommen. Unfälle passieren dadurch auch, weil du für kurze Wege auf dem "falschen" Radweg bleibts, und die Autofahrer da drauf nicht ja nicht schauen müssen, wenn sie einbiegen. Dabei gibts hier öfter Schwerverletzte.

Also: Nieder mit der Gehsteigkante. Es gibt 1000 Möglichkeiten, die Autofahrer im Zaum zu halten, wie etwa die Mittelstreifen bei Autobahnbaustellen oder sonst so Zeug. Mindestens die Fahrräder müssen aufs gleiche Niveau wie die Straße. Für die Fußgänger wärs auch besser, man denke nur an Kinderwagen, Rollstühle etc. Daß man dann die Autos bremsen müßte, kann uns nur recht sein.

Noch was zur Unfallstatistik in diesem Zusammenhang. Irgendwo in den Niederlanden oder Großbritannien gibts Zahlen (haben wir gesehen) über Unfälle mit dem "ruhenden" Verkehr, soll heißen: plötzlich geöffnete Autotüren. Diese Zahl ist dort die höchste im Vergleich mit anderen Unfällen, und die ändert sich durch Radwege auf dem Gehsteig überhaupt nicht, weil du dann ja bloß auf der anderen Seite vom Auto bist. Hierzulande läuft sowas natürlich unter Dunkelziffer, ebenso wie die Unfälle mit Gehsteigkanten, Pfosten, Laternenmast, Verkehrsschild. Wer geht schon gern zur Polizei, und die macht die Statistik.

4. Wir wollen also

Straßen, auf denen wir (Fußgänger, Rollschuhfahrer, Stelzenläufer, Dreiradfahrer, Radler) Vorfahrt haben.

Nur noch dort Radwege, wo ein starker PKW-Verkehr unvermeidlich ist, das sind die ganz dicken Durchgangsstraßen — und auch nicht alle.

Dann aber eine Abtrennung auf der Straße und nicht auf dem Gehsteig. Hier in Erlangen sind die Fußgänger nämlich schon ganz verschüchtert.

Keinen Radwegezwang, nur das Angebot, wie die Autos die Autobahn benutzen können, aber nicht müssen.

Besondere Abkürzungen für Radler in der Stadt kann man lassen. Für Autos so viel Sackgassen wie's geht. Im Prinzip so, daß ein Autofahrer erst zum Stadtrand muß und außenrum fahren, wenn er auf die andere Seite vom Zentrum will. Dann läßt er vielleicht den Scheißkarren erstmal stehen.

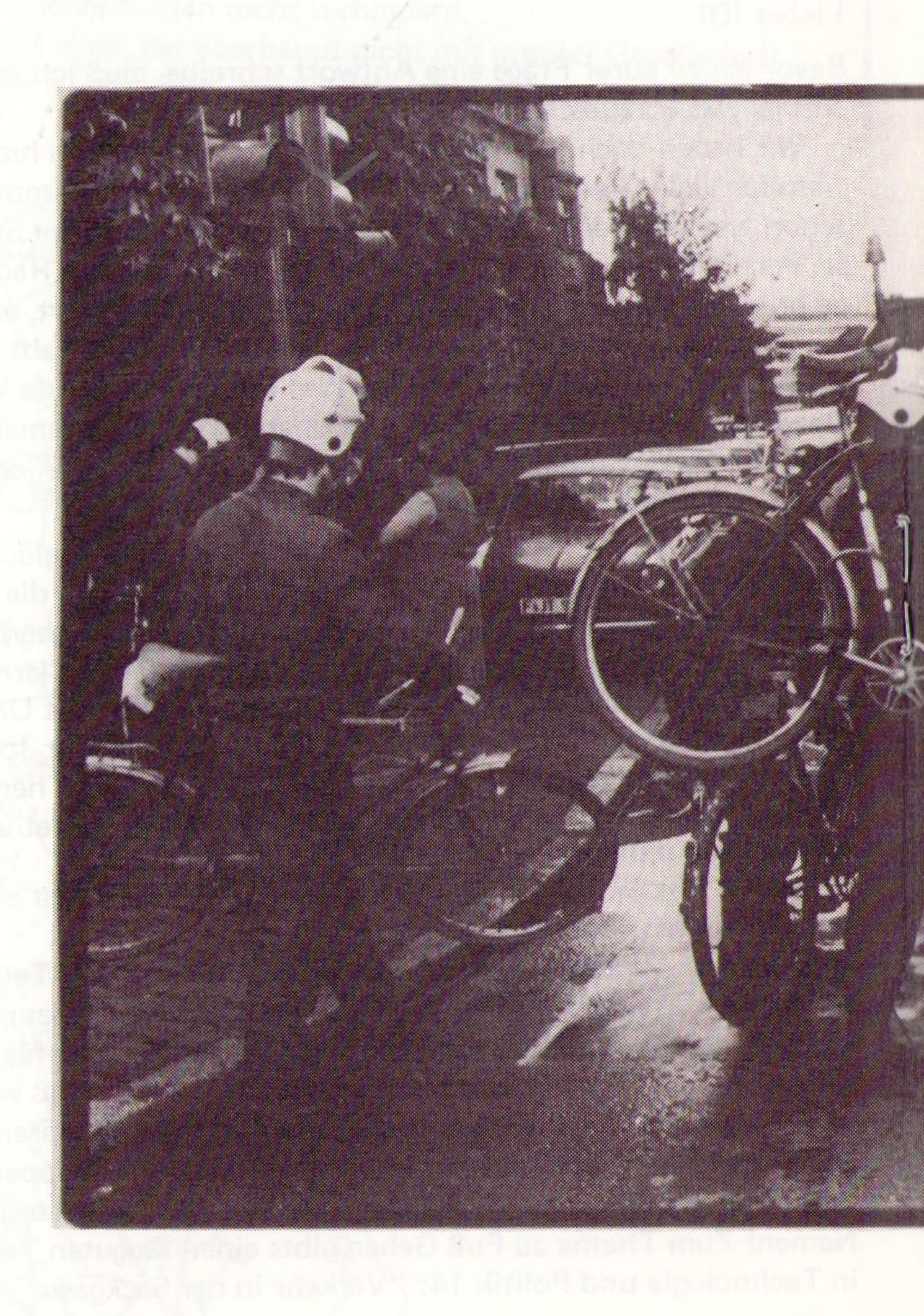
Keine Leitlinien mehr für Pkw (Gehsteigkanten, weiße Linien). Die beschleunigen den Verkehr. Wenn doch wo nötig, dann halt absolut verwackelt, ein halber Meter hin und her!

Einen besonderen Platz vor den Autos für Zweiräder an der Ampel: Damit die linksabbiegenden Radler zuerst drankommen und überhaupt. Das ist eine Forderung, die kann man auch selber verwirklichen: Stell dich einfach vorne in die Mitte. Mehr als hupen können sie nicht. Dafür kann nachher keiner sagen, er hätte dich nicht gesehen.

Das Ganze klingt vielleicht ein bißchen unwichtig und komisch. Für sich genommen ist es das ja auch. Ein großer Teil von solchen Forderungen wird nämlich lächerlich, wenn du dir Gedanken über die Stadt und urbanes Leben machst. Dann kann man sich das Leben auf der Straße nicht mehr als Verkehr vorstellen. Die Straßen der Stadt müssen Wiesen und Wäl-



Donnerstag, der 26. Juni war der Tag d
France '80 in Frankfurt(Kosten eine M
den Prolog wurden Demonstranten





er aufwendigen Eröffungsfeier der Tour de
illionen Mark). – Ein paar Stunden vor
n samt ihren Fahrrädern verhaftet.



Foto: Klaus Katarski

der mit Trampelpfaden werden. Das hat aber seinen Zusammenhang mit dieser bescheuerten städtischen Lebensweise. Trotzdem bleibt einer der ersten Schritte die Verdrängung des Autos aus dem unmittelbaren Lebensbereich. Es ist übrigens sehr viel leichter, eine Sperrung der eigenen Straße per Unterschriftensammlung zu erreichen, als ein Atomkraftwerk weit weg zu verhindern. Das soll heißen, es dürfte wohl kaum viel mehr Aufwand sein, sich auch um kleine Probleme des täglichen Lebens zu kümmern. Vor allem, wenn man sich klar macht, was das alles bringt, wenn es mehr Leute machen.

Was das Fahrrad am Alltag ändert, läßt sich schlecht aufschreiben. Das, was die Veränderung ausmacht, ist nichts technisch fassbares. (wir fahren jetzt zum Beispiel sogar öfter in die Innenstadt, weil mit dem Fahrrad die drei Kilometer weit schneller zu schaffen sind, als mit Auto und Parken etc.) Ich will mich nicht darauf einlassen, das Lebensgefühl, das mit dem Radel zusammenhängt, zu analysieren, und ein Lyriker bin ich nicht. Außerdem sieht man hier in der Stadt, wie individuell verschieden sich die Leute dazu verhalten.
Das wäre vielleicht eine Kennzeichnung: Das Fahrrad ist ein wirkliches Individualverkehrsmittel, bei dem sich (gegenüber dem Auto) Individualität erst ausdrücken kann. Andererseits ist es sozial, weil es eine Kommunikation nicht behindert, du bleibst einfach stehen, wenn du wen triffst.

Vielleicht doch ein Beispiel, im winter: Wenn du dich früh in dein kaltes Auto setzt, und eine Viertelstunde fährst, und dann aussteigst , frierst du bei 10 ° minus wie ein Schneider. Schwingst du dich warm eingepackt aufs Rad, ist dir meistens nach fünf Minuten warm und du schwitzt. Und wenn du nach einer Viertelstunde ankommst, ziehst du erstmal soviel wie möglich aus. Wir sparen dabei sogar Heizkosten, so lächerlich das vielleicht klingt. Je mehr wir radeln, desto weniger verkraften wir hohe Raumtemperaturen. Entsprechend werden wir kaum noch krank im Winter. Und Spaß macht auch , auf Schnee oder Glatteis zu fahren. Wenn du nicht stürzen willst, dann fährst du halt langsamer.

Also: Wenn ihr Geld/Energie sparen wollt und gesund bleiben, dann radelt ganzjährig.
Wir haben allerdings bisher von Niemandem gehört, der deswegen geradelt ist. Aber wer weiß, vielleicht gibt's so verrückte Sparer.

Nachdem diese Fortbewegungsart am sonstigen Lebensstil nicht notwendig was ändert, bleibt nur zu sagen: Wer wissen will, wie das für ihn ist, muß es selbst ausprobieren. Hier radeln sie nämlich alle: Atomkraftgegner und KWU-Ingenieure, Anarchisten und der Oberbürgermeister, die Kinder und die Alten, Studenten und Professoren. Eine Gemeinsamkeit im Alltag gibts da nicht.

Es ist gar nicht so einfach, ein traditionelles Verkehrsmittel als 'Alternative' hinzustellen. Und Trotzdem.

P.S. Anbei ein Text, mit der wir den Stadtrat überzeugen wollen. Viel Chancen hat er nicht. Aber wir haben auf diese Art schon öfter überraschend was erreicht.
Außerdem ein Text von der CSU, der vielleicht zeigt, wie komisch das ist hier, mit den Fahrrädern.

**Kontakt: Erlanger Radlerinitiative/ Leipzigerstraße 8
8520 Erlangen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß das System der Radwege in Erlangen guten Anklang gefunden hat. Allerdings muß man nach einem gewissen Abstand und auch einer Denkpause doch überlegen, ob das System im Hinblick auf alle Verkehrsteilnehmer richtig angelegt ist. Wir möchten deshalb folgendes dazu vorschlagen:

1. Die Fahrradwege sollen bewußt mit einem Bordstein von den Gehsteigen abgesetzt werden.

2. Die Fahrradwege können sehr wohl etwa 50 cm - 1 m von der Straße in Anspruch nehmen, sollten aber auch gegenüber der Straße richtig abgesetzt sein.

3. Wenn diese beiden ersten Bedingungen erfüllt sind, ist es möglich, daß die Fußgänger auf dem verbleibenden Fußweg wirklich Platz haben, um auch mit Kinderwagen aneinander vorbeikommen zu können.

4. Es erscheint uns notwendig, daß vor den Hauseingängen die Fahrradwege, wie es bei der Straße üblich ist, mit weißen Streifen gekennzeichnet werden, damit der Radfahrer weiß, daß hier eine Ausfahrt ist.

5. Die Verkehrssicherheit, bei Kreuzungen der Straße mit Fahrradwegen, ist immer noch nicht richtig gelöst. Es erscheint zweckmäßig, hier besondere Hinweisschilder anzubringen. Wir dürfen hier nur an den Unfall Henkestr./Nürnbergerstr., der vor einiger Zeit passierte, erinnern.

Dieses Problem sollte durch besondere Kennzeichnung gelöst werden.

Wir hoffen, daß diese Dinge bald einer Lösung zugeführt werden können und sind überzeugt, daß alle Fraktionen für solch klar gegliederte und aufgeteilte Radwege auch das nötige Geld zur Verfügung stellen.

Mit besten Grüßen
gez. Dr. Franke

An den Stadtrat der Stadt Erlangen
Betrifft den Antrag der CSU zur Abtrennung der Radwege vom 14. 4. 80

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir begrüßen die Initiativer der CSU, etwas für die Fußgänger in Erlangen zu tun. So verstehen wir die Motivation, die hinter dem Vorschlag steht, die Fahrradwege mit einem Bordstein von den Gehwegen zu trennen.
Wenn wir also die einzelnen Punkte des Antrages für nicht geeignet halten, so scheint es uns doch wichtig festzuhalten, dass das oberste Ziel im Straßenverkehr die Beweglichkeit und Sicherheit der Fußgänger sein muß. Erst an zweiter Stelle steht für uns der Zweiradverkehr.

1. Gerade aus diesem Grund möchten wir vor weiteren Bordsteinkanten warnen. Kanten sind nicht nur ein Hindernis und eine Gefahr für Fußgänger, die sich nicht mit jugendlicher Selbstsicherheit auf den Straßen bewegen können. Kanten sind auch - bei der gegenwärtigen Verkehrsmoral - das Signal für stärkere Verkehrsteilnehmer, sich brutal durchzusetzen. Wir können hier die Radler leider nicht ausnehmen.

2. Für Radler stellen Bordsteinkanten schon immer eine erhebliche Gefährdung dar. Speziell an Kreuzungen, Beispiel: Langfeldstr. / Hauptmannstr. Hier sieht man nicht, wo die Absenkung ist. Gerade wenn man mit dem Fahrrad wirklich einmal ausweichen muß, ist sicher links eine hohe Kante und rechts ein Verkehrsschild. Wir wenden uns also nicht nur gegen Kanten rechts vom Radweg, sondern auch gegen Kanten links vom Radweg.

3. Die Kennzeichnung von Kreuzungen und Ausfahrten scheint uns deshalb wenig Erfolg zu versprechen, weil der Radler ja durch die Absenkung gewarnt wird, wogegen PKW häufig die Vorfahrt mißachten. Und man kann ja schlecht an jeder Hauseinfahrt ein Schild anbringen.

Wir hätten dagegen folgende Forderungen an den Straßenbau:

1. In Wohngebieten eine völlige Auflösung der Verkehrstrennung. Da im Moment sicher nicht das Geld für größere Einrichtungen von Wohnstraßen vorhanden ist, schlagen wir stattdessen vor, durch Sackgassen, die ja für Radfahrer und Fußgänger offengehalten werden können, das Strassennetz in den Wohngebieten so zu unterteilen, daß jedes Haus nur noch eine PKW-Zufahrt hat und eine Durchfahrt nicht möglich ist. Spezielle Durcnfahrtsstraßen beschleunigen den PKW-Verkehr. Zudem nehmen unmittelbare Anwohner mehr Rücksicht wegen eigener Kinder, Nachbarn etc.

2. Entlang von Durchfahrtsstraßen, werden wohl vorläufig noch Radwege benötigt. In der Siemenstraße haben wir ein Beispiel, wie Radwege ohne Kanten funktionieren.
Dabei sind uns Gefährdungen für Radfahrer nicht bekanntgeworden. Umgekehrt sind sie flexibler beim Ausweichen. Wird der Radweg zur Engstelle für den PKW-Verkehr, so bietet sich auch eine Möglichkeit, die ebenfalls in der Siemensstr. zu sehen ist: Der weiße Strich wird nicht durch eine Kante ersetzt, sondern durch Nägel, wie sie von Autobahnbaustellen bekannt sind. Dies stellen bei weitem nicht so eine Gefahr für Radler dar, wie etwa Kanten. Für PKW's ist das Rattern der Räder schon Abschreckung genug.

3 . Da sich ein (wirklich) kreuzungsfreies Fuß- und Radwegnetz nicht schaffen läßt, bleibt die größte Gefährdung von Fußgängern und Radlern, wie schon immmer, die Kreuzungen. Hierzu zwei Vorschläge:

a. Für linksabbiegende und geradeausfahrende Zweiräder wird vor der Haltelinie für PKW eine eigene Haltelinie eingerichtet.
Die Vorteile: Fahrräder können nicht mehr übersehen werden und der bekannte Ampelstart wird erschwert, wodurch die Geschwindigkeit im weniger gefährlichen Bereich bleibt.

b. Der folgende Punkt klingt zunächst paradox:
Um der Verkehrsicherheit willen, sollen Radwege zur fakultativen Nutzung zur Verfügung stehen, d.h. die Radler sollen sich aussuchen können, ob sie die Straße oder den Radweg benutzen wollen.

Wir gehen davon aus, daß mit oder ohne Radwege die meisten Fahrradunfälle nicht im "Längsverkehr" , sondern an Kreuzungen passieren. Wir gehen weiterhin davon aus, daß die meisten Unfälle durch Aufmerksamkeit und Rücksicht vermieden werden können, d. h. durch Unaufmerksamkeit und Rücksichtslosigkeit die meisten Unfälle erst entstehen.

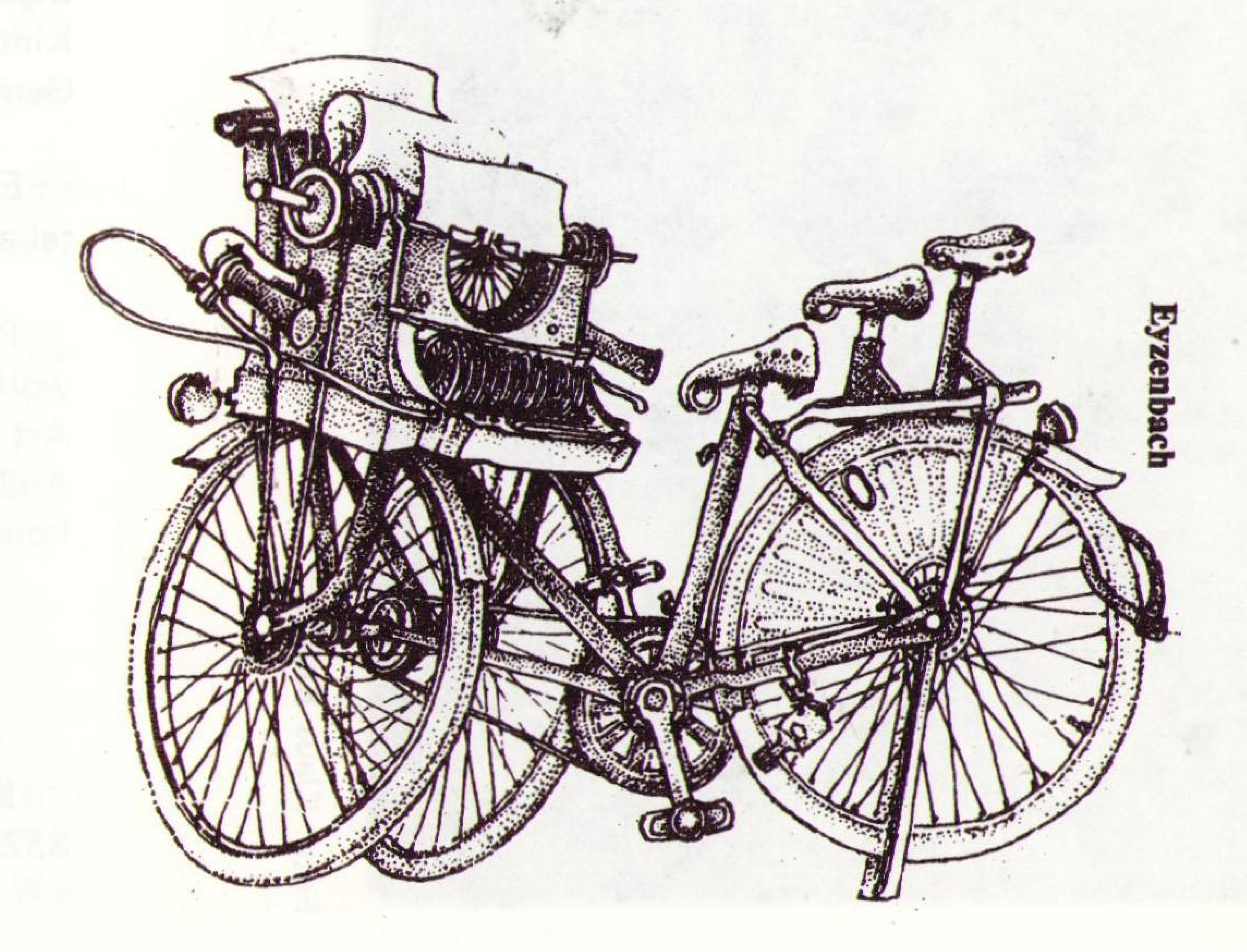
Da die Unfälle sowieso an Kreuzungen passieren, werden Radwege nie den Großteil der Unfälle vermindern. Läuft der Radweg hinter parkenden Autos, wird die Gefahr größer, weil allen Verkehrsteilnehmern die Sicht genommen ist.

Umgekehrt nimmt aber der Radweg den Radler aus dem Sichtfeld der PKW-Fahrer, sodaß eine Rücksichtnahme an der Kreuzung schon eine besondere Anstrengung ist. Lässt man den Radler selbst entscheiden, ob er die Straße oder den Radweg benützen will, so werden die geübteren und schnelleren Radler die Straße benützen und somit dafür sorgen, daß der PKW-Fahrer ständig mit den Eigenheiten von Zweirädern vertraut bleibt, und sich an der Kreuzung darauf einstellt.

Diese Maßnahme ließe sich bewerkstelligen, durch das Wegnehmen der blauen Schilder und einer Ausweitung des Aufmalens von weißen Fahrrädern auf dem Radweg.

4. Im Übrigen sind wir der Meinung, daß Radwege von der Fahrbahnbreite abgezwackt werden müßen und nicht vom Gehweg. Es gilt die menschliche Bewegungsfreiheit zu sichern und nicht die von Maschinen.

Wir möchten nicht, daß über unsere Forderungen im Stadtrat abgestimmt wird, denn wir glauben nicht, daß in einer zweistündigen Diskussion diese Forderungen im nötigen Umfang diskutiert werden können. Wir sind zudem sicher, daß sich unsere Thesen mit der Zeit als Allgemeinkentnisse durchsetzen werden.
Erlanger Radlerinitiative



ÜBER GORLEBEN DARF GROHNDE NICHT VERGESSEN WERDEN

Hameln, 23. 06. 80

Im letzten ID (Nr. 340) war die juristische Information der BI Hameln zu den Leistungsbescheiden zur Räumung des Anti-Atom-Dorfs Grohnde unbeabsichtigt entfallen. Sie gewinnt im Zusammenhang mit möglichen Zahlungsaufforderungen an 14 Turmbesetzer von 1004 Bedeutung, die aus den WAA-Gegnern der gesamten BRD herausgegriffen werden sollen. Die Willkür hat System, solange wir es nicht verstehen, dies politisch grundsätzlich zu verhindern. Von den 1004-Geräumten sind nur die 14 vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden, obwohl ihnen freier Abzug zugesichert worden war.

Wir kommen nicht umhin, uns auch gemeinsam gegen und in Gerichtsverfahren zu wehren, wenn Unrecht zu Recht werden droht.

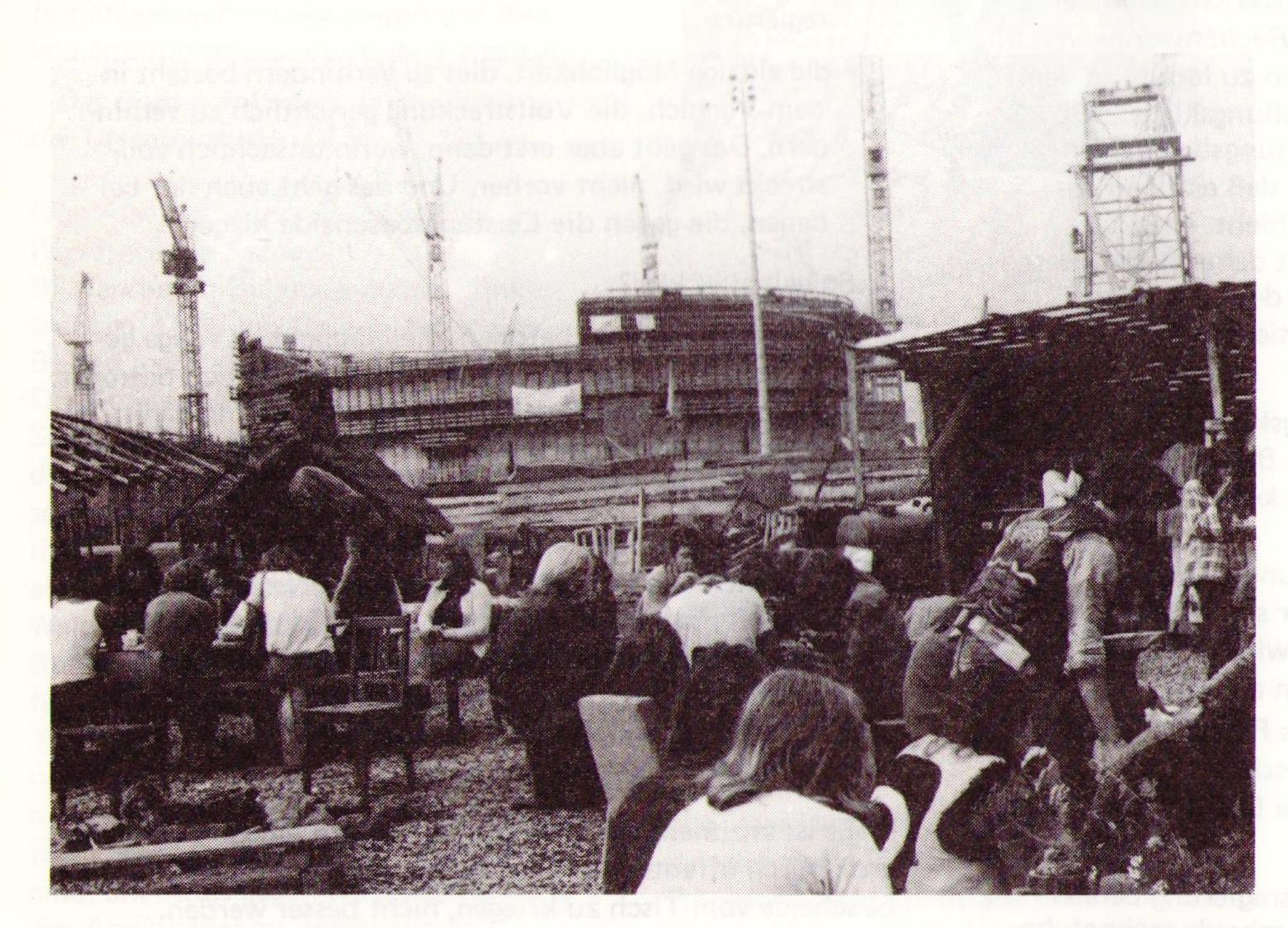
Die übliche Abwehr, sich auf die formelhafte, spießige Gerichts'welt' einzulassen, wird hier im Beitrag der BI Hameln durchbrochen:

liebe Freunde,

zu unserem letzten Rundschreiben hat es erhebliche Kritik gegeben: es sei zu unverständlich, vor allem juristische Erklärungen des Anwalts reichten nicht aus, um den Ämterscheiß zu verstehen. Darum hier nochmal ein Versuch, das Problem klarer zu machen:

Was bedeutet der "Widerspruchsbescheid", den wir jetzt erhalten haben?

Wir haben damals, gegen den Leistungsbescheid *Widerspruch* eingelegt, d.h. wir haben die Behörden gebeten, doch



1977: Das damalige Anti–Atomdorf in Grohnde



mal zu prüfen, ob sie die Bescheide nicht freiwillig zurücknimmt.

Sie hat entschieden: sie nimmt nicht zurück und will weiterhin Geld. Die 40,- DM, die wir jetzt zahlen sollen, sind die Kosten des juristischen Verfahrens. Ob man die jetzt bezahlt oder nicht, hat keinen Einfluß auf irgendwelche juristischen Schritte.
Nachdem die Bezirksregierung die Bescheide also nicht "freiwillig" zurückgenommen hat, können wir ein Gerichtsverfahren anstrengen, mit dem Ziel, daß die Richter feststellen, die Bescheide seien rechtswidrig. Zu deutsch: wir erheben Klage gegen die Leistungbescheide.

Können die Leistungsbescheide nun vollstreckt werden?

Grundsätzlich gilt: sowohl der Widerspruch als auch die Klage gegen die Bescheide hindern die Behörden nicht zu vollstrecken, d.h. das Geld einzutreiben. Notfalls durch Gerichtsvollzieher. Auch hier gibt es die Möglichkeit, die Behörden zu bitten, die Vollstreckung auszusetzen, bis eine Gerichtentscheidung vorliegt.

In unserm Fall war es so, daß einige AKW-Gegner einen Prozeß geführt haben, mit dem Ziel, die *Rechtswidrigkeit der Räumung* durch ein Gericht feststellen zu lassen. In dem Schreiben des Anwalts heißt das "Feststellungsklage". Ob nun dieser Prozeß *juristisch* mit den Leistungsbescheiden nichts zu tun hat, so ist doch jedem klar, daß es einen *politischen* Zusammenhang gibt. Dies geschieht scheinbar auch so bei der Bezirksregierung. Sie hat daher nach unseren Widersprüchen öffentlich erklärt, daß sie das Urteil der Feststellungsklage abwartet, solange hat sie also *freiwillig* auf die Vollstreckung verzichtet.

Ihr wisst nun, daß wir die Feststellungsklage in der ersten Instanz gewonnen haben und daß die Bezirksregierung in die Berufung gegangen ist. Es gibt also kein rechtskräftiges Urteil.

In dieser Situation sagt nun die Regierung, sie habe zwar das Recht, jeden Tag zu vollstrecken, aber sie verzichte zunächst darauf. (heißt: die Vollstreckung wird 'bis auf Widerruf ausgesetzt') Sie erklärt: wir warten ab, bis:

- die Berufungsverhandlung gegen die Feststellungsklage ('Dorfräumung') entschieden ist, oder:
- das erste Urteil im Prozeß gegen die Leistungsbescheide gefällt ist.

Wir können daran sehen, dass die Bezirksregierung bereits mit einem Prozeß gegen die Leistungsbescheide rechnet, bevor wir überhaupt Klage erhoben haben.

Wichtig ist: all diese Erklärungen der Bezirksregierung sind völlig unverbindlich. Sie hat juristisch jeden Tag die Möglichkeit, die Bescheide zu vollstrecken, gleichgültig ob wir Klage erheben oder nicht.

Welche Bedeutung hat nun die Klage gegen die Leistungsbescheide überhaupt ?

Wer gegen die Leistungsbescheide klagt, tut dies in der Hoffnung, in x-Jahren in der x-ten Instanz ein Gericht sagen zu hören: die Leistungsbescheide sind rechtswidrig. Die Chance dafür ist - in der Tat - nicht schlecht, nachdem ein Gericht (in erster Instanz) die Rechtswidrigkeit der Räumung festgestellt hat. Es gibt allerdings auch die Möglichkeit, daß in höherer Instanz ein Gericht zu einem anderen Urteil kommt.

Ein zweiter Punkt ist der, daß für diejenigen, die Klage erheben - und nur für die (!!) - die Möglichkeit besteht, an dem Tag, wo der Leistungsbescheid vollstreckt wird, zum Gericht zu laufen und einen *"Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung"* zu stellen.

Zu deutsch: nachdem die Behörde nicht mehr "freiwillig" auf die Vollstreckung verzichtet, soll nun ein Gericht die Vollstreckung verbieten. Grundlage dafür, ist laut Gesetz, daß hier eine offensichtliche Rechtswidrigkeit vorliegt. Das ist in diesem Fall nicht ganz klar; das Räumungsurteil scheint darauf hinzudeuten, aber das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es wäre also eine politische Ermessensfrage des Gerichts, ob es zwischen diesen beiden Prozessen einen inhaltlichen Zusammenhang herstellt, obwohl beide, juristisch gesehen, getrennt sind.

Das bringt uns auch zum Kern des Problems: die juristische Scheiße ist so kompliziert, daß man Gefahr läuft, sich darin zu verstricken. Um das Wesentliche noch einmal zusammenzufassen:

- die Leistungsbescheide können jeden Tag vollstreckt werden. Die Entscheidung liegt allein bei der Bezirksregierung.
- die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern besteht in dem Versuch, die Vollstreckung gerichtlich zu verhindern. Das geht aber erst dann, wenn tatsächlich vollstreckt wird, nicht vorher. Und das geht auch nur bei denen, die gegen die Leistungsbescheide klagen.

Soweit alles klar?

Wir wollen nochmal betonen; die Möglichkeit Klage gegen die Leistungsbescheide einzureichen, ist zeitlich begrenzt: nehmt das Datum des Widerspruchsbescheides und zählt 28 Tage dazu, dann habt ihr das Datum, an dem euer Schreiben bei den Gerichten sein muß.

Vor allem aber, lasst euch nicht ins Bockshorn jagen:
Es gibt keine klare juristische Lage zu unseren Gunsten. Die Regierung wird den Zeitpunkt der Vollstreckung so wählen, wie er für sie p o l i t i s c h am sinnvollsten ist. Die Einstellung: Wir klagen erstmal, dann geht das seinen juristischen Weg, und der dauert lang .... kann mit einer bösen Überraschung enden.

Es ist anzunehmen, daß die politischen Möglichkeiten für uns , durch öffentliche Auseinandersetzung die Leistungsbescheide vom Tisch zu kriegen, nicht besser werden.
Dem Vorteil des möglichen Zeitgewinns steht der große Nachteil der persönlichen Vereinzelung gegenüber, nach unsrer gemeinsamen Aktion in Grohnde, bei der wir auch einen persönlichen Zusammenhang gekriegt haben, folgt nun der private Kleinkrieg durch die Instanzen. Erinnert Euch an den ersten Prozeßtag wegen der Dorfräumung: Wie wir mit vielen die Forderung nach einem großen Saal durchgesetzt haben. Solche Aktionen sind am Ende wahrscheinlich wichtiger für einen Sieg als juristische Tricks.

Andererseits haben wir auch keine Illusionen, daß es zu einem einheitlichen Vorgehen kommen kann: einige Betroffene haben bereits erklärt, sie würden in jedem Fall gegen die Leistungsbescheide klagen. In diesem Fall ist aber anzunehmen, daß die Bezirksregierung einheitlich gegen uns vorgeht, indem sie bei den Einen abwartet und bei den Anderen vollstreckt. Sie wird wegen der öffentlichen Bedeutung des Falles entweder gegen Alle oder Keinen vorgehen, das ist zumindest unsere Einschätzung. Das bedeutet aber auch, daß die, die durch die gerichtlichen Instanzen marschieren, den Verlauf des Verfahrens bestimmen und in der Hand haben, selbst wenn sie in der Minderheit sind.

Kontakt: BI Hameln/ Neue Marktstraße 17/ 3250 Hameln
Tel. 05151/2 61 61

von bürgern und bunkern

Ein Geprӓch mit Bürgerinitiativen

Erlangen, 30. 06. 80

Die Erlanger Stadtzeitung 'Was Lefft?' (WL) sprach mit Mitgliedern der Bürgerinitiativen Uttenreuth/Reichswald und Wehrheim/Taunus. Diese beiden Initiativen wehren sich gegen den Bau von Munitionsbunkern in ihrer Region.

Das Gespräch knüpft an den Bericht der Uttenreuthener BI im ID 331 an.

WL: Also seit wann läuft bei Euch in Wehrheim die Sache?

BI Wehrheim: Bei uns ging die Bunkerplanung 77/78 los. Da gabs dann eine BI und recht starken Protest dagegen. Die Kommunalpolitiker wollten die Sache selbst regeln und hielten dann die Leute solange hin, daß der Protest schließlich erlahmte. Der Erfolg der Politiker war dann durchschlagend, denn alles wurde so gebaut, wie geplant: 75 ha Wald wurden abgeholzt und dafür 300 Bunker hingestellt. Die Grundlage hierfür ist, nach dem die Amerikaner schon 1951 große Waldgebiete für sich beschlagnahmt hatten, ein sogenannter Gestattungsvertrag, in dem der Gemeinde Wehrheim praktisch alle Rechte genommen sind, um etwas gegen Nutzungswünsche der Amerikaner zu unternehmen .....

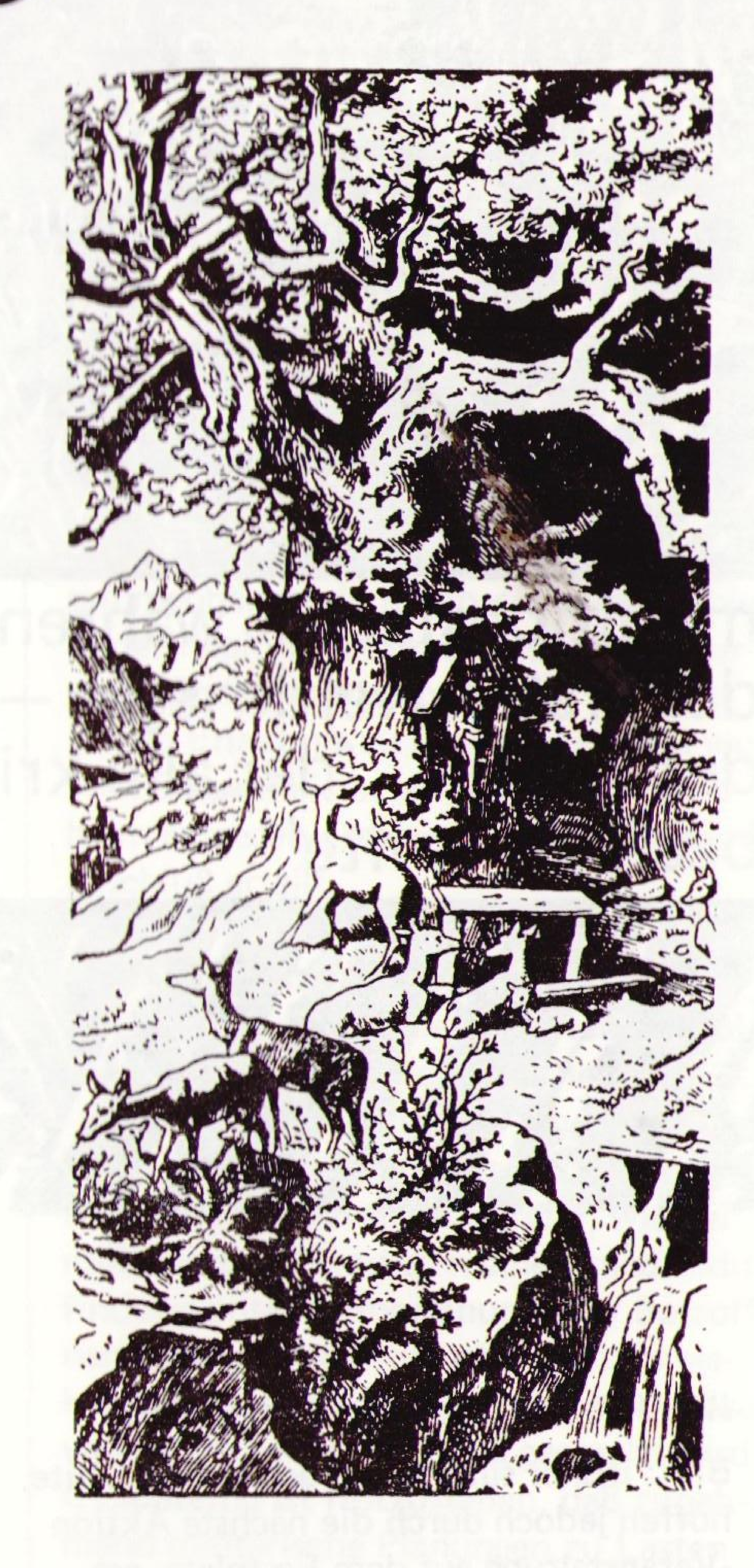
WL: Wie in Uttenreuth, Besatzungsrecht eben.

BIW: Einziger Erfolg, wenn man das so nennen will, ist so geblieben, daß jetzt nach zwei Jahren der Petitionsausschuß des Bundestages die damals an ihn gerichtete Beschwerde beanwortete. Die sagen, nachdem schon alles steht, die Bedenken wären schon berechtigt gewesen, zumindest hätten vorher die Bürger mehr befragt werden sollen. Ferner solle das vom Gemeinderat eingeholte ökologische Gutachten bezahlt werden.

Die Amerikaner haben für die angerichteten Schäden als Ersatz ein Gelände in der Nähe zur Verfügung gestellt, das sie aber noch selbst nutzen und auch Bunker hinstellen wollen.

WL: Und bei Euch machen die genauso weiter?

BIW: Nun, für die 300 Bunker ist ein Gleisanschluß geplant, der mitten durch Wohngebiete führt.



WL: Wie wurde denn das Zeug bisher transportiert?

BIW: Der Umschlag war bisher schon ziemlich stark. Zum einen liefen die Transporte über die Straße durch die Wohngebiete, zum anderen über Lasthubschrauber, die da täglich rumrattern.

WL: Das deutet ziemlich darauf hin, daß bei Euch atomare Waffen gelagert werden und Ihr dann wohl auch die Nachrüstungsbeschlüsse zu spüren kriegt.

BI Uttenreuth: Naja, folgt man den Versicherungen der Militärs und Behörden, werden nirgendwo in Deutschland atomare Waffen gelagert. Trotzdem ist klar, daß einige tausend hier sind, bloß wo.

BIW: Mit der Bahnlinie wird es jedenfalls schwieriger für die Amerikaner. Sie führt durch Wohngebiete, das Gelände ist zum Teil in Privatbesitz, Enteignungsverfahren werden notwendig sein, wir hoffen hierbei einige Leute auf unsre Seite ziehen zu können, und so die BI stärker zu beleben.

WL: Wie ist denn die allgemeine Stimmung bei Euch?

BIW: Schon gut für uns, aber die Kommunalpolitiker sagen halt wie seinerzeit: Das kommt nicht. Ein CDU-Politiker will sich notfalls auf die Schienen binden lassen, ein Versprechen auf das wir dann sicher zurückkommen werden. Allerdings müssen wir die Leute mehr aktivieren und informieren durch eigene Aktionen, Flugblätter, Veranstaltungen etc. In den umliegenden Gemeinden kümmern sich dagegen wenig um die Anlage, reagieren wie üblich: "was kann man da schon machen" oder sie halten es wie St. Florian und sind froh, daß man selbst die Sache nicht am Hals hat.

BIU: Was wollt Ihr konkret den Bürgern als Alternative aufzeigen, zB. bei der Bahnlinie?

BIW: Wir sind natürlich gegen die gesamte Anlage, aber momentan ist es das Erste, diesen Bahnanschluß zu verhindern, indem wir die Nachteile und Folgelasten aufzeigen. Das gilt dann weiter für die ganze Anlage. Z.B wurde durch deren Abwässer schon das Grundwasser stark verunreinigt und die Abholzung hat den Grundwasserspiegel sinken lassen. Wegen solch offensichtlicher Sachen versucht man die Leute jetzt 'ökologisch' zu beruhigen: Die Bunker sollen wieder 'begrünt' werden.

BIU: So wie bei uns.

BIW: ... gewissermaßen mit Weihnachtsbäumchen sollen die Bürger wieder beruhigt werden. Jedem Wehrheimer zumindest ein Weihnachtsbäumchen von den Munitionsbunkern.

Langfristig ist unser Ziel, daß sich die Bevölkerung mehr der Gefahren der Anlage und überhaupt der gegenwärtigen Aufrüstung bewußt wird.

Solche Anlagen gibt es eben nicht nur in Wehrheim und wir versuchen deshalb verstärkt, überregionale Kontakte zu anderen von Militäranlagen betroffen BI's herzustellen, wie z.B. in Uttenreuth.

WL: Ich glaube überhaupt, daß auf diesem Gebiet noch mehr gemacht werden muß, um den ganzen Zusammenhang aufzuzeigen. Also so, daß erstmal BI's mehr zusammenarbeiten und sich informieren.

BIU: Man muß z.B. einmal feststellen, wo genau solche Einheiten und Anlagen liegen und das dann kartographieren, um einen besseren Überblick zu bekommen.

WL: Ja und zum andren die Verbindung zwischen dem militärischen und



munitionsfabrik während des ersten weltkrieges – des krieges, "der alle kriege beenden sollte".

dem 'zivilen' Bereich stärker herausarbeiten, besonders in der Atomrüstung der Zusammenhang von WAA's, AKW's und A-Bombenproduktion. Außerdem sollte man mehr im Zivildienst und in der Bundeswehr tätig werden, damit es dort nicht so ruhig bleibt angesichts des Kriegsgeschreis.

BIW: ....z.B. die Erklärung letzthin von "Soldaten gegen den Krieg".

Da existieren genauso internationale Zusammenhänge. So ist bei uns in der Nähe, 15 km entfernt in Oberursel, das Camp King für Spezial- und Luftlandeeinheiten, von dort aus ist die Iran–Intervention der USA gesteuert worden.

WL: Wißt Ihr, was bei Euch in den Bunkern gelagert wird?

BIW: Genau natürlich nicht. Aber im Taunus und im Frankfurter Raum hat ja fast jeder Ort eine Militäranlage. In Friedberg und Ziegenberg, nicht weit von hier, gibt es Raketenabschußbasen für Mittelstreckenraketen, die sind also sicherlich im Zusammenhang mit der Anlage hier zu sehen.

BIU: Wie schaut bei Euch die Sicherung der Anlagen aus?

BIW: Das scheint wie bei Euch zu sein. Zur Bewachung gibt es den Labor-Service. Ein innerer und äussrer Schutzstreifen im Wald ist schon geplant und das gehört auch alles schon den Amerikanern.

WL: Wieviel Leute seid Ihr zur Zeit?

BIW: Bisher sind wir gerade sieben Leute, hoffen jedoch durch die nächste Aktion -Veranstaltung auf dem Festplatz- am 28. 6. mehr zu werden. Wir sind halt gerade wieder am anfangen. Parteipolitisch sind wir unabhängig, obwohl ich als Einziger in der SPD bin. Die lokale SPD bzw. deren Vorsitzende versucht uns eher in den Hintergrund zu drängen, und sich als Einmanninitiative zu verkaufen, wo dann nach zwei Jahren die Antwort des Petitionsausschusses als Erfolg gefeiert wird.

Ausserdem gibts Kontakte zur GLH (Grüne Liste Hessen) und wir sind auch schon bei deren Versammlungen aufgetreten, allerdings sind die mehr mit ihrer Gründung beschäftigt.

(Anm. d. setzers: Offensichtlich liegt hier ein Irrtum vor. Die GLH ist bereits gegründet. Gemeint sein kann nur der Kreisverband Hochtaunus der GRÜNEN, der sich allerdings permanent mit Gründungen befasst.)

WL: Es ist halt immer schwierig, in der Provinz was anzufangen, da viele Leute, die sich engagieren, lieber weggehen, nach Frankfurt zum Beispiel.

BIW: Sicher haben wir das Problem. Doch uns werden auch schon im Kleinen Schwierigkeiten gemacht, z.B. bei der Veranstaltung zum 28.6., als der Antrag auf Genehmigung gestellt war, da kam gleich ein Kripo - Mann, um zu prüfen, ob das keine Deckadresse sei und erzählte etwas von einem hierfür zuständigen Staatsschutzbeauftragten.

WL: Naja, die Uttenreuther BI wird intern vom MAD als radikale und unterwanderte Organisation geführt. Wie sind Eure Kontakte zur Presse?

BIW: Bei uns bringt am meisten die 'Frankfurter Rundschau'. Die Lokalpresse berichtet wenig darüber, da kommen meist nur parteipolitische Stellungnahmen. Allerdings gibts jetzt als Alternative die 'Jugendzeitung', die schreiben darüber natürlich mehr.

WL: Vielleicht kann jetzt die Uttenreuther BI mehr von Ihrem derzeitigen radikalen Treiben erzählen.

BIU: Radikal betrieben wird die Sache zur Zeit nur von den Amerikanern. 30 Bunker sind inzwischen fertiggestellt, z.T. werden sie anscheinend bereits beladen, zumindest fahren Munitionstransporter.

Außerdem wurde der Sicherheitsbereich kurzerhand um 4000 qm erweitert, abgeholzt und eingezäunt.

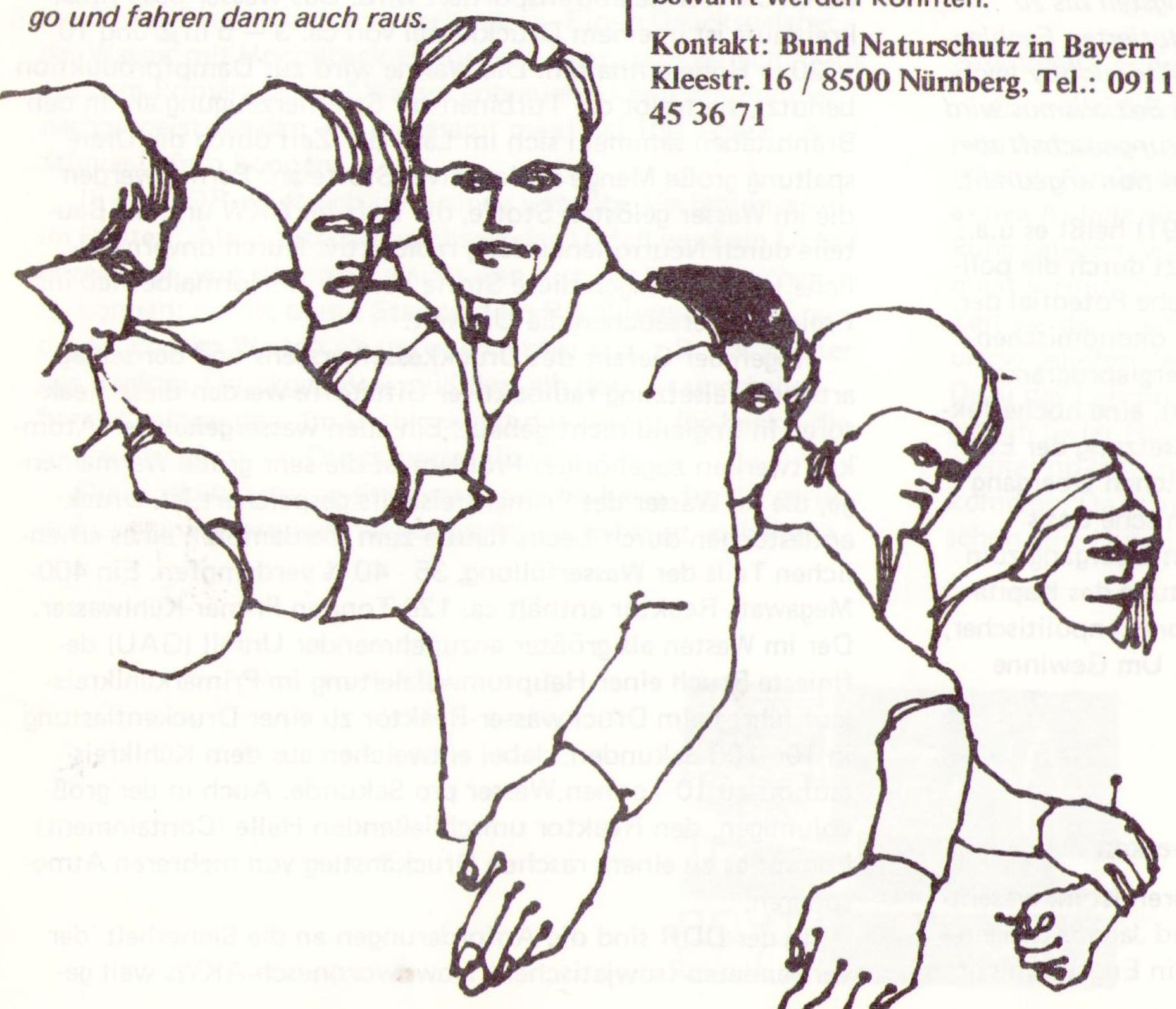
Ein Abwassergraben läuft jetzt vom Gelände weg mitten durch das Wasserschutzgebiet.

WL: Wir haben deswegen beim Landratsamt angefragt. Die konnten bloß bestätigen, daß sie das genehmigt hätten. Beim genaueren Nachfragen waren sie dann recht zugeknöpft, der zuständige Herr mußte erst den Landrat konsultieren und überhaupt so am Telefon ... Das Wasserschutzgebiet sei übrigens nur im äußeren Teil betroffen. Das stimmt aber nicht, denn zumindest z.T. führt der Graben durch das innere Schutzgebiet. Ziel des Grabens ist ferner eine Grundwasserabsenkung — ein recht merkwürdiges Unterfangen in einem Wasserschutzgebiet! Die Stadtwerke gaben sich kaum informativer: Sie hätten ja nur eine Stellungnahme abgeben können, weiter wären sie da nicht gefragt worden und ich solle doch das Landratsamt fragen etc. etc..

BI U: Na, da werden wir das Wasser einfach mal untersuchen lassen und werden dann sehen.
Wie das jetzt dort im Reichswald aussieht, läßt sich so mit Worten schlecht schildern. Die Leute müßten sich das mal ansehen und würden sich ganz schön wundern. Dazu sind ja unsere nächsten Aktionen da:

- Am 14.7., Montag, ist wieder ein Aktionstag draußen am Baugelände den ganzen Nachmittag über mit Musik, ev. Theater, Filmen und Kinderprogramm sowie spontanen Aktionen natürlich. Das soll gewissermaßen eine permanente Demonstration werden.
- Vorher noch am Sonntag, 29.6. machen die Frauen gegen den Militarismus noch ein Picknick bei den Bunkern.

WL: Die fahren von Nürnberg um 10.00 Uhr los mit dem Fahrrad und wir in Erlangen treffen uns um 10.00 Uhr am Hugo und fahren dann auch raus.



BI U: Daneben wollen wir allgemein mit unserer antimilitaristischen Arbeit weitermachen, wir denken da so an Veranstaltungen über soziale Verteidigung u.a.
BI W: Wie ist Euer Verhältnis zu den Politikern?

Munitionsbunker auch im Steigerwald

Bei einem Bürgergespräch stellte der Bund für Naturschutz / Bayern fest, daß bei Ulsenheim, Landkreis Neustadt/Aisch — Bad Windsheim eine weitere Munitions- und Treibstoffdeponie errichtet werden soll.

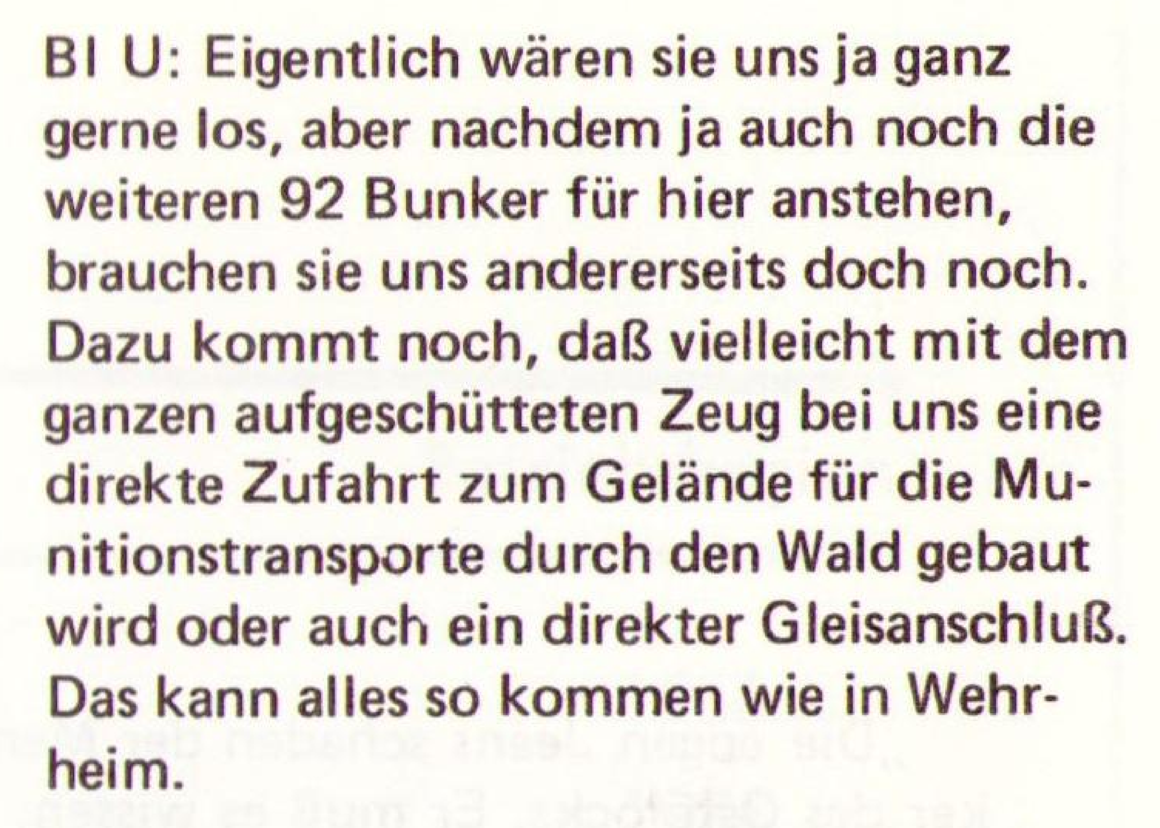
Bei dem dafür vorgesehenem Gelände handelt es sich um eines der größten zusammenhängenden, unbesiedelten Gebiete der Region, das im Bereich des Naturparks Steigerwald liegt.

Die Erlaubnis zu Probebohrungen wurde vom Bürgermeister der Gemeinde Nordheim entgegen einem alten Gemeinderatsbeschluß erteilt.

Nach Ablauf der Anhörungsverfahren, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, wurde die betroffene Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt.

Der Bau des Munitions- und Treibstofflagers Ulsenheim kann als eindrucksvolles Beispiel dafür gewertet werden, wie bei militärischen Planungen eine Entscheidungsfindung unter Einbeziehung aller Betroffenen zugunsten militärischer Geheimniskrämerei zurückgestellt und so eine Lösung von vornherein unmöglich gemacht wird. Gleichzeitig ist festzustellen, daß zunehmend militärische Planungen zu Lasten letzter naturnaher Landschaften realisiert werden, die bisher vor Umweltzerstörung bewahrt werden konnten.

Kontakt: Bund Naturschutz in Bayern Kleestr. 16 / 8500 Nürnberg, Tel.: 0911/ 45 36 71



BI U: Eigentlich wären sie uns ja ganz gerne los, aber nachdem ja auch noch die weiteren 92 Bunker für hier anstehen, brauchen sie uns andererseits doch noch. Dazu kommt noch, daß vielleicht mit dem ganzen aufgeschütteten Zeug bei uns eine direkte Zufahrt zum Gelände für die Munitionstransporte durch den Wald gebaut wird oder auch ein direkter Gleisanschluß. Das kann alles so kommen wie in Wehrheim.

WL: Kurz gesagt, auf uns warten wohl noch einige Überraschungen aus den Bunkern.

Nochmal Bunker

Und weils nicht reicht bisher, hat der Bundesverteidigungsminister schon das nächste Bunker- und Abholzungsprojekt in Mittelfranken ins Auge gefaßt.
Bei Ulsenheim im Markte Nordheim/Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim soll ein Munitions- und Treibstofflager entstehen.
Auf einer Versammlung am 2. Juni, bei der sich die Bürger Aufklärung über diesen Plan erhofften, zeigten ihnen ihr Bürgermeister und der zuständige Wehrbereichsbeauftragte, daß es etwas besonderes ist, von der Bundeswehr informiert zu werden:
Sie erfuhren, daß alles schon klar sei, das Planfeststellungsverfahren und die nötigen Probebohrungen wären bereits abgeschlossen und man warte nur noch auf die Ergebnisse der Bohrungen.

Diese Ergebnisse dürften wohl schon feststehen. Wieder wird eines der größten zusammenhängenden Waldgebieten der Region vom Militär verwurstet. Der bayerische Naturschutz findet auch in den Kerngebieten des "Naturparks" Frankenhöhe seine Grenzen; in den Bedürfnissen der NATO immerhin schließt das bayerische Landesentwicklungsprogramm grundsätzlich militärische Planungen in Naturschutzgebieten als Möglichkeit ein.
Die Kommunalpolitiker sind den Winken der Herren in München und Bonn gefolgt und haben bis vor kurzem angeblich von nichts gewußt. Der Bürgermeister von Markt Northeim genehmigte die Probebohrungen trotz eines entgegengesetzten Beschlußes des Gemeindesrates. Nun versucht er "seinen" Bürgern die Bunker mit den zur Bewachung erforderlichen 15 Arbeitsplätzen zu verkaufen.

Trotzdem haben sich 70 % der Ulsheimer bei einer Unterschriftenaktion gegen das Projekt ausgesprochen. Ebenso hat der Bund Naturschutz gegen dieses Musterbeispiel "militärischer Geheimniskrämerei" protestiert, durch die "zunehmend militärischen Planungen zu Lasten letzter naturnaher Landschaften realisiert werden sollen, welche bisher vor behördlicher Planung gerettet werden konnten".



„Die engen Jeans schaden der Menschheit genetisch mehr als die Atomkraftwerke der Welt!" So ein führender Atomphysiker des Ostblocks. Er muß es wissen, nach ihm ist schon ein Reaktormodell benannt worden. Er hält die Anti-Atomkraft-Bewegung im Westen für eine Mode, die Journalisten für Dreckschleudern, und von den westlichen Sicherheitsbestimmungen weiß er nichts. Die USA versauen die Meere mit Atommüll, während die Ablagerung in der Erde unproblematisch sei. Er gibt zu, daß als erster ein Reaktor in der UdSSR, in der Ukraine, hochgegangen ist, aber das war ja schon 1957 und ein Schneller Brüter. Seine Argumente erinnern stark an die Argumente der hiesigen Befürworter vor zehn Jahren, sie rechnen mit keinem Widerspruch. „Elektrizität + Räte = Kommunismus", die unvergeßlichen Worte des Vorsitzenden Lenin, auch heute haben sie im Osten ihre Gültigkeit. Die Führer des Ostblocks können sich kein nennenswertes ökologisches Denken erlauben, denn sie können dem Druck des Volkes nicht wiederstehen: es näher an den american way of life heranzuführen. Ökologie ist ein Luxus, danach wird nicht gefragt und kann nicht gefragt werden. Tatsächlich ist es so: wenn ein im Bau befindlicher Reaktor nicht auf den Tag genau in Betrieb gesetzt wird, ist die Stromversorgung des Landes gefährdet. Der Ostblock kann sich keinen Verzicht leisten, weil sein einziger Rohstoff das (sowjetische) Uran ist. So jedenfalls begründet der oben zitierte Atomphysiker das Atomprogramm. Natürlich stimmt das nicht, der Ostblock hat andere Rohstoffe, aber der Einsatz der Atomenergie ist im Osten wie der nächste Winter, eine beschlossene Sache.

(Übrigens, wenn jemand schon mal versucht hat, „drüben" einige Telefonate zu führen, der weiß, was ich meine: Reaktoren und Telefone kommen oft aus demselben Betrieb). – ein Erfahrener

AKW IN DER DDR

Die Regierungen der westlichen Industrieländer begründen mit allen erdenklichen Argumenten die Notwendigkeit der Atomenergie. Das reicht von den fadenscheinigsten bis zu scheinwissenschaftlichen Aussagen von hochdotierten Fachleuten. In den Ostblockstaaten macht sich's die Atomlobby leichter. Unter dem Deckmantel eines angeblichen Sozialismus wird der dortigen Bevölkerung Atomenergie als Errungenschaft sozialistischer Wissenschaft, Technik und Produktion angedreht.

In "Energietechnik" 27/5 (Mai 1977, S. 191) heißt es u.a.: "Die sozialistische Staatengemeinschaft besitzt durch die politische Kraft und das wissenschaftlich-technische Potential der UdSSR in Verbindung mit der sozialistischen ökonomischen Integration alle Voraussetzungen, ihr Kernenergieprogramm erfolgreich zu realisieren. Damit ist es möglich, eine hocheffektive Energiewirtschaft aufzubauen als Voraussetzung der Entwicklung der Produktivkräfte für den allmählichen Übergang zum Kommunismus und seine materiell-technische Basis".

Der Ostblock braucht Atomenergie für den Übergang zum "Kommunismus" – der Westen für die Erhaltung des Kapitalismus. Atomenergie also ein wertfreies Ergebnis unpolitischer, verselbständigter Wissenschaft? Sicher nicht. Um Gewinne geht's hier wie dort.

Sicherheit und Unfälle bei DDR-Atomkraftwerken

Die Technik der DDR-Leichtwasserreaktoren ist im wesentlichen dieselbe wie die der USA, der BRD und Japans. Wegen zu großen Unfallrisikos wird dieser Typ z.B. in England nicht verwendet. Durch die Kernspaltung des Urans entsteht Wärme in den Brennstäben; diese werden vom Wasser umspült, wodurch die Wärme abtransportiert wird. Das Wasser des Primärkreislaufs ist in einem Druckkessel von ca. 3 – 5 m Ø und 10 – 20 m Höhe enthalten. Die Wärme wird zur Dampfproduktion benutzt, sie treibt die Turbinen zur Stromerzeugung an. In den Brennstäben sammeln sich im Lauf der Zeit durch die Uranspaltung große Menge radioaktiver Stoffe an. Ferner werden die im Wasser gelösten Stoffe, die Luft im AKW und die Bauteile durch Neutroneneinfang radioaktiv. Durch unvermeidliche Lecks gelangen diese Stoffe bereits im Normalbetrieb ins Freie und verseuchen die Umwelt.

Wegen der Gefahr des Druckkesselberstens und der schlagartigen Freisetzung radioaktiver Giftstoffe werden diese Reaktoren in England nicht gebaut. Ein allen wassergekühlten Atomkraftwerken zugehöriges Problem ist die sehr große Wärmemenge, die im Wasser des Primärkreislaufs gespeichert ist. Druckentlastungen durch Lecks führen zum Verdampfen eines erheblichen Teils der Wasserfüllung, 35 - 40 % verdampfen. Ein 400-Megawatt-Reaktor enthält ca. 120 Tonnen Primär-Kühlwasser. Der im Westen als größter anzunehmender Unfall (GAU) definierte Bruch einer Hauptumwälzleitung im Primärkühlkreislauf führt beim Druckwasser-Reaktor zu einer Druckentlastung in 10 - 100 Sekunden, dabei entweichen aus dem Kühlkreislauf bis zu 10 Tonnen Wasser pro Sekunde. Auch in der großvolumigen, den Reaktor umschließenden Hülle (Containment) kommt es zu einem raschen Druckanstieg von mehreren Atmosphären.

In der DDR sind die Anforderungen an die Sicherheit der verwendeten (sowjetischen) Nowoworonesch-AKWs weit ge-

In der DDR existierende und geplante Atomkraftwerke:

Atomkraftwerk	elektr. Leistung in Megawatt	Typ	Auftragserteilung	Betriebsbeginn
Rheinsberg	80	DWR+	1956	1966
Greifswald 1	440	DWR	1967	1974
Greifswald 2	440	DWR	1972	1975
Greifswald 3	440	DWR	1973	1978
Greifswald 4	440	DWR	1973	gepl. bis 1980
Greifswald 5-8	4x440	DWR	-	gepl. bis 1985
Stendal (Magdeburg)	4x440	DWR	1974	gepl. bis 79/80

+ DWR = Druckwasserreaktor

ringer als im Westen an Reaktoren gleichen Typs: Eine große Zahl der Atomkraftwerke der 440-MW-Klasse enthält überhaupt kein Containment.

Die Sprinkleranlagen (Gebäudesprühsystem) können im Falle eines ernsthaften Unfalls (Lecks) nicht nennenswert zum Druckabbau beitragen, wie folgende Tatsachen zeigen: Um von 60 Tonnen Dampf (Menge für einen Reaktor von 500 MW) die Hälfte des Dampfes zu kondensieren, müßten in weniger als 30 Sekunden fast 180 Tonnen Wasser versprüht werden.

In einer ausführlichen Arbeit von 1974 findet man, daß der Druckraum, enthaltend den Reaktor mit Umwälzschleifen und Dampferzeugern, auf 1 Atmosphäre Überdruck ausgelegt ist. Die Sprinkleranlage kann 800 Tonnen Wasser pro Stunde liefern, also in den oben erwähnten 30 Sekunden nur etwa 6 - 7 Tonnen, das ist 30 mal weniger als notwendig ist, um das Bersten des Druckraumes zu verhindern. Einen Druckspeicher, der Wasser mit Hochdruck einspritzen kann, gibt es nicht; falls aus dem Primärkreislauf Wasser entweicht, kann mit Pumpen nachgespeist werden, die insgesamt maximal 100 Tonnen pro Stunde liefern können.

In der DDR zeigt sich im Grunde dasselbe Verfahren wie im Westen: Als größter anzunehmender Unfall wird ein Unfall bezeichnet, von dem man glaubt, ihn technisch beherrschen zu können; nur ist dieser Standard im RGW-Bereich eben niedriger. Was im Westen als unbeherrschbar gilt, z.B. das Bersten des Reaktor-Druckgefäßes, muß deshalb dort als unmöglich bezeichnet werden. Im Ostblock gilt das bereits für Lecks, die größer als 10 cm im Durchmesser sind.

Die Notkühlsysteme sind entsprechend klein für die geringen Leckanforderungen ausgelegt, falls überhaupt vorhanden. Auch hier sind Lecks mit Durchmesser größer als 10 cm nicht vorgesehen.

Belastung beim Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes

Die zugelassenen Belastungen der Menschen in der Nachbarschaft eines Atomkraftwerkes im Ostblock sind wesentlich höher als im Westen. Die zugelassene Strahlungsbelastung des ganzen Körpers beträgt für Anwohner in der DDR 500 Millirem, in der BRD 60, in den USA 8 Millirem. Für die Schilddrüse, in der sich das radioaktive Jod ansammelt, sehen die gesetzlich erlaubten Werte noch unterschiedlicher aus: DDR: 3000, BRD: 90, USA: 10 Millirem.

Atommüll? – Kein Problem

Dazu ein Zitat der DDR-Fachleute: (Die DDR lagert Atommüll in Salzbergwerken unweit der Grenze zur BRD bei Bartensleben): "In der ersten Ausbauetappe werden niedrig- bis mittelaktive Abfälle eingelagert. Feste Abfälle werden ohne Verpakkung gelagert, wässrige Abfälle werden im Bergwerk mit Zement vermischt, sie erstarren im Einlagerungshohlraum". Zur Zeit werden die hochaktiven Abfälle der DDR in die Sowjetunion geliefert, wo sie in Wüstenregionen vergraben werden. Dazu das Lehrbuch der Kernenergetik lakonisch: "Das Vergraben fester Rückstände hat sich bewährt". Mit dieser Argumentation läßt man im Ostblock erst gar keine Diskussion aufkommen. Da wäre z.B. die DDR für Kienzl & seine Freunde schon eine Hinreise wert.

aus: Liberte,Wien Nr. 3/80



„DIE DEUTSCHEN WOLLEN DAS NICHT"

Paris, 25. Juni 1980

Uns erreichte ein Bericht zum Auslieferungsverfahren der fünf in Paris im Mai verhafteten deutschen Frauen.

Zum Auslieferungsverfahren und den Haftbedingungen der 5 Frauen in Paris

Am 5.5.1980 wurden Ingrid Barabaß, Sieglinge Hoffmann, Karin Kamp-Münnichow, Karola Magg und Regina Nicolai in Paris festgenommen. Das Ausmaß der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei Fahndung und Festnahme ist durch Presseveröffentlichungen bereits bekannt (BKA-Büro in Paris), darüber hinaus war mit Sicherheit an der Festnahme in der Wohnung mindestens ein deutscher Bulle beteiligt.
(. . .)

Zu den Haftbedingungen

Alle 5 Frauen sind total isoliert, d.h. sie haben weder untereinander Kontakt noch Kontakt mit anderen Gefangenen. 23 Stunden täglich sind die Frauen allein auf der Zelle. Den täglichen einstündigen Hofgang machen die Frauen einzeln. In den ersten 2 Wochen konnten die Frauen kein Radio hören, die ersten 3 Wochen bekamen sie keine Zeitungen. Briefe mit politischem Inhalt kommen weder aus dem Knast noch hinein. Zeitungen werden zensiert. Die Direktorin des Knastes, die ‚normalerweise' über Einzelheiten der Haftbedingungen entscheidet, erklärte sich für nicht zuständig, was Geld für Einkauf und Kleidung für die 5 gefangenen Frauen angeht. Die Besuchserlaubnis für die Schwester einer Gefangenen wurde in einem Prozeßtag öffentlich als ‚Irrtum' bezeichnet. Ihre Besuche finden mit Trennscheibe statt. Beim Besuch muß französisch gesprochen werden. Die Mutter einer Gefangenen bekam zu ihrem Antrag auf Besuchserlaubnis die eindeutige Antwort: „Die Deutschen wollen das nicht."

Zum Auslieferungsverfahren

Nachdem der Verhandlungstermin zur Auslieferung der Frauen am 28.5.1980 vertagt werden mußte, da die Unterlagen vom BRD-Staatsschutz noch nicht übersetzt waren, werden von den Anwälten jetzt vor allem die Haftbedingungen der 5 Frauen massiv in die Verhandlung eingebracht. Dabei können sie sich u.a. auf die Illegalität der Haftbedingungen beziehen. Nach französischem Recht dürfen verschärfte Haftbedingungen nur 10 Tage dauern, die noch einmal um 10 Tage verlängert werden können. Dieser Zeitraum ist für die 5 gefangenen Frauen längst überschritten, ohne daß sich die Haftbedingungen verändert hätten.

Nachdem wie schon bei früheren Terminen der Vorsitzende des Gerichts sich als nicht zuständig für die Haftbedingungen klärte, haben die Anwälte im Termin am 11.6.1980 einen Antrag auf Befangenheit gestellt und den Gerichtssaal verlassen.

Am 14.6.1980 haben die Anwälte einen öffentlichen Brief an den französischen Präsidenten Giscard d'Estaing als Präsidenten des obersten Gerichtshofes gerichtet. In diesem Brief heißt es:

„ Seit mehr als einem Monat befinden sich die 5 deutschen Gefangenen, (. . .) die auf Verlangen der BRD in Auslieferungshaft sind, im Gefängnis von Fleury-Merogis unter Haftbedingungen, die auf flagrante Weise einen Angriff auf die Freiheitsrechte, eine Verletzung der Verteidigungsrechte und eine Diskriminierung der Rechte der Untersuchungsgefangenen bilden. (. . .)

Diese flagranten Verletzungen der Legalität haben uns gezwungen, folgendes zu tun und vorzubereiten:

1. Ein Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter der Anklagekammer des Appellationsgerichtes von Paris, Berthold, wegen seiner Ablehnung auf das Verlangen der Verteidigung zu antworten, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um diese unerträgliche Situation zu beenden.
2. Eine Beschwerde wegen des Angriffs auf die Freiheitsrechte und die Diskriminierung in der Ausübung eines Rechtes (Art. 114 und 187 des Strafgesetzes) gegen Frau Pauco, Direktorin des Frauengefängnisses von Fleury-Merogis.
3. Eine Beschwerde gegen X wegen Gewalttätigkeiten gegen Personen durch öffentliche Beamte (Art. 186 und 198 des Strafgesetzes).
4. Eine Beschwerde, die das Verfahren vor der Anklagekammer von Paris betrifft."

Der Brief ist unterschrieben von den französischen Anwälten der Frauen: Henri Leclerc, Marie-France Schmidlin, Jacques Verges, Stephane Camuzeau, Thierry Malleville.

Wesentliche Teile des Briefes wurden in Le Monde veröffentlicht.

Die solidarischen Zuschauer bei den Prozeßtagen werden immer zahlreicher trotz des massiven Polizeiaufgebots. Sie drücken ihre Solidarität durch Zurufe aus und zeigen die Faust. Die gefangenen Frauen waren sichtbar begeistert von diesen Zeichen der Solidarität. Die wachsende Zahl der Prozeßbesucher hat beim letzten Mal auch verhindert, daß Leute aus dem Saal geschmissen wurden, sobald sie ihre Solidarität artikulierten.

In Paris besteht seit einiger Zeit ein Unterstützungskomitee für die gefangenen Frauen. Neben Öffentlichkeitsarbeit sind weitere Aktionen geplant.

Am 11.6. fand in Paris eine Pressekonferenz statt, in der neben den französischen Anwälten auch der niederländische Anwalt Bakker-Schut und der englische Anwalt Tony Gifford (als Mitglied der internationalen Kommission zum Schutz der politischen Gefangenen und gegen Isolationshaft) gesprochen haben. Neben Pressevertretern haben auch Mitglieder von Amnesty International an der Pressekonferenz teilgenommen, letztere haben vor allem zahlreiche Fragen zu den Haftbedingungen gestellt. Bakker-Schut hat einen Knastbesuch bei Sieglinde gemacht, Giffort bei Ingrid.

In der Verhandlung zur Auslieferung am 2.5.61980 gegen alle 5 Frauen stellten die Anwälte den Antrag auf Vertagung, da die Behinderung der Anwaltstätigkeit un die Haftbedingungen der Frauen die Vorbereitungen der Verteidigung und ihrer Mandanten für den Auslieferungsprozeß unmöglich gemacht haben. Nach über zweistündiger Beratungspause lehnte das Gericht den Antrag der Verteidiger ab.

Damit wurde anschließend die Auslieferung Gegenstand der Verhandlung. In den Ausführungen der Verteidigung begründete der Anwalt Leclerc den politischen Charakter der Aktionen der Guerilla und denunzierte die Politik des französischen Staates, der den Menschenschlächter Bokassa schützt und sich gegen eine Auslieferung des Folterschahs an den Iran stellt.

Der Anwalt Verges richtete sich explizit mit seiner massiven Kritik gegenüber dem französischen Staat und seinen Behörden an die anwesende Presse und die zahlreichen Prozeßbesucher als Repräsentanten der Öffentlichkeit, weil klar ist, daß die Entscheidung über die Auslieferung an anderer Stelle als im Gerichtssaal gefällt wird. (. . .)

Der Anwalt Rainer Koch aus Frankfurt zeigt mit seiner Darstellung der Haftbedingungen für politische Gefangene in der BRD die Verantwortung des französischen Gerichts an der Vernichtung der 5 Frauen auf, falls die Frauen an die BRD ausgeliefert werden.

Tony Gifford, Anwalt aus England, begründet sein Engagement und das des holländischen Anwalts Bakker-Schut in diesem Auslieferungsverfahren damit, daß der Vereinheitlichung Europas, d.h. hier der internationalen Vereinba-



rungen zur Vernichtung des inneren Widerstands, die Internationalisierung des Widerstandes entgegengesetzt werden muß.

Am Schluß der Verhandlung gab Sieglinde Hoffmann eine Erklärung der 5 Frauen ab, mit der die Frauen den politischen Zusammenhang der Anschläge gegen Buback und Ponto aufzeigten. (. . .)

Die zahlreichen Prozeßbesucher (ca. 100) äußerten lautstark Beifall über die Erklärung. In Sprechchören forderten sie Freiheit für die 5 Frauen.

Ein Beschluß über die Auslieferung ist noch nicht gefällt worden, das soll am 9.7.1980 geschehen.

Der nächste Prozeßtermin ist am 9.7.1980, 14.00 Uhr in Paris. Gerichtsgebäude: Palais de la Justice, Raum: Chambre d'accusation.

Die Adresse der 5 Frauen: Ingrid Barabaß, Nr. 6834, Sieglinde Hoffmann, Nr. 6835, Regina Nicolai, Nr. 6845, Karin Münnichow, Nr. 6877, Karola Hüttmann, Nr. 6878, Centre penitentaire de Fleury-Merogis, Maison d'arret femmes, F-91705 Ste-Genevieve-sous-Bois, France.

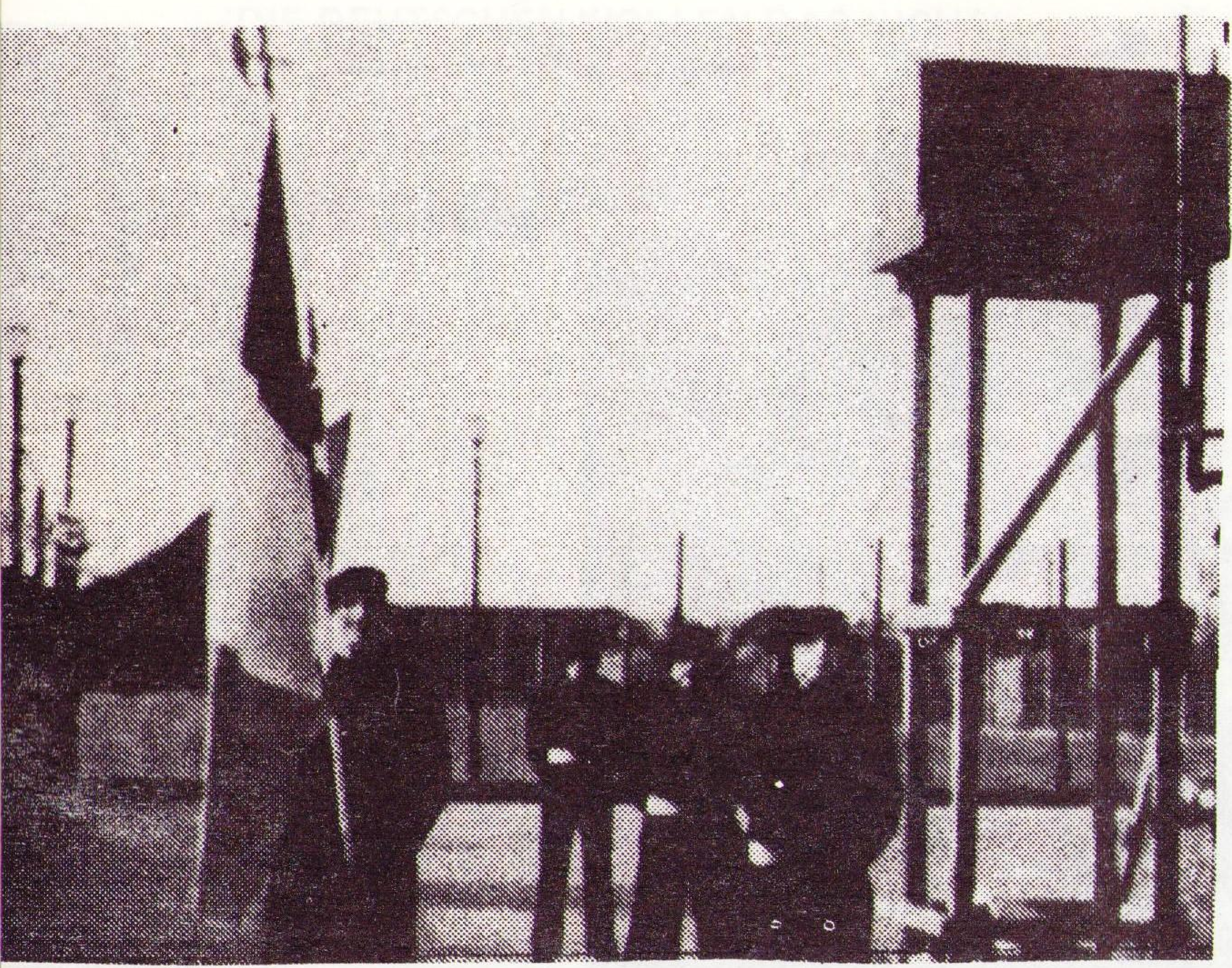
INFO FÜR ANGEHÖRIGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Die Angehörigen der Politischen Gefangenen geben jetzt ein internes Arbeitsinfo heraus, das einmal im Monat erscheint, dieses Arbeitsinfo soll zur Verbesserung der Arbeit innerhalb der Angehörigen gruppe beitragen. Inhalt des Infos sind Informationen über Haftbedingungen. Wir bitten euch, zur Unterstützung der Arbeit der Angehörigen Materialien, z.B.:

- Briefe, die ihr von Gefangenen zu Haftbedingungen bekommen habt,
- Besuchsberichte,
- Berichte über Aktivitäten zu politischen Gefangenen,
- Berichte über Repression und Widerstand in ausländischen Knästen, u.a. auch Aktionen der dortigen Angehörigen

an folgende Adresse zu schicken:

Martha Barabaß, Rottstr. 20, 4630 Bochum.



Fotos: Liberation
Die Fotos sind aus dem H–Block in Long Kesh von einem Gefangenen rausgeschmuggelt worden.
linkes Foto: Gefangene in verbotenen Uniformen und einer heimlich hergestellten Fahne.
(Anm.: Die vor 1976 Verurteilten dürfen Privatkleidung tragen,während die danach Verurteilten Gefängniskleidung ablehnen und daher nackt in ihren Zellen hausen müssen.)

Irland:

ZUR ERMORDUNG VON MIRIAM DALY

Belfast, 30. Juni 80

Am 26.Juni 80 wurde Miriam Daly in Belfast ermordet. Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee schrieb dazu folgenden Nachruf:

Am Donnerstag, den 26.Juni 1980, wurde Miriam Daly in ihrem Haus auf der Falls Road in Westbelfast ermordet.

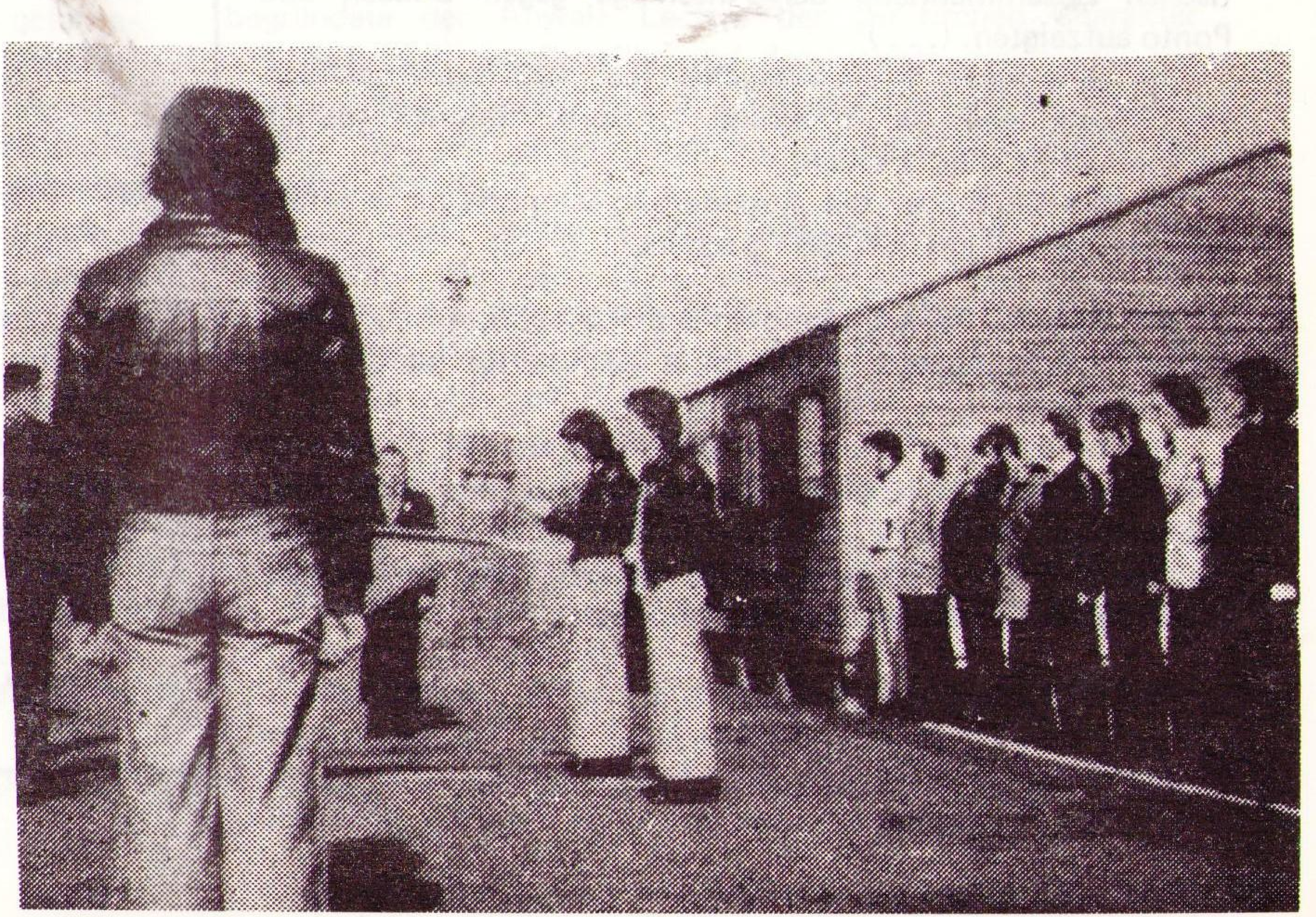
Zweifellos gehörte Miriam Daly zu jenen Militanten, deren Name einer der bekanntesten in den katholischen Ghettos Nordirlands ist. Seit nahezu 20 Jahren hatte Miriam Daly gegen die Okkupation Nordirlands gekämpft, als eine Killergang ihrem Leben am Donnerstag ein Ende bereitete. Miriam Daly war in den Jahren 1978/79 ein Jahr lang Vorsitzende der Irish Republican Socialist Party. Bekannt war sie aber primär als unermüdliche Kämpferin gegen die Internierungspraxis und die degradierenden Bedingungen, denen die gefangenen Kämpfer(innen) aus der IRA und der Irish National Liberation Army in den Lagern und Knästen unterworfen sind. Ihre ganze Kraft widmete Miriam Daly den Aktivitäten der Relatives' Action Committees, Komitees der Angehörigen der Gefangenen.

2 Wochen vor ihrer Ermordung war Miriam Daly in den nationalen Vorstand des Anti-H-Block-Komitees gewählt worden, jenem breiten Bündnis zahlreicher Organisationen und Individuen, dessen breite und vielfältige Aktivitäten von Cork bis Belfast dem Kampf zur Wiedererlangung des politischen Status für die Gefangenen in den H-Blocks des KZ Long Kesh und den gefangenen Frauen im Knast ARmagh gewidmet sind.

Wenige Monate, nachdem Maire Drumm, Militante der Provisional Sinn Fein, ermordet worden war, bedrohten britische Soldaten bei einer Hausdurchsuchung im Hause Daly den damals 6jährigen Sonn der Miriam Daly mit einem Revolver: „Willst Du, daß Deine Mama so endet wie ihre Freundin Maire Drumm?" Jetzt sollte diese Drohung ernst werden, nachdem Mariam Daly in den letzten Wochen wiederholt durch Telefonanrufe bedroht worden war. Nicht nur war Miriam Daly dadurch bekannt, daß sie sich konsequent und selbstlos für die Gefangenen einsetzte, auch war ihre gegnerische Haltung zu allen probritischen Kräften und ihre Denunziation der Präsenz der britischen Armee und besonders des Treibens der Killer der Special Air Service (SAS) wiederholt und unermüdlich bekundet worden.

Es ist gleich, ob Miriam Daly das Opfer eines SAS--Kommandos, auf deren Konto schon zahllose Morde gehen, wurde, oder ob sie von einer jener paramilitärischen loyalistischen Verbände a la Ulster Defence Association oder Ulster Volunteer Force erschossen wurde. So oder so hat die britische Regierung den Tod der Miriam Daly zu verantworten, hält sie doch an der Okkupation eines Teiles Irlands fest, dessen Kolonisierung Großbritannien seit mehr als 800 Jahren betreibt.

Kontakt: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Postfach 35, 637 Oberursel 5.



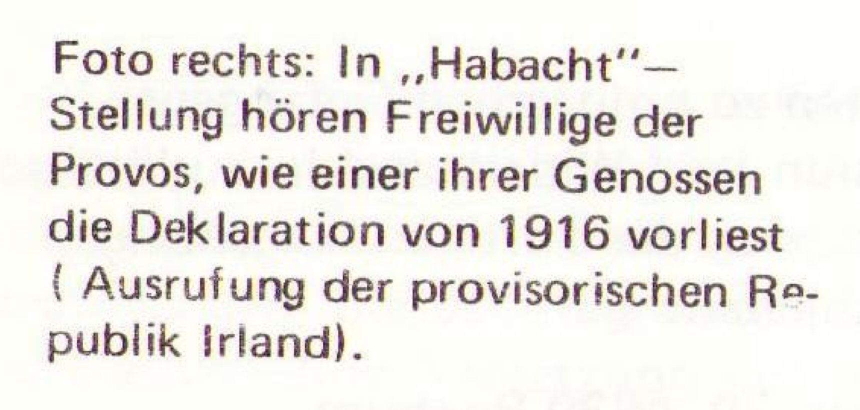


Foto rechts: In „Habacht"–Stellung hören Freiwillige der Provos, wie einer ihrer Genossen die Deklaration von 1916 vorliest (Ausrufung der provisorischen Republik Irland).

NICARAGUA – ZWEI KONTROVERSE BERICHTE

Viel wird über Nicaragua und die nicaraguanische Revolution in der letzten Zeit geschrieben, so daß manchem deutschen Linken das Herz höher schlug. Doch sind die Verhältnisse so, wie sich viele das in ihren Köpfen vorstellen? Wir veröffentlichen zwei kontroverse Erlebnisberichte, einen aus der Sicht von „oben", den anderen von „unten". Den ersten Bericht entnahmen wir vor einiger Zeit der taz, dessen Korrespondent selbst in Nicaragua war, den zweiten Bericht bekamen wir vor ein paar Tagen aus Managua:



Briefe aus Nicaragua

Folgendes sind Ausschnitte aus Briefen aus Nicaragua von K.D. Tangermann, der als Korrespondent der TAZ in Nicaragua war:

Politisch gesehen machen die hier viele sehr gute Sachen, am deutlichsten ist das auf der Gesetzebene zu sehen. Ich glaube, in Deutschland ist das nicht so bekannt. Vorgestern sprach ich mit einem, der gerade nach Berlin telefoniert hatte, und erzählte mir, der Bericht über die Schließung „El Pueblo" habe bei vielen Leuten den Eindruck erweckt, die Revolution sei damit endgültig den Bach runter, neuer Totalitarismus usw. Das wäre ein riesiger Unsinn, wenn die Leute so denken würden. Klar, die Schließung der Zeitung ist ein Fehler, vielleicht einer, der die Regierung sehr viel kosten wird und die hiesige Prawda lügt in einem fort, was den Prozeß angeht, sie gibt Zeugenaussagen wieder, die frei erfunden sind; der Zeuge hatte genau das Gegenteil gesagt, das ist schon etwa BILD-Niveau, aber trotzdem sagt das nichts über die Revolution aus. Die läuft ganz woanders lang, an Barricada, ist die eben vorbei gegangen. Manfred, das Problem der Revolution hier ist, neben dem wirtschaftlichen Knack das Folgende: Das Volk hat einen Krieg gewonnen, aber ist unfähig, die Verhältnisse zu ändern. Die Leute sind in Wirklichkeit völlig unpolitisch (Ausnahmen gibt's viele). Und mit der Masse der Bevölkerung kann man keine Revolution machen. Vor dem Krieg gab es keine Massenorganisationen, die FSCN war eine Guerillabewegung. Und jetzt nach dem Sieg wollen sie die Revolution machen, haben ihre besten Leute verloren, Tausende, haben einfach keine Kader, können nicht einmal Land weiter verstaatlichen, schon gar nicht vergesellschaftlichen, weil sie niemanden haben, der es bewirtschaften kann. Sie haben einfach keine Leute. In der Industrie genauso. Würden sie da weiter verstaatlichen, käme jeder einzelne Betrieb in die roten Zahlen. Sämtliche Kader, die sie haben (verdammt wenig. Die Inkompetenz allerarten ist unbeschreiblich), haben sie an Entscheidungsstellen gesetzt. An der Basis ist kaum noch jemand. Und auf diese Weise wollen sie eine Revolution machen, von der die Bevölkerung nicht einmal eine Ahnung hat, was das soll. Deshalb die ständige Indoktrination in den Medien, der Aufbau der Massenorganisationen von oben, die Alphabetisierungskampagne mit dem Hauptteil, politische Grundkenntnisse zu vermitteln und vor allem, die Organisation zu stärken. Und deswegen auch das Verbot von „El Pueblo" als Sprachrohr von MAP und „Frente Obrero", was es so offen zwar nicht war, aber halbwegs. Das „Pueblo" Verbot ist Ausdruck eben dieses Problems, daß die Bevölkerung politisch zurückgeblieben ist, die FSCN nicht über Kader verfügt, mit den Bauern und Arbeitern zu reden, um den Plan 80 zu retten, den Gesamtzusammenhang der Wirtschaft den Leuten klar zu machen und so auch mit „Frente Obrero" halt nicht diskutieren kann., etwa in Fabriken oder auf dem Land. Der einzige Minister, der sich dafür offenbar Zeit nimmt, scheint Jaime WHEELOCK zu sein, der gerade deswegen ein scharfer Gegner des „Pueblo"-Verbots innerhalb der 9-er-Gang sein soll.

Ich finde, die Frage vom ollen Lenin stellt sich hier auch: Soll man bei einer zurückgebliebenen Bevölkerung die Revolution machen oder nicht? Ich finde, man muß! Und dann hat man den Salat, wie sie ihn hier gerade haben.
Natürlich sieht das so aus, als ob schon alles in cubanischer Richtung ginge. Mag sein, aber dann nicht, weil die Cubaner hier schon alles in der Hand hätten, sondern weil ein autoritärer Weg zumindest näher liegt als ein antiautoritärer. Man rechnete für April/Mai mit Angriffen von Rechts, in Wirklichkeit haben sie letzte Woche schon angefangen. Was wird aus der „Revolution", wenn die wirtschaftlichen Probleme, die 80/81 so groß wie nie sein werden, nach rechten Bewußtseinsentwicklungen drängen? Ist der Durchschnittliche dann nicht leicht davon zu überzeugen, die Revolution habe nichts gebracht, wenn es ein oder zwei Jahre nach dem Sieg noch nichts abbekommen

hat? Aber wovon soll er denn was abbekommen? Es sind ja nur Schulden und der Nahrungsmittelengpaß zu verteilen.

.... Ich bin an die Atlantikküste gefahren. Diese Gegend ist politisch nicht nur zurückgeblieben, sondern es herrscht völliger Obskurantismus. Die Analphabetenrate liegt hier bei 70-80 %, in manchen Gegenden bei 90 %. Die Leute sprechen Englisch (und was für eins!), sind mehrheitlich Schwarze (Creoles), die andere Hälfte machen vor allem die dunkelhäutigen Moskito-Indianer (mit eigener Sprache) Sumu- und Rama-Indianer, sowie „Spaniards", d.h. spanisch sprechende Nicaraguaner des Zentrums oder der Küste aus. Rassenkonflikte gibt es nicht. erst die FSLN hat damit begonnen. Im Juli und August bestand die FSLN im wesentlichen aus der „internationalen Brigade Simon Bolivar". Von ihr ist das ausgegangen. Inzwischen haben sich die Wellen geglättet. Diese Provinz-Zelaya — etwa ein Drittel Nicaraguas ist die harte Nuß der Agrarreform, des Kernstücks der Revolution in diesem Agrarland. Frage ist nicht die der technischen Machbarkeit, sondern die der Loyalität der Bevölkerung, die mit Nicaragua weniger gemein hat, als etwa mit Jamaica. Sehr spannend, wie die FSLN-Chefs, alles „Spaniards", sich des Problems annehmen, besonders Daniel Ortega, der offenbar die Moskitos und Sumus als Basis gewinnen will, um die Atlantikküste in die Revolution einzubeziehen.

Ich persönlich habe nach einer Reihe von Gesprächen den Eindruck, daß das langfristig schief gehen muß. Ohne die Bevölkerungsmehrheit, d.h. die die Entwicklung beherrschenden Schwarzen, kann man auf Dauer das Gebiet nur spalten. Jaime Wheelock, der zuständige Minister und wie Daniel Ortega im omnipotenten 9er-Gremium der FSLN, ist da viel vorsichtiger. Er holt sich Ethnologen aus aller Welt, die die Probleme in Zelaya kennen und läßt Material für die Schritte der Agrarreform anfertigen. Hier wird anscheinend an einer revolutionären Agrarreform gebastelt, die ihren Namen möglicherweise verdient. Praktisch kannte ich bisher nur die portugisischen Versuche, und da am interessantesten, den Weg der LUAR. Hier ist dagegen alles schwieriger....

NAIVER BERICHT AUS NICARAGUA

Managua, 1. Juli 1980

Vor meiner Haustür ist jetzt ein Postenhaus mit einem Posten drin. Vor Einbrüchen bin ich hier sicher. Aber nicht vor den Somozisten. Gestern nacht war wieder eine solche Schießerei gewesen, daß ich mich lieber auf den Boden gelegt habe.

Aber ich wußte es ja — es ist nur die Polizei. Hinterher Gebrüll: „Wer hat angegriffen?" — „Der da!" Da wußte ich es, daß es wieder die Polizei war.

Wenn ich das jetzt schreibe, habe ich ein ganz schlechtes Gewissen. Ich denke an die vielen, die ich hier fluchen gehört habe, und die keinen Mucks davon verlauten lassen wollten, sobald sie wieder in Deutschland waren. Man darf dieses Land, das von der halben Welt verflucht, umzingelt, zum Teufel gewünscht wird (von den Regierungen der freien westlichen Welt) nicht verleumden. Und jede Kritik, die du an diesem Land übst, wird aufgegriffen und benutzt von den Feinden. Deshalb behalte deine Kritik lieber für dich. Sie hat außerhalb Nicaraguas nichts zu suchen, schon gar nicht in eurem halbfaschistischen Deutschland mit seiner senilen Greisenlinken.

Ich weiß das ja alles, ich weiß es ja. Aber laßt mich doch mal sagen, was ich an euch nicht gut finde. Vielleicht ist es ja tatsächlich alles kindisch, aber laßts mich mal sagen. Meine naiven, kindischen Gedanken will ich bloß endlich loswerden.

Ich stehe morgens um sechs auf, wenn der Lautsprecher brüllt: „Aufstehen, Companeros!", und der Lautsprecher verfolgt mich den ganzen Tag: „Erste Kompanie, antreten! Bajonett — auf! rechts um! marsch-marsch! Aach-tung!" oder: „Companeros, zum Kontrollposten, aber dalli!" Das alles erinnert mich an etwas, an etwas ganz deutsches.

Sie haben jetzt Ränge wie in der deutschen Armee. Und die Polizei hat jetzt Uniformen, die mich auch schon an die deutsche Polizei erinnern.

Neulich haben sie Treminio verhaftet, einen Journalisten. Er soll den Staat verleumdet haben. Er gehört zu den Frente-Obrero-Leuten. Vielleicht versteh ich nichts davon. Ihr Staat, ihre Polizei, ihre Bürokratie und selbst ihre Ideologie verwandeln sich allmählich in das, was wir eben unter Staat, Polizei, Bürokratie, Ideologie verstehen.

— Trotzdem ist es mit Kuba das freieste Land zwischen Alaska und Chile.

Nur die richtigen sollen sie verhaften — Robelo und seine Unternehmer-Clique, die COSEP-Piraten, die Empresarios mit ihren US-Konten, die Fincabesitzer, die korrupten Vize-Präsidenten (einer, der Parlaments-Vizepräsident, haute zwei Tage nach seiner Ernennung nach Costa Rica ab — der andere, Vize-Minister, hat sein Ministerium bestohlen). Was sind das für Leute? Damit kann man doch keinen Staat machen.

Und bescheidener sollen sie sein. Companero Borge, brauchst du denn wirklich so eine teure Klimaanlage für 150 000 Cordobas, wo ein Arbeiter 30 Cordobas am Tag verdient? Du wirst dich nur erkälten, und hinterher kannst du keine Reden mehr halten. — Und müssen die Commandantes im großen Mercedes durch die Innenstadt fahren, wo die Kinder längs der Straße, in den Ruinen, von den Würmern zerfressen werden, mit aufgequollenen Bäuchen, keine vier Jahre Lebenserwartung — rings um die Casa de Gobierno, wo sie ihre Staatszeremonien abhalten?

Und muß die Polizei so viele schöne Busse haben, während sich das Volk in den Schrottkästen aneinanderquetscht und man nur noch auf der Stoßstange einen Platz findet? Und müssen soviel junge Burschen nutzlos an allen Ecken herumlungern, hinter Sandsäcken mit der Garant lauern, auf Dächern und selbst auf dem öffentlichen Klo — wo soviel zu tun wäre? Natürlich braucht ihr Waffen, um euch zu verteidigen — aber es wäre besser, jeder Campesino und jeder Arbeiter hätte seine Waffe, und jede Tortillaverkäuferin und Büroangestellte. Eure Parademarschsoldaten werden euch gar nichts nützen, wenn das Volk nicht kämpft. Also sorgt doch dafür, daß das ganze Volk kämpfen kann.

Und muß die sandinistische Armee im Osten wie eine Besatzungsarmee hausen, daß die Bevölkerung — nicht die Somozisten, die meisten schon wieder oben schwimmen — allmählich handgreiflich wird? Und müssen sie Rassisten als ihre Staathalter einsetzen — unter Indios und englischsprechenden Negern? Und müssen sie Kubaner zur Alphabetisation schicken, die weder englisch noch Misquito sprechen, bei Leuten, die nur englisch und Misquito sprechen? Und muß der Commandante Borge in dem Palast in der Zona Militar sein überdimensionales Innenministerium einrichten, schon von außen ein Schrecken — denn hier hauste Somoza. Wäre besser gewesen, ein Krankenhaus draus zu machen für die vielen Kinder mit den Parasitenbäuchen.

Wo sollen dann die Ministerien hin?

Es kommt mir manchmal so vor, daß die Ministerien ein Fluch für das Land sind. Hier sammeln sich die Bürokraten — wahre Aasvögel, und die schreckliche Vermehrung der Ministerien, wie sie neuerdings zu beobachten ist, vermehrt auch diese schrecklichen Parasiten. Wo du hinsiehst — ein Amt. Und kaum eine Woche später hat das Amt schon ein ganz kleines neues Amt hervorgebracht. Und so geht es Monat für Monat, und ein ganzer Dschungel von Ämtern wuchert uns allmählich zu. Und in allen diesen Ämtern sitzen Tausende von Bürokraten, die nichts zu tun haben, die sich langweilen, die vor lauter Langeweile ununterbrochen Kaffee trinken und sich unterhalten, während ununterbrochen die Klimaanlagen laufen, Telefone benutzt werden, Licht brennt — und diese Elektrizität, die in den Ministerien das einzige ist, was funk-

tioniert, für die Stadtbewohner dauernd zusammenbricht.

Und müssen für Managua allein 50 Prozent aller Hilfsgelder bestimmt sein, während die ganze Provinz Zelaya, die fast die Hälfte von Nicaragua ausmacht, 2 Prozent bekommt? Wer wohnt in Zelaya? Die Indios. Wer wohnt in Managua? Die Bürokraten.

Und müssen sie ihre Alphabetisierungskampagne so betreiben, daß ein Campesino es mit der Angst kriegen muß: „Guerillafeldzug gegen die Unwissenheit — an der Front gegen die Unwissenheit — neue Siege gegen die Unwissenheit — Brigadistas schreiten siegreich voran an der Südfront der Unwissenheit — 2000 Alphabetisierte an der Südfront — vorwärts. Brigadistas, zerschlagt die Unwissenheit!" So schallt es jeden Tag aus dem Radio. Ich kann mir schon vorstellen, wie einem zumute ist, wenn man sich wie ein Blödling fühlen muß, der von den jungen Brigadistas aus der Stadt „eliminiert" werden muß — samt seiner reaktionären Vorstellungen. Und es fällt eben manchem schwer, alle Sprüche nachzusprechen, die sie inzwischen haben. Nicht weil sie falsch sind; sondern weil es eine Gedankenlosigkeit ist, mit solchen auswendig gelernten Sprüchen um sich zu werfen, wie es hier zu einer ganz blödsinnigen Manie geworden ist.

Und das Radio — ach je. Eine einzige ungeheuer aufgeblasene Reklamesendung. Wir können die Reklamesendungen im deutschen Radio nicht leiden — hier gibt es gar nichts mehr anderes, es paukt und trommelt und trompetet nur so den ganzen Tag lang — und zwischendurch Coca Cola und Datsun und Restaurant für die distinguierte Familie — und dann wieder Gebrüll, des hier schon mehrmals Erwähnten. Ich brauche mein Radio gar nicht anzuschalten, um es zu hören. Ich hör es schon so. Ach ja, er brüllt mal wieder. Es hört sich an, als ob es von seiner Zona Militar bis hierher zu hören ist, aber es sind die Radios der Nachbarn. Neulich bei der Einweihung eines Kulturzentrums in Zelaxa, mit Cardenal. Der arme Cardenal muß ziemlich sauer gewesen sein, daß sie ihm den lauten Borges aufgehalst haben. Und — er macht ja selber Gedichte — er hielt dann eine Rede über Kultur. Er ist Innenminister, und darunter fällt auch manches Kulturelle. Zuvor hörte ich ihn schon brüllen, aber das war außerhalb des Kulturzentrums, unter freiem Himmel. Daß er drinnen auch noch reden würde, war nicht zu erwarten. Ein hallender Saal, sehr tranquilo, akademische Reden über Dichtung, Geschichte. Und anschließend gleich: Borge. Und, naja, er brüllte gleich wieder. Diesmal gegen die falschen Poeten, die die falschen Verse machen, wo alles durcheinander ist, daß man nichts versteht. Ausländer. Konfuse. Dekadente. Schmutzfinken. Nicht solche — wie — unsere — nicaraguensischen — vaterländischen usw.

Oh Gott, die schöne Versammlung Cardenals mit naiven Malern und Geschichten über Bluefields (die Neger-Stadt, mit einem Flußboot, das „Bluefields-Express" heißt, und wo kein Mensch Borge versteht, weil er spanisch spricht).

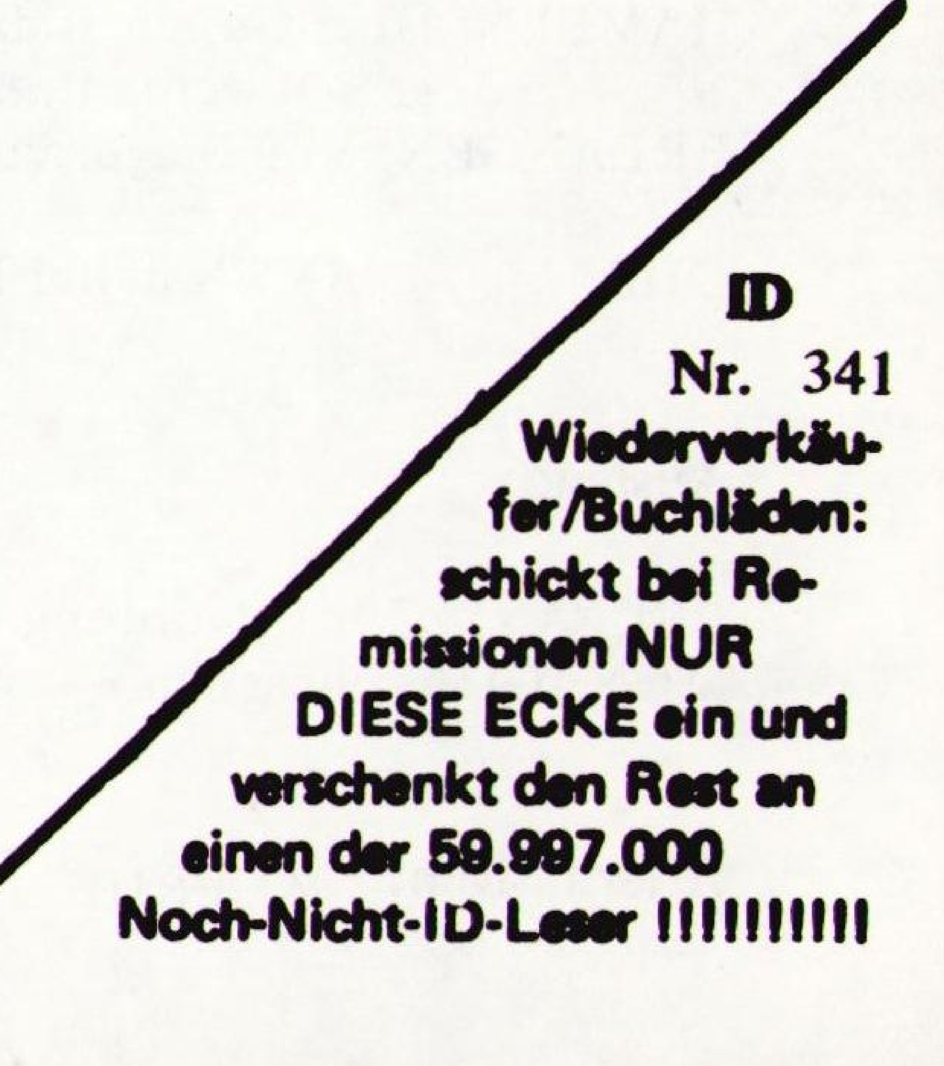
Hinterher war ein Bild in der Zeitung, wo Borge zwischen lauter schwarzen und halbschwarzen lauten Kindern sitzt. Man kann ihn unter den vielen Gesichtern kaum herausfinden. Auf Papier gedruckt macht er jedenfalls einen weit besseren Eindruck als akustisch. Wir Deutschen haben etwas in Erinnerung, was uns hindert, Borge wirklich zu mögen.

Die Nicaraguenser sind ein freundliches, ruhiges, trauriges und dichterisches, träumerisches Volk, dem man seine lange Leidensgeschichte anmerkt. Die Campesinos sind oft sehr ernste und weise Männer. Alle haben hier leise, ruhige Stimmen — im Gegensatz zu den Commandantes, die auch bei noch so guten Lautsprecheranlagen immer laut brüllen müssen, als wären sie noch in den Bergen. Der Schaukelstuhl ist der „Nationalstuhl" Nicaraguas. In ihm sitzt man — oft bei tagelangen dichterischen Monologen, unterbrochen von langen Pausen, in denen man nur die Grillen und die merkwürdig menschlich klingenden Laute der Vögel hört. Das Sitzen und Lauschen oder die stillen Unterhaltungen unter Bäumen, auf der Veranda — das sind tatsächlich Nationaleigenschaften, die präsent sind. Man kann sie nicht übersehen und man muß, wenn man hier ist, sich integrieren. Aber nichts davon im Radio, in dem es zugeht wie in Texas. Einem revolutionären Texas. Oder bei dem, was die Junta von sich gibt. Entweder ist das alles zu amerikanisch oder zu marxistisch, aber beides ist irgendwie merkwürdig zusammenpassend — und oberflächlich. Und irgendwie überflüssig laut, ganz unnational laut. Man könnte es auch anders sagen. Aber es kann hier keiner eine Rede halten, ohne fürchterlich zu brüllen, als hätte er einen Epileptischen, oder wie der heilige Bonifaz vom Himmel herunter zu verkünden. Hinterher müssen die Zuhörer noch die Worte, die ihnen vorgesagt werden, nachsprechen, zwischendurch aufstehen, singen, sich hinsetzen, wieder aufstehen, rufen, sich wieder hinsetzen, aufspringen!!!

Da denkt man: das alles muß den Leuten doch allmählich auf die Nerven gehen. Benehmen sich die Sandinisten nicht wie die alten Konquistatoren, die auch geglaubt haben, ihr Christentum muß so den Leuten eingebleut werden? Diese Regierung hat irgendwie keine Weisheit. Sie hätten den Ernesto Cardenal zum Diktator machen sollen. Aber er darf offenbar politisch nicht mehr den Mund aufmachen, weiht nur noch Theater und Ausstellungen ein. Dabei wäre er es, der jetzt der wichtigste Mann wäre, damit diese Regierung endlich von der Welt respektiert wird. Borge kann noch soviel schreien, das erreicht er nicht. Und der dicke Ramirez auch nicht, der sich bei der deutschen Camarilla angeschmiert hat.

Und auch noch eine theoretische Konsequenz, die wirklich aber positiv zu betrachten ist: Es scheint, der Marxismus nimmt hier die Gestalt an, die unter dem Einfluß vielleicht der dauernden Hitze und sonstiger nicht näher jetzt zu untersuchender Faktoren schon alle hierhergebrachten Ideologien angenommen haben: er nimmt eine mystische, somnambule, erotische Form an. Weiß der Himmel, was für eine Metamorphose ihm hier bevorsteht. Erst Bibelstunde, mit Versaufsagen, geheimnisvollen Heiligen. Aber dabei bleibt es sicher nicht. Es gibt hier schließlich hunderte von Sekten. Jeder Pueblo von zwanzig Leuten hat seine eigene Kirche. Und was da gepredigt, gesungen, getanzt, getrunken und sonst noch alles getrieben wird, das spottet jeder europäischen Beschreibung. Wenn es mit dem Marxismus genauso kommt, den wir hier als schüchternes, irgendwie amerikanisch-ahnungsloses Kind betrachten können — wenn es mal mit diesem genauso kommt, dann ist er gerettet! Aber wodurch ist er dann gerettet?

Durch die Nicaraguenser!



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 341 .

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

INHALTSVERZEICHNIS

Kurze:

Kultur:

Knast/Prozesse:

Jugend:

Sport/Verkehr:

Umwelt:

Ausland:

Alternativen:

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Enikö Balla

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	30.– DM
Halbjahr (24 Heftte) :	60.– DM
Jahresabo (48 Hefte) :	120.– DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

